

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



26. Juni 1987
Jg. 8 Nr. 13

G 7756 D

Preis:
2,50



mit ihrem brandneuen Superhit:
»Ich hab' noch einen Koffer in Berlin«



USA: Proteste gegen den Auftritt von Weizsäckers an der Harvard-Universität
Seite 7



Britische Wahlen: Thatcher sammelt Anhang mit „Volksaktie“ und Banken-Boom
Seite 12



Gewerkschaft HBV: Forderung nach einem Mindesteinkommen von 1500 DM für Lohnabhängige im Einzelhandel
Seite 18

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/211658.
Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

- Golf:** Imperialisten bereiten Intervention vor – BRD beteiligt 4
- USA:** Protest gegen von Weizsäcker-Auftritt 7
- Kirchentag:** Versöhnung für Gegner und Helfer Südafrikas 7
- Arbeitszeitgesetz:** Die gesetzlichen Schranken gegen Nacht- und Sonntagsarbeit sollen fallen 8
- Reagan in Westberlin:** Verstöße gegen Viermächte-Abkommen, Polizeiterrror und Massenverhaftungen „Reißen Sie diese Mauer nieder“ . 9
- BRD-Rüstung:** Raketeneinigung von Kabinett und SPD: nun wird „europäisch“ gerüstet! 10
- „Es geht im Kern darum, Ungleichgewichte zu unseren Lasten zu beseitigen“ (Kohl) 11

Auslandsberichterstattung

- Britische Wahlen:** Thatcher sammelt Anhang mit „Volksaktie“ und Banken-Boom 12
- Sieg in London und Umgebung . . 13
- Papst in Polen:** Beseitigung staatlicher Aufgaben gefordert 13
- Brasilien:** Schwarze gegen Rassismus und Diskriminierung 14
- Spanien-Euskadi:** Herri Batasuna ins Europaparlament gewählt . . 14
- Türkei:** TKP: Mit, ohne oder gegen Islam? 15
- Japan:** Die KPJ zieht keinen klaren Trennungsstrich zum japanischen Imperialismus 15
- Internationale Meldungen** 16

Aus Verbänden und Parteien

- Veröffentlichungen:**
Arbeitsbelastung durch Arbeits- und Hilfsstoffe 18
- Gegen Verkehrspolitik für das Auto
BDI-Thesen zum Umweltschutz . 18
- HBV:** Forderung nach 1500 DM Mindesteinkommen im Handel . . 19
- SPD:** Tradition und Perspektive – Bonner Erklärung der SPD . . . 21

Aktionseinheit gegen BRD, Türkei und Türkeipolitik der BRD

Am 13. Juni fand in Köln eine Beratung verschiedener westdeutscher, türkischer und kurdischer revolutionärer, antifaschistischer und antiimperialistischer Organisationen statt, um den Kampf gegen die Türkeipolitik der BRD und gegen den Faschismus in der Türkei zu verbessern. Im folgenden dokumentieren wir das zum Abschluß der Beratung verabschiedete Protokoll. Dieses Protokoll und der Aufruf zu der nächsten Konferenz wird inzwischen auch von der türkischen Organisation Kurtulus Yolu unterstützt. Zu der nächsten Konferenz am 28.6. in Köln, zu der alle revolutionären, antifaschistischen und antiimperialistischen Organisationen in der BRD eingeladen sind, soll von mehreren Organisationen, die an der ersten Beratung teilnahmen, ein gemeinsamer Plattformvorschlag für die weitere Beratung vorgelegt werden. – (rül)

Protokoll

„Am 13.6. fand in Köln eine Beratung statt

- wie die Bekämpfung des türkischen Faschismus verbessert werden kann;
- wie die Beziehungen der BRD zur Türkei angegriffen werden können;
- wie gegen den türkischen EG-Beitrittsantrag gemeinsam vorgegangen werden kann.

Zu dieser Beratung hatten Dev Genc in Europa und Feyka Kurdistan gemeinsam eingeladen:

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, BWK, Cephe, FAU/R, Freunde des kurdischen Volkes (Hamburg und Hannover), Isci Gercegi, Kivilcim, Kurtulus Yolu, MLPD, TSK-DK, Volksfront, VSP.

An der Beratung nahmen teil:

BWK, Dev Genc in Europa, Feyka Kurdistan, Freunde des kurdischen Volkes (Hamburg und Hannover), Isci Gercegi, Kivilcim, Volksfront.

Die Teilnehmer begrüßten die Initiative zu der Beratung. Sie konstituierten sich als Vorbereitungsgruppe für eine gemeinsame Plattform auf Basis der oben genannten Grundsätze. Sie bildeten eine Kommission, die die oben genannten Prinzipien auf Basis der heutigen Diskussion ausarbeiten soll. Dieser Plattformvorschlag wird zusammen mit diesem Protokoll veröffentlicht und an andere Organisationen versandt.

Unsere Initiative strebt an, alle Organisationen, die diesen Plattformvorschlag auf Basis der obigen Prinzipien unterstützen, einzubeziehen.

Die nächste Konferenz findet am 28.6.87 um 12.00 Uhr im Jugendgästehaus in Köln statt.“

Hungerstreik für Gefangene in Türkei und Kurdistan

Mit drei kurzen Hungerstreiks in Bonn, Köln und Basel haben Mitte Juni türkische und kurdische Antifaschisten gegen die andauernde Folter an politischen Gefangenen in der Türkei und Kurdistan protestiert. In einer Erklärung verlangen die Hungerstreikenden, „eine Kommission, bestehend aus Presseangehörigen, Europaparlamentariern, Mitgliedern der UN-Menschenrechtskommission, Mitgliedern von ai, Politikern und Juristen zu bilden, um mit den Gefangenen Gespräche zu führen und die Folterungen und Grausamkeiten an Ort und Stelle zu untersuchen.“ Die Hungerstreiks wurden als gemeinsame Aktion der türkischen Organisation „Dev Genc in Europa“ und der kurdischen Organisation „Feyka Kurdistan“ durchgeführt. Beide Organisationen haben aus Anlaß der Aktion eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, die wir im folgenden in Auszügen dokumentieren. – (rül)

„Erheben wir die Solidarität mit den politischen Gefangenen in der Türkei und Kurdistan. Die faschistische Junta entwickelt jeden Tag neue Methoden für die Vernichtung der politischen

Gefangenen. In den Gefängnissen in der Türkei und Kurdistan werden sadistische Methoden angewendet, die ihresgleichen in der Welt suchen ... In Schein-Verfahren, gestützt auf gefälschte Anklageschriften und auf durch Folter erpreßte Geständnisse, wurde praktisch das Recht auf Verteidigung aufgehoben. Außerdem wurde den Gefangenen die Kapitulation aufgezwungen. Durch Folter, Massaker und Hinrichtungen versuchte man, die Widerstände in den Gefängnissen zu unterdrücken, mit dem Reue-Gesetz (Kronzeugengesetz) und dem Vollstreckungsgesetz die Kapitulation zu institutionalisieren. Mit diesen Methoden sollten die Widerstände drinnen beendet und den revolutionären Entwicklungen draußen Einhalt geboten werden.

Trotz aller Maßnahmen des Faschismus und der Kapitulation einiger weniger fanden in den Gefängnissen der Türkei und Kurdistans heldenhafte Widerstandsaktionen statt. Der Widerstand in Diyarbakir, der mit der Ermordung Mazlum Dogans am 21. März 1982 begann, wurde mit dem Todesfasten von Kemal Pir und M. Hayri Durmus im Juli, der Selbstverbrennungs-Aktion von Ferhat Kurtay

und dem Todesfasten im Januar 1984 fortgeführt. Während diese massiven Widerstandsaktionen in den Gefängnissen in Kurdistan andauerten, fielen bei den Widerständen in Metris und Sagmaclar in der Türkei, die im April 1984 begonnen hatten, die Revolutionäre Abdullah Meral, Haydar Basbag, M. Fatih Öktülmüs und Hasan Telci im Todesfasten als Märtyrer. Diese Widerstände in den Gefängnissen haben die Kämpfe gegen die faschistische Junta in der Türkei und Kurdistan noch weiter gestärkt.

Während das faschistische Regime sich heute einerseits der Öffentlichkeit der Welt und Europas als „zur Demokratie zurückgekehrt“ darstellt, führt es all diese unmenschlichen Vernichtungsmaßnahmen in forcierter Weise fort. Mit der Entwicklung des Kampfes werden die Gefangenen als Geiseln behandelt und Drohungen ausgesprochen. Der Ministerpräsident des faschistischen Regimes brachte diese Absichten während einer Amerika-Reise mit folgenden Worten zur Sprache: „Es stehen einige Todesstrafen an, wenn es nötig ist, können wir die Vollstreckung auf die Tagesordnung setzen.“ Dies geschah, nachdem sich die Aktionen in Kurdistan entwickelten. Nach dieser Erklärung wurden sofort über 100 Gefangene aus Diyarbakir und Adana in die Spezial-Gefängnisse des „Typ E“ (Hochsicherheitstrakte) nach Eskisehir, Antep, Bursa, Canakale usw. verlegt. In Eskisehir, wo das Gefängnis aus Einzelzellen besteht, werden die Gefangenen in Isolationshaft gehalten.

Damit versucht man, die Gefangenen von den Massen und untereinander zu isolieren. Weiterhin werden die Besuche der Angehörigen und Anwälte verhindert. Obwohl die staatliche Revisionskommission für das Gefängnis von Diyarbakir einen Bericht zusammenstellte, in dem es als gesundheitsschädlich eingestuft wird, werden die Menschen in Zellen zusammengehalten, womit man sie zu vernichten sucht. Die tägliche Folter hat ein Höchstmaß erreicht.

Das Stillhalten jeder Person und Institution, die sich als menschlich bezeichnet, bedeutet Mitschuld an den Maßnahmen, die unter der Bezeichnung „Übergang zur Demokratie“ durchgeführt werden. Aus Protest gegen die unmenschlichen Maßnahmen der faschistischen Junta in den Gefängnissen fordern wir die Bildung einer Kommission, die die Situation vor Ort prüft und Gespräche mit den Gefangenen führt, bestehend aus Personen und Institutionen, die die Menschenrechte achten.

Wir beginnen am 10. Juni 1987 in verschiedenen Städten in Europa einen Hungerstreik, um die Maßnahmen in den Gefängnissen anzuprangern, der Revolutionäre, die in den Gefängnissen als Märtyrer gefallen sind, zu gedenken und unsere Forderung nach der Bildung einer Kommission zur Untersuchung der Situation in Eskisehir und den anderen Gefängnissen zu unterstreichen. – Feyka Kurdistan, Dev Genc in Europa“

Anzeige

Solidarität mit den AIDS-Kranken und den HIV-Infizierten

Die AIDS-Aufklärungskampagne der Reaktion:
Schuldige schaffen, Angst verbreiten,
freie Hand für den Staatsapparat

Krankheitsursache:
AIDS-Krankheit – eine Seuche
auf dem Boden der Armut

Das Bundesseuchengesetz erlaubt
die Entfesselung der Staatsgewalt

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik
Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg

Juli 1987

Preis 3,00 DM

„Solidarität mit den AIDS-Kranken und den HIV-Infizierten“, Broschüre der Volksfront und der Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 36 Seiten DIN A-4, 3,00 DM. Zu beziehen über Volksfront, Zülpi-cher Str. 7, 5000 Köln 1 oder GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

Internationaler AIDS-Kongreß »Politische Perspektiven in der AIDS-Zeit«

Unter diesem Titel veranstalten die GRÜNEN im Bayerischen Landtag und der Landesverband der GRÜNEN einen Internationalen Kongreß, auf dem es zu „Kontroversen über die gesellschaftliche Dimension einer Krankheit“ kommen soll.

Samstag, 11. Juli 1987
von 10.00 – 23.00 Uhr
in Nürnberg

Kleine Saal der Meistersingerhalle
Geplant ist eine öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltung. Auf dem Programm:

- Schwedische Erfahrungen mit der Meldepflicht
- Bayern nach dem „Maßnahmenkatalog“
- Sexualität und Sexmoral in der AIDS-Zeit
- AIDS und Dritte Welt
- Was tun?

Podiumsdiskussion mit AIDS-Hilfe, Hydra (Prostituiertenorganisation), Con-Drobs (Drogenhilfe), GRÜNEN und Referentinnen und Referenten des Tages.

Informationen: DIE GRÜNEN im Nürnberger Stadtrat, Tel: (0911) 2247 22

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 23

NRW: Abwehr der Pleite durch große Koalition? SPD gräbt an ihrer eigenen Basis 24

Celle: „Kreuzberg der Südheide“. Türken nicht erwünscht 24

Ausländerpolitik: Sozialsenator fordert Qualifizierungsoffensive . . 25

Kindertagesheime: Privatisierung statt kommunaler Versorgung . . 25

FAP-Parteitag: Israelische Sportler ausquartiert, Polizeieskorte für Nazis 26

ÖTV-Aktionswoche: Appelle statt Angriffe gegen die Reaktion . . . 27

Sudetentreffen: „Umweltpolitik“ als „neue Dimension“ 27

Schleswig-Holstein: Reaktionäre und faschistische Organisationen bereiten Kandidaturen vor 28
NPD in Schleswig-Holstein 29

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 30

Bayerische Schüler: „Bildung statt Militär“: wenig grundsätzliche Kritik 31

Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Arbeitswissenschaft: Studien zur Belastung bei Nacht- und Schichtarbeit 32
Bilanz der Schichtarbeitsforschung 32
Organisation der Arbeit – Schichtarbeit 32
Forschungsbericht Schichtarbeit . . 32
PROSA – Projekt Schichtarbeit . . 32
„Nachtarbeit streng begrenzen“ . . 33
Hahn: Nacht- und Schichtarbeit I . . 33
Schichtarbeit und Nachtarbeit . . . 33

Verbot faschistischer Organisationen: Antifaschismus nach internationalem Recht 34

Spezialberichte

Türkei: Die Türkei auf dem Weg in die EG – oder? 36
Kurze Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung der Türkei . . . 36
Die Wirtschaftspolitik der Generäle 37
Überblick über die Arbeiterklasse . 38
Mit vielen unlösbaren Problemen steht die Türkei vor der EG 39

Titelbild: Karikatur, vog, Köln

Golfstaaten

Imperialisten bereiten Intervention vor – BRD in vielfältiger Weise beteiligt

Die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten in der Golfregion und dort insbesondere gegen den Iran laufen auf vollen Touren. Während die der USA, Frankreichs und Großbritanniens in der BRD-Presse erörtert werden, vermittelt die Bundesregierung in der Öffentlichkeit den Eindruck, die BRD beteilige sich direkt und auch indirekt nicht daran. Das Gegenteil ist der Fall.

Die Bundesregierung hat die Erklärung des Wirtschaftsgipfels in Venedig mitverfaßt, worin sich die versammelten imperialistischen Staaten gemeinsam versichern, für die Offenhaltung der Seewege in der Golfregion und für den freien Abfluß des Erdöls zu sorgen und damit eine gemeinsame Drohung an die Adresse des Iran losließen. Zufrieden bemerkte die bürgerliche Presse in der BRD, daß der Einfluß der BRD auf dem Gipfel groß gewesen sei und Kohl eine starke Rolle gespielt habe.

Desweiteren hat die Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) auf ihrer Tagung Anfang Juni deutlich gemacht, daß sie die Militärpräsenz und auch weiterreichende imperialistische Maßnahmen in der Golfregion zu unterstützen gedenkt. Der Vorsitzende der WEU-Versammlung und Außenministers Luxemburg, Poos, betonte, daß Europa natürlich von den Entwicklungen im Golf und durch den iranisch-irakischen Krieg, der die Region destabilisieren würde, betroffen sei. Die USA, Frankreich und Großbritannien sollten einen Dialog beginnen, wie der

Seeweg geschützt und die militärischen Interessen gesichert werden könnten.

Auf dem Wirtschaftsgipfel hatte Bundeskanzler Kohl erklärt, die Bundesregierung würde keines ihrer Kriegsschiffe zur Unterstützung der US-Kriegsschiffverbände in die Golfregion schicken. Er bot sogleich „anderweitige Unterstützung“ an, zum Beispiel eine Entlastung der USA durch BRD-Schiffe im Atlantik. Damit könnte die BRD zweierlei erreichen: Einerseits würden durch den Einsatz von BRD-Schiffen im Atlantik Verbände der USA für eine militärische Aktion im Golf frei, zum anderen würde die BRD ihre Stellung im Rahmen der NATO weiter verbessern.

Eine Schlüsselrolle bei den Interventionsvorbereitungen der US-Imperialisten mit Verbänden z.B. der Schnellen Eingreiftruppe RDF in der Golfregion fällt der BRD durch das gemeinsame Wartime-Host-Nation-Support-Abkommen (WHNS) zu, ohne daß die BRD selbst mit eigenen Aggressionstruppen eingreifen müßte. Das erlaubt den BRD-Imperialisten, harmlos zu tun. Nach dem WHNS-Abkommen würden die USA bis zu 100000 Soldaten aus der BRD im Falle einer militärischen Aktion gegen Iran abziehen können. Die Aggression würde als Ausgangspunkt und Mittelpunkt der Logistik und des Nachschubs die BRD haben – mit Unterstützung der Bundesregierung. Daß sich daraus auch gewichtige Mitspracherechte für den BRD-Imperialismus im Fall einer solchen US-In-

tervention am Golf ergeben, ist für die Bundesregierung selbstverständlich.

Schließlich findet zur Zeit in der Osttürkei in der Nähe von Erzerum die jährliche Übung der Schnellen Eingreiftruppe der NATO (AMF) statt. Die Terminwahl scheint nicht zufällig, denn ab Anfang Juli wollen die US-Imperialisten den „Geleitschutz“ für kuweitische Schiffe übernehmen. An der AMF-Übung „Aurora-Express“ nehmen neben britischen, belgischen, italienischen und US-amerikanischen Verbänden auch westdeutsche teil, zwei Fallschirmjägerbataillone aus Merzig. Das BRD-Lufttransportgeschwader 62 aus Wunstorf hat die BRD-Verbände über eine Luftbrücke eingeflogen. Damit sind auch NATO-Truppen unter westdeutscher Beteiligung an der Sicherung der Nordflanke der Golfregion beteiligt und wären z.B. im Falle von tatsächlichen oder auch nur behaupteten iranischen Angriffen auf die irakische Erdölpipeline von Nordirak durch die Türkei einsetzbar.

Die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten heizte die „Welt“ in den letzten Tagen und Wochen weiter an mit Forderungen nach einem weiteren Flottenausrüstungsprogramm und nach Beseitigung „völkerrechtlicher Bedenken“ gegen eine BRD-Intervention im Mittleren Osten. Die Bundesregierung solle, wenn auch nur zeitweise, Schiffe in den Golf schicken und endlich die Wünsche der Marine erfüllen: zwei bis vier Fregatten mehr (Welt, 10.06.87). In der Ausgabe vom 12.06. stellt Pro-

AL-Antrag gegen Steuersenkungsgesetz

Anfang Juni hat die AL-Fraktion im Westberliner Abgeordnetenhaus einen Antrag eingebracht mit dem Ziel, die diskriminierenden Bestimmungen des Steuersenkungsgesetzes 86/88 gegen Familien, deren Kinder im Ausland leben, aufzuheben. In der Begründung heißt es: „Das Steuersenkungsgesetz schafft in seiner Konsequenz zwei Klassen von Steuerpflichtigen ... Nach nunmehr knapp zweijähriger Laufzeit des Gesetzes ist festzustellen, daß die finanziellen Konsequenzen, insbesondere für sozial schwache Familien, deren Kinder im Ausland leben, enorm sind. Die zusätzliche steuerliche Belastung durch dieses Gesetz geht bis zu 700,- DM monatlich, und zwar vor allem in Berlin, da auch die Kinderzuschläge nach dem Berlin-Förderungsgesetz entfallen. Daraus entstehende finanzielle Notlagen gehen so weit, daß

einzelne Familien ihren Haushalt aus weniger als dem Sozialhilfesatz bestreiten müssen. Da durch dieses Gesetz ganz überwiegend ausländische Arbeitnehmer betroffen sind, ist zudem der Eindruck entstanden, es handle sich bei dem Gesetz um eine gezielte Diskriminierung der Arbeitsimmigranten ...“ – (maw)

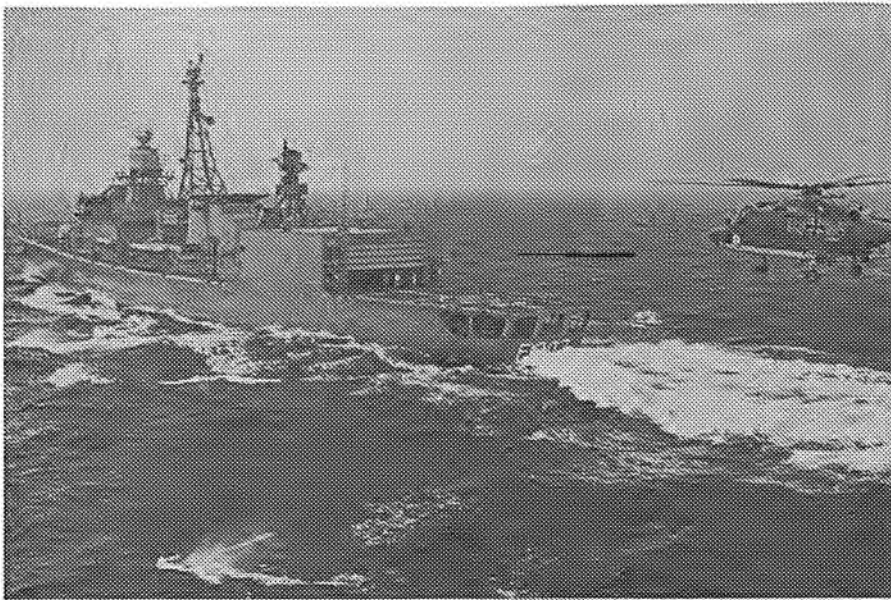
„Patriotischer Bund“ statt „Bund der Vertriebenen“?

Der Bundesvorsitzende der revanchistischen „Landsmannschaft der Schlesier“, Herbert Hupka, wünscht einen neuen Namen für den Vertriebenenverband. Statt „Bund der Vertriebenen“ wünscht er sich einen Namen wie „Patriotischer Bund“ oder „Bund für Deutschland“, erklärte Hupka am 20.6. gegenüber der „Welt“. Hupkas Begründung: „Viele werden vielleicht vom Mittun abgehalten, wenn sie den Namen ‚Bund der Vertriebenen‘ lesen, weil sie dann meinen, das sei lediglich

eine Organisation für die Vertriebenen. Mein Vorschlag: schon der Name sollte deutlich machen, daß alle Deutschen angesprochen sind.“ Die von Hupka vorgeschlagene Namensänderung würde den Parteianspruch der Vertriebenen betonen, kommt also den Kräften in den Vertriebenenverbänden entgegen, die sich eine neue Partei rechts von der Union wünschen. Die Regierung Kohl fördert diese Entwicklung einer Partei rechts von der Union schon lange. – (rül)

IG Metall mobilisiert für kommunales Wahlrecht

Unter dem Motto „Wahlrecht ist Menschenrecht. Deshalb kommunales Wahlrecht – jetzt!“ startet die IG Metall eine bundesweite Kampagne. Alle volljährigen Ausländer, die länger als fünf Jahre in der BRD wohnen, sollen wählen dürfen, fordern IGM und DGB, der zeitgleich eine Informationskampagne begonnen hat. Ziel der Ak-



Die Fregatte „Bremen“ erst seit wenigen Tagen im Dienst, nach Berichten der „Welt“ werden bereits weitere zwei bis vier Fregatten gefordert

fessor Blumenwitz, Völkerrechtler von der Universität Würzburg, fest, daß ein „Einsatz im Mittleren Osten völkerrechtlich möglich“ sei. Außerdem sei durch einfache Änderung des NATO-Vertrages eine Ausdehnung des NATO-Operationsgebietes erreichbar und bedürfte so nur der „Zustimmung des Bundestages in Form eines einfachen Bundesgesetzes“. Dadurch sollen Widerstände gegen Verfassungsänderungen, die dem BRD-Imperialismus wieder uneingeschränkte Interventionen erlauben würden, frühzeitig wegeräumt werden.

Ohne daß sich öffentlicher Widerstand in der BRD entwickelt, setzen die Imperialisten ihren Aufmarsch unter Beteiligung der BRD am Golf fort. Die US-amerikanische Regierung hat

in einem 30-seitigen Bericht ihre Pläne für eine verstärkte militärische Einmischung in der Golfregion vorgelegt. Darin heißt es u.a., daß die Kommandanten der US-Kriegsmarine befugt seien, Raketenstützpunkte, Schiffe und Flugzeuge des Iran anzugreifen, falls der Iran kuweitische Schiffe, die unter US-Flagge fahren, attackieren sollte. Die Anzahl der US-Kriegsschiffe soll von acht auf elf unmittelbar im Golf anwachsen und zusätzlich noch ein Schlachtschiff sowie ein Flugzeugträgergeschwader in den angrenzenden Gewässern umfassen. Damit wären insgesamt 24 US-Kriegsschiffe in der Golfregion stationiert. Insgesamt sollen die USA, Großbritannien und Frankreich ca. 50 Kriegsschiffe im Einsatz haben. Großbritannien hat fast ein

Fünftel seiner Kriegsmarine dort stationiert, die in diesem Jahr bereits über 100 Schiffe eskortiert haben soll.

Frankreich hat vor einigen Tagen den Vorschlag der USA, eine gemeinsame Einsatzflotte zu bilden, zurückgewiesen. Hierdurch entstünde eine Kettenreaktion, die den Golf zu einem Kampfplatz für außenstehende Mächte werden ließe, so die französische Regierung. Jegliche Veränderungen der Grundgegebenheiten der Lage müsse vermieden werden. Damit machen die französischen Imperialisten deutlich, daß sie gewillt sind, ihre eigenen Interessen am Golf zu sichern, und sich nicht einfach denen der US-Imperialisten unterzuordnen gedenken. Die französische Regierung konnte am 18. 06. den Abschluß eines Abkommens über militärische Zusammenarbeit mit Katar bekanntgeben. Bislang hatte Frankreich Katar bereits 14 Mirage-Flugzeuge, sechs französisch-westdeutsche Alphajets und einige Helikopter geliefert und Militärausbilder und -berater gestellt.

Imperialisten wollen Kontrolle über Ölquellen

Das strategische Ziel der Imperialisten in der Golfregion ist die Rückeroberung der Ölquellen und die Wiedererrichtung des imperialistischen Ölmonopols, das durch die Verstaatlichungs- und Preispolitik der OPEC-Länder in den 70er Jahren weitgehend beseitigt wurde. Inzwischen konnten die Imperialisten in ihrem Rollback gegen die erdölexportierenden Länder Erfolge verzeichnen. Allein die Länder des Mittleren Ostens hatten zwischen 1983 und 1986 Waren in Höhe von fast 40 Mrd. US-\$ mehr importiert als exportiert. Insbesondere die Abhängigkeit des Iraks wuchs durch die immensen Kriegskosten auf fast 17 Mrd. US-\$ an.

tion sei es, „Vorbehalte aufzulösen und Vorurteilen zu begegnen“. Zum Thema sind örtliche und zentrale Aktionen verschiedenster Form geplant. IGM-Vorstandsmitglied Sturm dazu: „Auf Dauer darf es keine Bürger zweiter Klasse geben.“ – (uga)

Stahlrunde vertagt – IG Metall abgeblitzt

Ergebnislos vertagt hat sich die zweite „Stahlrunde“, zu der sich die Bundesregierung, Vertreter der Stahlkonzerne und der IG Metall am 16.6.1987 in Bonn getroffen haben. Hoffnungen der IG Metall, die Bundesregierung würde ein zwischen ihr und Thyssen, Hoesch, Mannesmann und Krupp ausgehandeltes Konzept zum Abbau von 20000 Beschäftigten der vier Konzerne im wesentlichen über Sozialpläne und konzerninterne Umsetzungen finanziell absichern, wurden nicht bestätigt. „Nicht rückzahlbare öffentliche Beihilfen“ haben die Stahlkapitalisten jedoch

zur Voraussetzung des Konzeptes gemacht. Die Bundesregierung will sich bis zum 26.6. äußern. Dabei schließt das Konzept noch nicht einmal Massenentlassungen grundsätzlich aus, zahlreiche Körperschaften der IG Metall kritisieren es deswegen. Thyssen-Stahl-Chef Kriwet nutzte die Situation und kündigte an, daß bis 1989 nicht 25000, sondern 35000 Stahlbeschäftigte abgebaut werden müßten. Am 15.6. demonstrierten 5000 Stahlarbeiter in Bochum, am 22.6. 14000 Lohnabhängige und Familien in Hattingen und am selben Tag 10000 in Dortmund. – (wof)

Zum Tode Verurteilten Einreise verweigert

Bundesinnenminister Zimmermann hat 14 Chilenen, denen wegen angeblicher Beteiligung an sogenannten politischen Straftaten die Todesstrafe droht, die Einreise verweigert. Zimmermann begründete dies mit Sicher-

heitsbedenken, weil den zum Tode verurteilten Chilenen ein „ganz gravierender krimineller Charakter“ unterstellt werden müsse. Die 14 Chilenen sind Mitglieder der Revolutionären Linken (MIR); drei von ihnen sind wegen angeblicher Beteiligung an der Ermordung des Gouverneurs von Santiago, Generalmajor Urzua, von einem Militärgericht zum Tode verurteilt, den anderen elf droht ebenfalls als „Terroristen“ die Todesstrafe. Alle 14 Inhaftierten beantragten die Einreise in die BRD, weil nach chilenischen Militärgesetzen ein in letzter Instanz vom Obersten Gericht bestätigtes Todesurteil in eine Ausweisung verwandelt werden kann, falls ein anderes Land sie aufnimmt. Die Bundesländer Hamburg und Hessen hatten sich bereit erklärt, die MIR-Mitglieder aufzunehmen. SPD-MdB Duve warf Zimmermann vor, sich zum Anwalt der Pinochet-Diktatur in Chile zu machen. – (sie)



Links: Britisches Militärmanöver in Oman Anfang 1987; rechts: gemeinsame Übung französisch-westdeutscher Truppenverbände, im Herbst 1987 soll ein Manöver von 30000 BRD-Soldaten mit 25000 Soldaten der französischen Schnellen Eingreiftruppen stattfinden.

Ein Großteil der irakischen Exporte ist somit bereits bei den Imperialisten verpfändet, die auch gleich die militärische Kontrolle über eine irakische Pipeline in die Türkei (eine zweite ist in Bau) übernommen haben. Besonderer Nutznießer der erhöhten Abhängigkeit der Staaten des Mittleren Ostens waren die japanischen und europäischen Imperialisten, darunter an führender Stelle die BRD. Die BRD liegt bei den Exporten der Imperialisten in die Länder des Mittleren Ostens nur knapp hinter Japan und konnte ihren Anteil von 12,9% 1985 auf 14% ein Jahr später erhöhen. Gegenüber den Ländern des Mittleren Ostens erzielte die BRD 1985 Handelsüberschüsse von 16 Mrd. US-\$ und 1986 noch von über 12 Mrd. US-\$, obwohl diese Länder ihre Importe z.T. drastisch gesenkt

hatten. Selbst Saudi-Arabien als größter OPEC-Lieferant der BRD ist inzwischen bei der BRD verschuldet.

In den letzten Jahren konnten sich die westdeutschen Energiekonzerne ebenfalls Zugang zu den dortigen Ölfeldern verschaffen und sich an der Förderung beteiligen, auch wenn ihr Anteil gemessen an dem, was die US-amerikanischen, französischen, britischen und niederländischen Ölkonglomerate im Mittleren Osten fördern, noch vergleichsweise gering ist. So erhielt die Deminex im letzten Oktober eine Bohrkonzession in Abu Dhabi. Im Emirat Umm A-Qawain bohrt und fördert die Deutsche Texaco. In Qatar unterhält die Wintershall Gruppe Konzessionen und plant die Erdölförderung in den nächsten fünf Jahren. Die Deminex hält eine Beteiligung von

37,5% in einem Konsortium mit britischen und niederländischen Ölkonzernen zur Ausbeutung mehrerer Ölfelder in Syrien. Vor der Küste von Dubai besitzen die Deutsche Texaco und die Wintershall einige Beteiligungen. Daneben fördern BRD-Konglomerate in Ägypten, in Libyen und führen Bohrungen in der Türkei durch.

Die BRD-Konglomerate verfolgen wahrhaft „vitale Interessen“ in der Golfregion. Mit einer militärischen Intervention errechnen sich die westdeutschen Imperialisten, weiteren Zugriff auf die Reichtümer der Golfländer zu erhalten.

Quellenhinweis: Jahresbericht 1986/87 des Nah- und Mittelost Vereins; Die Welt, 02.-20.06.87; Handelsblatt, 09.06.87; Europäische Wehrkunde, 1/87 – (sie)

Bundesrat will Verjährung verlängern

Um noch einmal die Gesamtzeit der Höchststrafe will der Bundesrat die Verjährungsfristen für alle Straftaten verlängert wissen. Bislang beträgt die Verjährungsfrist im Schnitt die doppelte Zeit der jeweiligen Höchststrafe. In seiner Begründung führt der Bundesrat vor allem an, daß insbesondere bei Wirtschaftsstrafverfahren die Verjährungsfristen zu kurz seien, um die Verfahren ordnungsgemäß zu beenden, und daß die Mittel der Länder zu knapp bemessen seien, den Ausbau von Polizei und Justiz so voranzutreiben, daß eine schnellere Abwicklung der Wirtschaftsverfahren möglich sei. Daß der Bundesrat dennoch weit mehr beabsichtigt, als die Verfolgung von Kapitalisten zu sichern, legt ein Halbsatz nahe, der neben Wirtschafts- auch Staatsschutzdelikte aufzählt. Delikte nach §130 a (Aufforderung zu Gewalt)

würden dann z.B. erst nach neun Jahren verjähren. Die Bundesregierung lehnt den Entwurf ab, sie verweist auf die in der letzten Legislaturperiode beschlossenen Gesetze zur Beschleunigung von Prozessen. Die Länder setzen die Regierung unter Druck: entweder mehr Gelder für Polizei und Justiz – oder kein kurzer Prozess. – (Bundestagsdrucksache 11/389 – uld)

Proteste gegen Preisverleihung an Rommel in Jerusalem

„Sippenhaft“, empörte sich die „Stuttgarter Zeitung“. Als Oberbürgermeister Rommel den Preis „Wächter Jerusalems“ erhielt, hätten nur sechs der 31 Stadträte teilgenommen, aus Protest, daß Jerusalem den Sohn eines Hitler-Generals ehrt. „Geradezu unmenschliche Moral“ sei das, zumal Rommel bekenne: „Es ist leider wahr, daß es wohl das Ende der Juden in Palästina bedeutet hätte, wenn das heutige Israel unter die Herrschaft Hitlers gekommen

wäre.“ Kritik der Verbrechen des Hitlerfaschismus? Allenfalls Zweifel am Nutzen: Die Juden werden als Bollwerk des Westens gebraucht, daher verteidigt Rommel die israelische Besetzung Ostjerusalems, dafür läßt er sich ehren. Was Haftung für Vergangenes angeht, er bekennt sich zur Sippe. Der regelmäßige Besucher der „Kameradschaftstreffen“ des Afrika-Corps: „Ich kann im nachhinein weder an meinem Vater noch am Afrika-Corps irgendwelche Kritik üben.“ – (alk)

Lambsdorff will Betriebsräte von „Radikalen“ säubern

Die FDP hält an der Regierungsvereinbarung zur Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes fest. Die mit den Unionsparteien ausgehandelte gesetzliche Verankerung der Sprecherausschüsse für leitende Angestellte müsse bis 1989 in Kraft sein, betonte FDP-Graf Lambsdorff am 13.6. in einem Interview der „Welt“. Sonst werde die

USA

Protest gegen von Weizsäcker-Auftritt

Aus Anlaß des 40. Jahrestages der Ankündigung des sog. Marshall-Plans (11.6.) hatte ein exklusives Gremium der Harvard-Universität (USA) bereits im Februar den Bundespräsidenten v. Weizsäcker als Festredner eingeladen. Drei Tage vor dem Weizsäcker-Auftritt veröffentlichte die überregionale Zeitung „Boston Globe“ eine schroffe Kritik des Geschichtsprofessors F. Loewenheim (von der Rice-Universität, Texas) an der Auswahl just dieses Festredners: „Soll Harvard anlässlich des 1987er Festakts den Sohn eines verurteilten Nazi-Kriegsverbrechers ehren? Das ist keine akademische Fragestellung.“ So etwa habe der derzeitige BRD-Präsident im Mai 1985 gegenüber der „New York Times“ die Lügen seines Vaters, Staatssekretär im reichsdeutschen Auswärtigen Amt Ernst v. Weizsäcker (1938-43), erneut aufzutischen versucht, indem er dessen Nichtwissen um die systematische Deportation und Vernichtung von jüdischen Bevölkerungsteilen in den besetzten Ländern behauptete. „Wie jedoch General Telford Taylor, der US-Chefankläger beim Nürnberger Tribunal, im Verfahren gegen Weizsäcker nachwies, (ist folgendes die Wahrheit): „Am 20. März 1942 informierte v. Weizsäcker den für die Juden-Vernichtung eingesetzten Hauptverantwortlichen, Eichmann, daß seitens des Deutschen Auswärtigen Amtes keinerlei Bedenken gegen die Deportation von 6000 französischen und staatenlosen Juden nach Auschwitz bestünden“. In der Tat wird aller Wahrscheinlichkeit nach nie die ganz exakte Zahl der Tausenden von

Toten bekanntwerden, für die Weizsäcker auf die eine oder andere Art mitverantwortlich oder direkt verantwortlich gemacht werden kann“ – so Loewenheims Kommentar zur Feststellung des damaligen US-Chefanklägers in Nürnberg. Am Schluß seiner Kritik, die eine Reihe weiterer Belege für die verbrecherischen Aktivitäten Ernst v. Weizsäckers enthält, beantwortet der Geschichtsprofessor seine eingangs gestellte Frage folgendermaßen: „Ein Mann, dem es so verdächtig an Aufrichtigkeit und Wahrhaftigkeit mangelt, mag zum Präsidenten der Bundesrepublik gewählt werden, so wie Dr. Waldheim vor kurzem zum Präsidenten von Österreich gewählt wurde. Er hat jedoch – als Zier oder als Schande – nichts bei der Abschlußfeier der Harvard-Universität von 1987 als Hauptredner verloren.“

Gleich einen Tag nach dieser Veröffentlichung publizierte die Studentenzeitung der Harvard-Universität, „Crimson“, eine weitere Kritik des an dieser Hochschule lehrenden Juraprofessors Alan Dershowitz. Darin wird auf die Tatsache hingewiesen, daß der junge Jurist Richard v. Weizsäcker Mitarbeiter des Anwalt-Kollektivs war, welches seinen angeklagten Vater verteidigte: Nach dem Krieg half er seinem Vater, das Nürnberger Gericht zu belügen, so Dershowitz; der Bundespräsident sei zwar ‚nicht Kurt Waldheim‘, und er soll auch nicht auf die Beobachtungsliste der US-Einwanderungsbehörde gesetzt werden (wie dies im Falle Waldheims geschehen ist). Die Ehrendoktorwürde der Harvard-Universität solle ihm aber wegen der damit verbundenen Entehrung der Opfer der Nazi-Herrschaft nicht verliehen werden. Die überregionale Presse der BRD hat mit gespannter Aufmerksamkeit die öffentliche Wirkung dieser

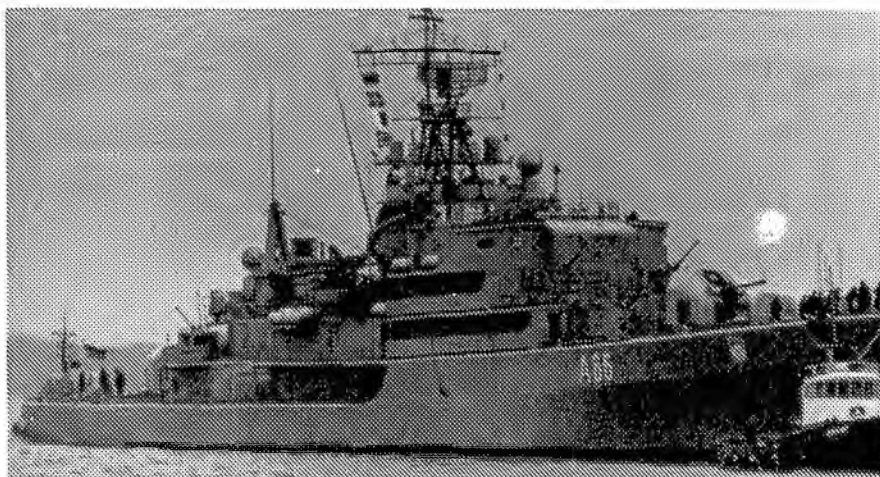
beiden im „Boston Globe“ und „The Harvard Crimson“ publizierten Proteste gegen den jüngsten US-Auftritt des Bundespräsidenten verfolgt – immerhin hatte Prof. Dershowitz sofort „Dut-zende von Anrufen“ erhalten, die ein „verbreitetes Unbehagen“ anzeigten (so FAZ-Korrespondentenbericht am 11.6.). In das Aufatmen über den anscheinend reibungslosen Ablauf der Weizsäcker-Ehrung mischt sich daher gewisse Zukunftsbesorgnis: Die „Welt“ sieht „die heftige Kontroverse“ lediglich für diesen Zeitpunkt „in den Schatten ... geraten“, und die „Frankfurter Rundschau“ nimmt mit orakelndem Interesse zur Kenntnis, daß „sich hier ein in den USA offenbar weit verbreitetes Deutschlandbild zeigt ... Alles, was mit dem Hakenkreuz zu tun hat, garantiert in diesem Zusammenhang Aufmerksamkeit.“ Gewiß, das unterscheidet den publizistischen Liberalismus der USA von dem der BRD! Quellenhinweis: Boston Globe, 8.6.; FAZ, 10.6., 11.6.; Welt, 12.6.; FR, 12.6.; Robert Kempner, Ankläger einer Epoche, Frankfurt, 1983 – (huh)

22. Evangelischer Kirchentag

Versöhnung auch für Gegner und Helfer Südafrikas

Am 18. Juni forderte die übergroße Mehrheit der Teilnehmer des Kirchentags-Forums „Südliches Afrika“ die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und ihre Landeskirchen, die christlichen Sozialwerke und Entwicklungshilfeorganisationen auf, ihre Konten bei der Deutschen Bank aufzulösen, um damit der Forderung nach Sanktionen gegen Südafrika Nachdruck zu verleihen. Am 20. Juni fand –

FDP keiner Verlängerung der Montanmitbestimmung zustimmen. Bei Gelegenheit der Neufassung will die FDP auch die Vorkehrungen gegen „radikale Gruppen“ im Betriebsrat verbessern. Lambsdorff: „Wir haben auch in den Koalitionsverhandlungen gesagt, daß wir nicht dafür sind, radikale Gruppen oder Chaotengruppen in den Betriebsräten zu sehen. Es muß eine Lösung gefunden werden, und dafür braucht man Zeit, die das nach Möglichkeit verhindert und ausschließt. Auch wir sind der Auffassung, daß im Grundsatz starke Gewerkschaften notwendig sind. Aber die Art und Weise, wie die großen Gewerkschaften mit Ansprüchen von Minderheiten umgehen, ... die darf so nicht fortgesetzt werden.“ Gewerkschaften, die die Interessen der einfachen Lohnabhängigen mit Füßen treten und um „Leitende“ schwänzeln – das würde dem Grafen gefallen, dafür soll die Regierung tätig werden. – (rül)



Einen vor den Latz geknallt bekam der Tender „Neckar“ der BRD-Marine. Verbände der VR Polen führten in der Bucht von Gdansk am 15.06. ein Übungsschießen durch. Nach dem Motto „Die deutsche Frage bleibt offen“ schickte das BMVg den Tender zum Spionieren los. Das Schiff, speziell für Spionagezwecke ausgerüstet, näherte sich den polnischen Einheiten bis auf 1000 Meter, laut Bundesregierung Routinesache. Den Beschuß hat zumindest der Kommandant richtig verstanden: Er machte sich großlos aus dem Staub. – (ano)

aus Anlaß des Kirchentages – mit um die 20000 Teilnehmern unter dem Motto „Freiheit für Südafrika und Namibia“ eine der größten Demonstrationen in der BRD gegen die Apartheid in Südafrika und für den Boykott des Rassistenstaates statt.

Die politische Wirkung solch schroffer Absagen an die wirtschaftliche und politische Unterstützung Südafrikas durch die BRD blieb dennoch gering. Der EKD ist es gelungen, den Kirchentag zu einer christlichen Versöhnung politischer Gegner zu nutzen: Der Vorsitzende des Rates der EKD, Bischof Kruse, konnte ungehindert verbreiten, daß er sich gegen jegliche Kündigung der Konten einsetzen werde. Werner Blessing vom Vorstand der Deutschen Bank nahm nach der Kündigung des Kirchentagskontos bei der Deutschen Bank zwar nicht am Forum „Südliches Afrika“ teil, stattdessen referierte er ungestört und weitgehend unkritisiert im „Forum Banken“, zur selben Zeit, als die Demonstration stattfand.

Zum Ende des Kirchentages konnte dann die Präsidentin von Rotenhan unter dem tosenden Beifall der Besucher des Abschlußgottesdienstes feststellen und mit der wohlwollenden Unterstützung von Bundeskanzler Kohl, Bundespräsident von Weizsäcker, Bundestagspräsident Jenninger und des hessischen Ministerpräsidenten Wallmann fordern: Die evangelischen Christen müßten für eine „Zivilisation der Barmherzigkeit“ eintreten, „die sagt Bruder Sowjetrusse und Schwester Türkin, Bruder Katholik und Schwester Atheistin, Bruder Bankdirektor und Schwester Demonstrantin“. Die Demagogie, mit der die Kirchentagspräsidentin scheinbare und tatsächliche Gegensätze vermischte und dann zu deren Versöhnung aufforderte, verfiel, und so waren dann Bankdirektor und gegen die Umtriebe der Banken in Südafrika Demonstrierende christlich versöhnt.

Die christliche „Friedensbewegung“, die sich auf den letzten Kirchentagen besonders geäußert hatte, ist auf diesem nahezu vollständig in das Fahrwasser der westdeutschen Imperialisten geraten. Im Forum „Schritte zur Versöhnung – Verständigung mit den Völkern der Sowjetunion“ beschlossen die Teilnehmer eine Resolution, die sich für die „Abschaffung aller Mauern“ zwischen den Staaten Europas ausspricht. Hans-Jochen Vogel schlug als „Beitrag zur Versöhnung“ vor, auf den nächsten Kirchentag (der in Westberlin stattfinden soll) doch auch junge Leute aus der UdSSR einzuladen, und erhielt dafür Beifall. Oskar Lafontaine konnte unter Beifall für die „Durchlässigkeit der Mauer“ und mehr konventionelle Rüstung statt Atomwaffen reden.

Quellenhinweis: Frankfurter Rundschau v. 22.6.87; Rheinischer Merkur v. 19.6.87, Kölner Stadt-Anzeiger v. 19.6.87 (uld)



Arbeitszeitgesetz

Die gesetzlichen Schranken gegen Nacht- und Sonntagsarbeit sollen fallen

Blüm hat es tatsächlich fertiggebracht, ein Gesetz, das die Arbeits- und Lebensverhältnisse von Millionen berührt, ziemlich geräuschlos und nahezu unbemerkt auf den parlamentarischen Weg zu schicken. Nur wenigen Informationsquellen war zu entnehmen, daß dem Bundestag ein Arbeitszeitgesetz vorliegt. Am 15. Mai hat die Bundesregierung im Bundesrat den Entwurf eingebracht, im Wortlaut identisch mit dem Entwurf, der dem vorigen Bundestag vorlag, der ihn in erster Lesung am 25. Januar 1985 behandelt und dessen zuständiger Ausschuß im Juni 1985 eine Sachverständigenanhörung beschlossen hatte, die jedoch nie stattfand. Der Bundesrat beschränkte sich jetzt darauf, seine alte Stellungnahme von 1984 erneut zu beschließen, womit der Verfahrensgang beschleunigt ist und eine Verabschiedung noch dieses Jahr möglich wäre.

Was soll sich gegenüber dem jetzt geltenden Recht ändern? In einer Vielzahl von Punkten soll nicht mehr das Gesetz die Mindeststandards setzen, sondern können mit Tarifverträgen, Betriebsvereinbarungen und u.U. sogar in Einzelarbeitsverträgen schlechtere Regelungen getroffen werden, so z.B. bei der täglichen Arbeitsdauer, dem Ausgleichszeitraum für Mehrarbeit und Pausen. Weiter kann per Rechtsverordnung die Sonntagsruhe für viele Beschäftigungszweige aufgehoben werden. (für eine ausführlichere Darstellung s. Pol. Berichte extra v. 7.9.85)

Nun enthält aber der Gesetzentwurf noch keineswegs alle vorgesehenen Änderungen. Die Bild-Zeitung lancierte unter dem Titel „Blüm plant: Frauen dürfen fast alles werden“ Nachtar-

beit für Arbeiterinnen, im Entwurf ist noch ein wenn auch eingeschränktes Verbot enthalten. Im Arbeitsministerium kann man dazu erfahren, daß über die Ausschlußberatungen noch weitreichende Ergänzungen eingebracht werden sollen. In ihrer Koalitionsvereinbarung hatten die Unionsparteien und die FDP festgehalten, daß neben dem Nachtarbeitsverbot alle Regelungen über Dauer und Lage der Arbeitszeit unter dem Gesichtspunkt „Wettbewerbsbedingungen zwischen deutschen und EG-Unternehmen bei Maschinenlaufzeiten“ überprüft werden sollen. Damit ist eine weitgehende Lockerung des Sonntagsarbeitsverbots zu befürchten. Der Bundesrat hatte hier einen Vorstoß unternommen: Sonntagsarbeit sei auch zuzulassen „für den Betrieb von hochmechanisierten oder automatisierten Produktionsanlagen, bei denen infolge der Mechanisierung oder Automatisierung ein erheblicher Anteil wartender, steuernder oder überwachender Tätigkeit vorliegt“.

Die SPD-Fraktion will vermutlich ihren im vorigen Bundestag abgelehnten Gesetzentwurf zur Arbeitszeit erneut einbringen, ohne Hoffnungen allerdings, bei der Koalitionsmehrheit auf Gehör zu stoßen. Blüm beeinflussen und gesetzliche Verschlechterungen verhindern könnte jedoch eine gewerkschaftliche Kampagne gegen Sonntags- und Nachtarbeit, eine Kampagne, die auch bei vielen christlich eingestellten Menschen auf Sympathien stoßen würde. Der Einsatz würde sich also lohnen.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache 11/360 – (alk)



Ca. 300 Menschen werden am 12.6. während des Reagan-Besuchs in der Innenstadt eingekesselt. (Bild) Das Gebiet in dem Bezirk, wo Reagan spricht, gleicht einem Heerlager. Zur gleichen Zeit ist Kreuzberg für drei Stunden durch Straßensperren und Einstellung des Nahverkehrs abgeriegelt.

Reagan-Visite in Westberlin

Verstöße gegen Viermächte-Abkommen, Polizeiterror und Massenverhaftungen

Ca. 70000 Menschen beteiligen sich nach Angaben der Demonstrationsleitung am 11. Juni, einen Tag vor dem Reagan-Besuch, an einer Demonstration gegen den US-Präsidenten und dessen Politik. Aufgerufen dazu hatten ca. 140 Organisationen und Verbände, darunter SEW, Alternative Liste, revolutionäre Sozialisten, IG Druck und HBV, Autonome, kirchliche Gruppen, drei Bezirksverbände der SPD. 10000 Polizisten sind im Einsatz, darunter 1000 Polizeikräfte aus der BRD. Als die Polizei einen großen Teil der Demonstrationsteilnehmer vor der Abschlußkundgebung abspaltet, sind die Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten provoziert. Am 12. Juni, als Reagan, Diepgen und Kohl vor 20000 handverlesenem Publikum und nach schärfsten Personenkontrollen von der angeblichen Unfreiheit in der DDR spricht, marschieren in der Innenstadt mehrere tausend Polizeikräfte auf. Drei Kundgebungen waren angemeldet und eine Stunde vor Beginn verboten worden. Als sich ein spontaner Demonstrationzug bildet, kesselt die Polizei wahllos einige hundert Leute ein. Sie werden bis zu fünf Stunden festgehalten, freigelassen wird nur, wer sich Leibesvisitation und erkennungsdienstlicher Behandlung unterzieht. Zum gleichen Zeitpunkt wird der Nahverkehr von und nach Kreuzberg auf Anweisung der Polizei eingestellt, die Verkehrsstraßen abgeriegelt. Für ca. drei Stunden kommt kaum einer in den Bezirk rein bzw. raus. In den Abendstunden wird der Bezirk von Polizei terrorisiert. 366 Festnahmen sind die Bilanz dieser zwei Tage. AL und SPD fordern den Rücktritt von

Innensenator Kewenig, ernsthaft rechnet keiner damit.

Eine Schwäche in der Diskussion der Geschehnisse der letzten Wochen ist, daß die Kritik zu sehr auf den Polizeiterror des Senats beschränkt ist und den chauvinistischen Reden und der Politik gegenüber der DDR, den häufigen Verletzungen des Viermächteabkommens zu wenig Beachtung geschenkt wird. Z.B. hatte der Senat vor dem Reagan-Besuch eine massive Hetzkampagne gegen die DDR gestartet. Hintergrund waren ein Rockkonzert vor dem Reichstag mit Beschallung von DDR-Gebiet und dadurch provozierte und gewollte Auseinandersetzungen zwischen DDR-Jugendlichen und der Volkspolizei. Am liebsten hätte der Senat diese harmlose Auseinandersetzung, bei der die Jugendlichen z.B. die Internationale sangen, zum zweiten 17. Juni kreiert. Verhältnismäßig ungeschoren konnte er seine Einmischung in innere Angelegenheiten der DDR betreiben. Kritik wurde nur in der Richtung geäußert, daß Demonstranten in der DDR vom Senat wohl als Helden gefeiert, hier hingegen als Gewalttäter hingestellt werden. Die „taz“ stellte gar die Ereignisse in der DDR während des Rockkonzerts und die Maßnahmen des Senats um den Reagan-Besuch herum auf eine Stufe. Der Senat bringt während der 750-Jahr-Feier Chauvinismus und Revanchismus zu neuer Entfaltung und wurde durch Reagan's Besuch noch beflügelt. Diepgen spricht von einer historischen Rede, und die Diskussion um die Durchführung der Olympischen Spiele in „Berlin“ ist eine Blüte davon. – (gug, brr)

Reagan: „Reißen Sie diese Mauer nieder“

Schon vor dem Auftritt in Westberlin hatte die US-Regierung verlauten lassen, der Präsident werde deutliche Worte zu Berlin sagen und überhaupt eine wichtige Rede halten. Der Eindruck, der nach dieser Rede zurückbleibt, ist der der Abnormität. Durch Panzerglas abgeschirmt vor einer Versammlung der Ausgesuchten, über der ununterbrochen Hubschrauber kreisen und in deren Umgebung Tausende von Polizisten abriegeln, richtet der US-Präsident an den sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow die Aufforderung, er möge zum Brandenburger Tor kommen, es öffnen und die Mauer niederreißen. Wenige Tage später, am 17. Juni, unternehmen im Anschluß an eine Demonstration der Jungen Union ca. 40 Personen Grenzprovokationen. Sie stecken die Grenzanlagen der DDR in Brand und bewerfen die anrückenden Feuerwehrleute aus der DDR mit Steinen. Die DDR protestiert gegen Grenzprovokationen und die Anschläge auf die Feuerwehr. Der Senat von Westberlin läßt mitteilen, er werde darauf nicht antworten. Die Sowjetunion protestiert gegen die Verletzung des Viermächte-Abkommens über die Westsektoren der Stadt. Obwohl vertraglich vereinbart ist, daß Westberlin kein Teil der BRD ist und nicht von der BRD regiert wird, nehmen der Bundespräsident der BRD auf seinem sogenannten Amtssitz und der Kanzler der BRD in Westberlin Amtshandlungen vor. Die Westmächte und die Bundesregierung reagieren nicht. Einige Politiker der Bundesregierung drohen die Ausweitung westdeutscher Regierungstätigkeit in Westberlin an.

Der amerikanische Präsident spricht davon, daß die westliche Freiheit zu Wohlstand führt und daß die Freiheit siegt. Auch den Sowjets werde jetzt allmählich die Bedeutung der Freiheit klar. Manche Wirtschaftsunternehmen in der UdSSR könnten jetzt freier von staatlicher Kontrolle operieren. Er schließt sich den westdeutschen Regierungspolitikern an, die betonen, daß die deutsche Frage, die Berliner Frage, die europäische Frage offen sei. Die Rede macht deutlich, daß die USA und die BRD die Ergebnisse des 2. Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung in Europa nicht anerkennen. Vor allem erkennen sie die Staatsgrenzen nicht an. Beide Staaten sind imperialistisch, beide sind in besonderer Weise ein Hort der Kriegsgefahr in Europa.

BRD-Rüstung

Raketeneinigung von Kabinett und SPD: nun wird „europäisch“ gerüstet!

Die Bundesregierung wird sowohl die konventionelle wie die nukleare Rüstung der BRD noch stärker als schon in der Vergangenheit durch Kooperation mit ihren westeuropäischen Verbündeten, über WEU, Eurogroup und speziell das Bündnis mit Frankreich, voranzutreiben versuchen. Das ist das Ergebnis der Kabinettsberatungen über die Mittelstreckenraketen und der darauf folgenden Debatte im Bundestag Anfang Juni. Sämtliche Sprecher der Regierung betonten die Bedeutung der deutsch-französischen Militärkooperation. Dreist vor allem Genscher: Erst betonte er die Bedeutung der Bundeswehr, dann das deutsch-französische Bündnis, um schließlich damit zu enden, nur mit „europäischer“ Politik ließe sich auch die deutsche Frage lösen.

Während Sprecher der Grünen wie z.B. Mecktersheimer frohlockten, nun müsse die Bundesregierung ihren Rüstungskurs ändern, die Einigungsformel zwischen CDU/CSU und FDP sei nur ein Versuch, dabei das „Gesicht zu wahren“, vollzog sich in Wirklichkeit die Befestigung eines ganz anderen Kurswechsels: Die SPD, die schon bei der Debatte um die Regierungserklärung zu erkennen gegeben hatte, daß sie eine gemeinsame außenpolitische Linie mit der Regierung sucht, schwenkte noch weiter auf Regierungskurs ein. Wohl schon ahnend, wie die Wahlergebnisse in Großbritannien und Italien ausfallen würden und daß dieses Kabinett noch Jahre regieren werde, bemühten sich alle Sprecher der SPD, die Regierung scheinbar ironisch zu kritisieren und dabei in Wirklichkeit die Nützlichkeit der SPD auch für das Kabinett Kohl/Genscher, zumindest wenn es um untergeordnete Dienste in West- und Osteuropa geht, herauszustreichen. Kürzung des Rüstungshaushalts, Rücknahme des Stationierungsbeschlusses, Abbau der Pershing Ia? Die SPD beantragte nichts dergleichen. Stattdessen will man sich auf SPD-Seite damit begnügen, zum Erfolg der „europäischen“ Rüstungsprogramme der BRD beizutragen. Diese Aufgabe bot Kohl der SPD an, und deren Sprecher griffen sie gerne auf.

Wie bedeutend die Rüstungsprogramme sind, die von der BRD zusammen mit den USA, vor allem aber gemeinsam mit Frankreich betrieben werden, hatte Wörner auf der Kommandeurstagung der Bundeswehr bereits angesprochen. Auch in der Bundestagsdebatte kam einiges zur Sprache. Die SPD-Abgeordnete Fuchs beispielsweise wies darauf hin, daß das Verteidigungsministerium im Bundeswehrplan 1987 sowohl die Beschaffung

eines „Lance“-Kurzstreckenraketen-Nachfolgesystems, die „Modernisierung“ der Pershing Ia, die Beschaffung eines weiteren Raketensystems „mittlerer Reichweite“ und die Beschaffung von weiteren 200 Pershing-Raketen, vorerst mit konventionellen Sprengköpfen ausgestattet, bereits fest beschlossen hat. Die Grünen-Abgeordnete Beer ergänzte dies um eine Beschreibung der „europäischen“ Rüstungsvorhaben: „Für den Fall, daß es zu einem Abkommen über die Null-Lösung kommt, hat sich die NATO bereits auf eine Reihe von sogenannten Kompensationsmaßnahmen, d.h. neuen Aufrüstungsmaßnahmen festgelegt. So hat man sich darauf verständigt, den Verlust von 316 Pershing-II- und Cruise Missiles durch die Beschaffung von weit über 1000 eurostrategischen

nen die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dieser Regierung geht, demonstrierte wieder einmal deren Abgeordneter Schily. Auf Genschers Ankündigung, man werde weiter „europäische“ Friedenspolitik betreiben und die „europäische Zusammenarbeit“ vertiefen, um so auch dem Auftrag der Präambel des Grundgesetzes nachzukommen, vermerkt das Protokoll Schilys Beifall und Genschers Reaktion: „Danke, Herr Schily.“

Auch die Schlußerklärung der Friedensdemonstration vom 13.6. enthält kein Wort der Kritik an dem aggressiven, revanchistischen außenpolitischen Programm dieser Regierung. Die Frage: „Wozu rüstet die BRD?“ wird schlicht ignoriert. Andere Kritikpunkte der Schlußerklärung dagegen verdienen, weiter verfolgt zu werden. So heißt es richtig: „Wer die Pershing Ia behalten will, will eigene Atomwaffen – will sich damit an einer westeuropäischen Atomstreitmacht beteiligen.“ Ausdrücklich verlangt die Erklärung die Senkung des Rüstungshaushalts,



Kohl und der französische Staatspräsident Mitterrand (Bild: im Bundestag nach der Rede zum 20. Jahrestag des deutsch-französischen Vertrages im Januar 1983) befürworten beide die Bildung einer „deutsch-französischen“ Militäreinheit.

Sprengköpfen, auf Bombern und U-Booten untergebracht, zu kompensieren. Des weiteren haben Frankreich und Großbritannien angekündigt, sie seien bereit, diese angeblich entstehende Abschreckungslücke durch die gemeinsame Produktion eines nuklearen Marschflugkörpers zu füllen ... Der große Betrug bei der Diskussion um die Null-Lösung besteht darin, so zu tun, als sollte eine ganze Kategorie von Atomwaffen, nämlich europäische Waffen, beseitigt werden. Nach dieser Version gehören Frankreich, Großbritannien, die europäischen Gewässer und jede Atombombe, wenn sie nur drei Meter über dem Boden steht, einfach nicht mehr zu Europa.“

Wie weitgehend dennoch bei einer „europäischen“ Propaganda der Regierung auch bei Abgeordneten der Grü-

das Recht auf Kriegsdienstverweigerung, Widerstand gegen Wehrpropaganda im Unterricht, gegen Rüstungsforschung und Waffenexporte. Sprecher der Grünen ergänzten diese Kritik in der Bundestagsdebatte um die Ankündigung, zum Antikriegstag mobilisieren und ihre Kritik auch an der konventionellen Rüstung der BRD verstärken zu wollen. Auf diese Weise könnte vielleicht auch die dringend notwendige Kritik an den politischen Zielen, die die BRD mit ihrer Rüstung verfolgt, verbessert werden. Zumindest die Idee, die BRD rüste aus Vasallentreue zu Reagan und den USA, dürfte sich in den letzten Wochen als Irrtum herausgestellt haben.

Quellenhinweis: Bundestagsprotokoll vom 4.6.87; Bulletin der Bundesregierung, 6.6.; UZ, 16.6. – (rül)

„Es geht im Kern darum, Ungleichgewichte zu unseren Lasten zu beseitigen“ (Kohl)

Dr. Kohl, CDU, am 4.6. im Bundestag:

„Die Fragen der Abrüstung, die uns zur Zeit – sehr zu Recht – in besonderer Weise bewegen, dürfen ... nicht isoliert betrachtet werden. Waffen und Waffensysteme müssen in allen Bereichen der Sicherheitspolitik immer in ihrem gesamtstrategischen Zusammenhang gesehen werden. Abrüstung ist kein Selbstzweck. Sie darf in keinem Fall zu weniger Sicherheit führen. Einzelne Waffensysteme isoliert abzuschaffen bedeutet nicht notwendigerweise einen Gewinn für unsere Sicherheit ... auf die Bedeutung dieser Nuklearwaffen für die NATO-Strategie haben die Kollegen von der SPD in ihrer Regierungszeit, in der Regierungszeit von Bundeskanzler Helmut Schmidt und Verteidigungsminister Apel ... deutlich hingewiesen ... Meine Damen und Herren, wir sind mit der Regierung der Vereinigten Staaten und den übrigen Bündnispartnern der Auffassung, daß die 72 deutschen Pershing-I-a-Raketen mit ihren amerikanischen Sprengkörpern nicht in eine amerikanisch-sowjetische Null-Lösung eingeschlossen werden können. Diese Flugkörper waren nie Verhandlungsgegenstand ... Meine Damen und Herren, es geht im Kern darum, Ungleichgewichte zu unseren Lasten zu beseitigen ... Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, daß die sicherheitspolitische Gemeinsamkeit mit Frankreich für uns immer wichtiger wird ... Auch die französischen Kollegen machten deutlich, daß die Stunde einer engen Verbindung auch im Bereich der Sicherheitspolitik mit der Bundesrepublik in Frankreich gekommen ist ... Fragen, die die Sicherheit unseres Volkes bis weit ins nächste Jahrhundert hinein vorprägen, eignen sich nicht für eine kurzfristige und kurzfristige parteipolitische Auseinandersetzung ...“

Willy Brandt, SPD, ebenda:

„Das politische Leben in der Demokratie besteht gewiß nicht allein ... aus dem Streit der Meinungen. Zu ihm gehört auch die Fähigkeit, feststellen zu können, ... worüber nicht mehr gestritten werden muß. Dies ist dann umso mehr angezeigt, wenn über Fragen lebenswichtiger, überlebenswichtiger nationaler Interessen zu entscheiden ist ... Wir stimmen dem Bundeskanzler zu, daß die Nuklearrüstung nicht isoliert zu sehen ist, sondern daß der weiteren Sicherung des Friedens wegen konventionelle Stabilität ... zwischen Ost und West in Europa angestrebt werden muß ... Unser Verständnis davon, daß für uns ein Weg außerhalb des Atlantischen Bündnisses nicht akzeptabel ist, kommt hinzu, ebenso die Überzeugung, daß es eine gute deutsche Zukunft ohne oder gar gegen Europa nicht gibt und daß dabei die Weiterentwicklung der deutsch-französischen Partnerschaft, der deutsch-französischen Entente in der Tat eine besondere Rolle zu spielen haben wird ... Das Thema ‚Stabilität und Frieden durch Abrüstung‘ darf nicht zum Monopol des Ostens werden. Wir müssen dahin kommen, daß der Osten wieder einmal auf unsere Vorschläge zu antworten hat ...“

Alfred Dregger, CDU, ebenda:

„Ich bin überzeugt, nach den Präsidentschaftswahlen in Frankreich werden Sicherheitsvereinbarungen zwischen Deutschland und Frankreich möglich sein, wie sie vor fünf oder zehn Jahren noch nicht denkbar gewesen wären. ... Die Sowjetunion und die USA haben im Nichtverbreitungsvertrag atomare Abrüstung versprochen. Beide sind diesen Verpflichtungen bis heute nicht nachgekommen.“

Dr. Waigel, CSU, ebenda:

„Bei den bevorstehenden Entscheidungen geht es nur vordergründig um Raketen. Raketen sind nicht die Ursa-

che von politischen Spannungen, sondern ihr Ergebnis. Der Westen würde mit Freuden abrüsten, ... wenn es die Spannungen nicht gäbe! Wenn die Sowjetunion an einem neuen Klima des Vertrauens in Europa wirklich interessiert ist, dann muß sie ... damit beginnen, den Völkern Osteuropas mehr Selbstbestimmungsrecht und mehr Menschenrechte zu gewähren.“

H.D. Genscher, ebenda:

„Daher lassen wir keinen Zweifel an unserer Entschlossenheit, das für die Verteidigung Notwendige zu tun. Die Soldaten unserer Bundeswehr leisten einen entscheidenden Beitrag für diese Politik der Friedenssicherung. Unsere Strategie der Kriegsverhinderung verlangt für absehbare Zeit ausgewogene nukleare und konventionelle Streitkräfte ebenso wie die Präsenz der verbündeten Truppen, insbesondere der amerikanischen, in Europa ... Eine noch stärker koordinierte Außenpolitik, mutige Schritte zu einer deutsch-französischen Sicherheitsgemeinschaft, Franzosen und Deutsche als Nukleus einer engeren währungspolitischen Zusammenarbeit, kühne, in die Zukunft weisende technologische Projekte bis hin zur friedlichen Erschließung des Weltraums, ... das sind Aufgaben, die wir jetzt in Angriff nehmen müssen. Europäische Friedenspolitik will die Teilung Europas überwinden ... Die Chancen einer Politik der Öffnung der Sowjetunion nach innen und außen muß von uns gesehen und genutzt werden für mehr Stabilität und Zusammenarbeit in Europa (Beifall des Abg. Schily, GRÜNE) ... Europäische Friedenspolitik liegt im nationalen Interesse der Deutschen. Die Grenze durch Europa ist eine Grenze mitten durch Deutschland ... Die Präambel des Grundgesetzes fordert uns auf, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen und die Einheit der Nation zu wahren ... Nur die Einbettung deutscher Interessen in die europäische Perspektive hat eine politische Zukunftsperspektive.“

Ronneburger, FDP, ebenda:

„Lassen Sie mich einen Beschluß meiner Partei aus dem Jahre 1975 zitieren. Es heißt dort: ‚Auf die Dauer kann Sicherheit und Frieden nicht durch eine Balance der Höchstrüstung garantiert werden, die auch erhebliche Sicherheitsrisiken schafft. Langfristig ist anzustreben, den Frieden in Europa durch blockübergreifende Zusammenarbeit, schrittweise gesamteuropäische Sicherheitsvereinbarungen, ausgewogene Abrüstungsmaßnahmen und schließlich die Umwandlung des militärischen Blocksystems in ein gesamteuropäisches Friedenssystem zu erreichen, zu garantieren.‘ Meine Damen und Herren, dies ist eine tragfähige Grundlage für eine Politik, die wir ... im Hohen Hause – jedenfalls bei der Mehrheit des Hohen Hauses – gemeinsam betreiben.“

Dr. Wörner, CDU, auf der Kommandeurstagung der Bundeswehr:

„Wir müssen Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland Schritt für Schritt zu einer Verteidigungsgemeinschaft zusammenschmieden. Hier haben wir in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte erreicht: Von der Belebung der Vierer-Gespräche über den Beginn gemeinsamer Ausbildung von Generalstabsoffizieren, über die Zusagen nuklearer Konsultationen für die prästrategischen Systeme, bis hin zu gemeinsamen Manövern, die dieses Jahr im größten gemeinsamen deutsch-französischen Manöver der Geschichte, ‚Kecker Spatz‘, gipfeln. Frankreich hat seine Vorstellung von der Bundesrepublik Deutschland als einem ‚Glacis‘ seiner eigenen Verteidigung aufgegeben. Es ist bereit, sich in der Vorverteidigung stärker zu engagieren ... Auch könnte ich mir die Bildung eines gemeinsamen deutsch-französischen Verbandes vorstellen, wie das mein früherer französischer Kollege Hernu unlängst vorgeschlagen hat.“

Britische Wahlen

Thatcher sammelt Anhang mit „Volksaktie“ und Banken-Boom

In den Vorstandsetagen, Nobelrestaurants und Privatkлубs der Londoner City herrscht Hochstimmung, seit Margaret Thatcher am 11. Juni zum dritten Mal die Unterhauswahl gewann. In acht Jahren Regierungstätigkeit hat sie es vermocht, die britische Arbeiterbewegung weitgehend zu isolieren und eine Meute aus Bourgeois und Mittelklassen-Angehörigen herauszubilden, die direkt von der Regierungspolitik profitieren und ihre Verbrechen unterstützen.

Als Ziel für ihre dritte Amtszeit hat Thatcher ausgegeben, „den Sozialismus in Großbritannien ein für allemal zu vernichten“. Sie meint damit die politische Zerstörung der Labour-Partei und die effektive Vernichtung des Einflusses der Gewerkschaften, das heißt aller materiellen und politischen Ansprüche der Arbeiterklasse. Dadurch soll ein neues Zwei-Parteien-System entstehen, bestehend aus Konservativen auf der einen Seite und der Allianz aus Liberalen und Sozialdemokraten (einer rechten Labour-Abspaltung) auf der anderen.

Die Isolierung der Arbeiterbewegung bei gleichzeitiger Förderung ihrer eigenen Anhängerschaft gelang der konservativen Partei vor allem auf drei Feldern der Politik:

- in der Anti-Gewerkschaftsgesetzgebung und in der Niederschlagung des Bergarbeiterstreiks;
- in der völligen Aushöhlung der Gemeinde-Selbstverwaltung;
- und in der Austrocknung staatlich kontrollierter Versicherungsleistungen, vor allem im Gesundheitsbereich.

Im Ergebnis führten die Antigewerkschaftsgesetze dazu, daß die Gewerkschaften in vielen Bereichen streikunfähig wurden bzw. Streiks, die sie begonnen hatten, unter keinen Umständen gewinnen konnten. Mit Schadenersatzklagen, Polizeieinsätzen und Sozialhilfe-Kürzungen für die Familien von Streikenden sorgte die Regierung dafür, daß große Kämpfe wie der der Bergarbeiter zu schweren Niederlagen wurden.

Die Ziele der Regierung für diese Legislaturperiode sind weit gespannt. Arbeitsminister Lord Young erklärt öffentlich, Gewerkschaften des „alten Types“ würden in Großbritannien „nicht mehr benötigt“, es gehe jetzt darum, erst Wohlstand zu schaffen, ehe man sich um dessen Verteilung kümmern könne. Im Wahlprogramm der Konservativen wird ein weiteres Antigewerkschaftsgesetz angekündigt. Danach sollen alle Wahlen per schriftlicher, postalischer Abstimmung stattfinden. Urabstimmungen vor Streiks wer-

den Pflicht, aber die Gewerkschaften dürfen Mitglieder, die einen Streikbeschluß brechen, nicht disziplinieren. Ein „Gewerkschaftskommissar“ soll die Einhaltung der Gesetze beaufsichtigen, d.h. die direkte Staatsaufsicht über die Gewerkschaften wird vorbereitet.

Gegenüber den Gemeinden führte die Regierung eine strikte Finanzaufsicht ein, die faktisch ihre Finanzhoheit aufhob. Die Regierung begrenzte ihre Ausgaben und nahm ihnen das Recht, die Grundsteuer festzulegen. Damit wurden die Gemeinden gezwungen, die Regierungspolitik des Ausverkaufs ihrer Sozialwohnungsbestände zu unterstützen, statt Wohnungen zu renovieren und neue zu bauen, öffentliche Einrichtungen von Altentagesstätten bis Bibliotheken reihenweise zu schließen und die Beschäftigtenzahlen zu senken.

Während beide Maßnahmen auf die Niedermachung von Arbeiterinteressen hinausliefen, tat die Regierung ein übriges, ihren eigenen Anhang zu fördern.

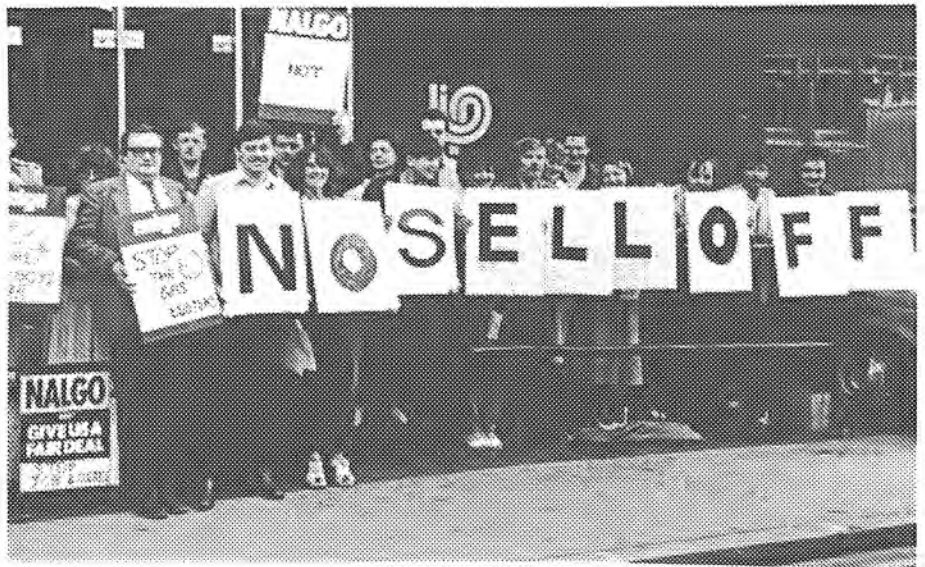
Dafür stehen z.B. die Privatisie-

wenige Tage nach Beginn des freien Handels kosteten die teil-bezahlten Aktien 95 Pence pro Stück, 2 000 Stück brachten 1 900 Pfund (5 700 DM), ein Gewinn von 90% für den Jungaktionär.

Unmittelbar nach der Privatisierung im Dezember 1986 hatte British Gas insgesamt 4,5 Millionen Aktionäre, Kleinaktionäre besaßen 60% des Unternehmens. Vier Monate später waren es nur noch 1,25 Millionen Aktionäre, und die Kleinaktionäre kontrollierten 28%, den Rest die Banken, Versicherungen und andere Großanleger.

Die Privatisierungskampagnen hatten nur vordergründig den „Volkskapitalismus“ zum Ziel: Sie warfen einen garantierten Gewinn ab für die, die sich die Beteiligung in ausreichendem Umfang leisten konnten oder denen die Bank das Geld dafür lieh – und das waren nicht die Arbeiter.

Zur direkten, geldwerten Schmierung von Angestellten und Beamten gehört auch die Förderung des Wohneigentums. Mehr als eine Million Sozialwohnungen wurden inzwischen billig verkauft, insgesamt stieg die Zahl der Hausbesitzer um zweieinhalb Millionen in acht Jahren. Sowohl unter „Erstaktionären“ wie unter Haus- bzw. Eigentumswohnungs-Besitzern lag der Anteil der Tory-Wähler überproportional hoch, bestätigten Umfragen vor



1986: Vergeblicher Gewerkschaftsprotest gegen Gas-Privatisierung

rungskampagnen. Die Aktien von fünfzehn großen, bislang staatlichen Unternehmen wurden verkauft, darunter die der staatlichen Ölgesellschaft, von British Airways, der Telefonverwaltung British Telecom und des Gasversorgungsunternehmens British Gas.

British-Gas-Aktien wurden den „Volksaktionären“ zu 135 Pence pro Aktie angeboten, die in drei Raten von 50, 45 und 40 Pence bis April 1988 zu zahlen sind. Wer also 3000 DM übrig hatte, konnte dafür 2000 Aktien erwerben und die erste Rate zahlen. Schon

Wahllokalen.

Weitere Privatisierungen und noch mehr Hausverkäufe sowie die Liberalisierung der Mietgesetze (zur Förderung des Miethausbaus) stehen ganz oben auf der Liste Thatcherscher Maßnahmen für die nächsten fünf Jahre. Privatisiert werden sollen u.a. die Wasserwerke, die Stromversorgungsunternehmen und die Briefpost, Teile des Gesundheitswesens und die Gefängnisse.

Diese Faktoren erklären noch nicht, wie es zu der scharfen Trennung zwi-

schen Nord und Süd kam (siehe Kästen).

Zur Anhangbildung trug auch der Boom Londons als Finanzzentrum wesentlich bei. Die Auslandsinvestitionen britischer Kapitalisten betragen inzwischen mehr als 100 Milliarden Pfund (etwa 300 Milliarden DM), nur der japanische Imperialismus hat mehr Besitz im Ausland. Dazu trugen sowohl die 60 Milliarden Pfund Öleinnahmen der britischen Bourgeoisie wie auch die Anhäufung von internationalen Kapitalsammelstellen (Versicherungen, Bankkonzerne, Investmenthäuser) bei. Mit der weitgehenden Befreiung von gesetzlichen Beschränkungen wurde London wieder zu einer der Welthauptstädte internationaler Finanz- und Spekulationstransaktionen gemacht. Neben dem Personal, das direkt von dieser Art Expansion in die Stadt gezogen und schnell reich werden will, hat dieser „Boom“ eine weite Ausstrahlung gerade in die neuen Mit-

telklassen.

Arbeiterinteressen stören jedenfalls in dieser Atmosphäre, die der Jungbankier bzw. Aktienhändler beherrscht. Soweit diese Interessen im Wahlprogramm der Labour-Partei auftauchen, wurden sie deshalb von der vorherrschenden Presse- und Rundfunkmeinung als „unrealistisch“ oder „utopisch“ abgetan. Gleichzeitig gratulierten alle Kommentatoren Neill Kinnock zu seiner „gelungenen Kampagne“, die er vor allem auf den Gebieten führen durfte, wo Labour stockrechts auftrat – z.B. in der „Verteidigung“, hier forderte die Partei einen zügigen Ausbau der konventionellen Rüstung.

Die Verluste der „Allianz“ schmerzen die Bourgeoisie und ihre Kommentatoren nicht besonders, weil sich diese Parteiformation gehalten hat. Zur erfolgreichen Niedermachung der gewerkschafts-verbundenen Labour-Partei braucht man eine bürgerlichen Alternative. Die Allianz hat sich eine

Thatcher: Sieg in London und Umgebung

Mit 375 Sitzen erreichte die Konservative Partei bei der Unterhauswahl erneut die absolute Mehrheit – sie hat 100 Sitze mehr als alle Oppositionsparteien zusammen. Die Konservativen verloren zwar insgesamt 17 Sitze, ihr Stimmenanteil sank aber nur äußerst geringfügig von 42,42% im Jahr 1983 auf 42,30% bei dieser Wahl.

Die Labour-Partei erhielt 229 Sitze, 21 mehr als vor vier Jahren. Ihr Stimmenanteil stieg von 27,51% auf 30,83%. Die „Alliance“ aus der Liberalen Partei und der rechten Labour-Abspaltung „Sozialdemokraten“ (SDP) bekam 22,55% der Stimmen, verglichen mit 25,36% im Jahr 1983. Wegen des Direktwahlsystems, nach dem nur ein im Wahlkreis direkt gewählter Kandidat ins Parlament einzieht, resultierte das in nur 22 Sitzen für die Alliance, fünf weniger als bei der letzten Wahl.

Die Schottisch-Nationale Partei (SNP) erhöhte ihren Stimmenanteil von 1,08% auf 1,28%, sie hat jetzt drei statt bisher zwei Sitzen. Die walisische Partei Plaid Cymru hat jetzt ebenfalls drei Sitze (bisher zwei), ihr Stimmenanteil fiel leicht von 0,40% auf 0,37%. Andere Parteien bekamen 2,64% (verglichen mit 3,19%) und haben 18 Abgeordnete.

Darunter ist auch wieder Gerry Adams, Vorsitzender von Sinn Féin, der in Belfast 16862 Stimmen erhielt (500 mehr als 1983). Adams hat nach der letzten Wahl seinen Sitz im Londoner Unterhaus nicht eingenommen. Die regionale Verteilung von Stimmenzuwächsen bzw. Verlusten

zeigt, daß trotz der fast gleichen Stimmenzahl für die Konservativen bedeutende Veränderungen in ihrem Wählerklientel stattgefunden haben. Die Konservativen haben am meisten in London selbst gewonnen, nämlich 2,53% dazu, und in den Gebieten um London. Im gesamten übrigen Land verloren sie Stimmen, am meisten in Schottland (minus 4,34%) und in Nordengland (minus 2,31%). Die Labour-Partei hat überall dazugewonnen, aber am wenigsten in Südengland und London. Die Alliance verlor überall, am meisten im Norden, am wenigsten im Süden einschließlich London.

In Schottland verloren die Tories 4% und kamen nur auf 24%, die Labour-Partei erhöhte ihren Stimmenanteil von 35% auf 42,4%. Ein weiterer wichtiger Aspekt des Ergebnisses: In den Großstädten außerhalb Londons verlor die Konservative Partei krachend, in Liverpool beispielsweise von 29% auf 17%.

Zusammengefaßt: Die Konservative Partei verlor die Unterstützung ländlicher Gebiete in Nordengland, in Wales und in Schottland, aber stärkte ihre Position in London und in Südengland. Die Labour-Partei konnte ihre Position im Norden leicht, in Schottland und Wales bedeutend stärken, aber in die Kerngebiete der Tories keinerlei Einbruch erzielen. Sie liegt weiterhin weit unter den Ergebnissen der siebziger Jahre, wo sie zwischen 37,9% und 43,8% erzielte und an der Regierung war. Die „Allianz“ verlor, hielt aber ihre Stellung als „dritte Kraft“. Der Abstand zur Labour-Partei beträgt jetzt 8,4% statt 2,3% bei der letzten Wahl.



Labour-Parole: „Großbritannien wird gewinnen“

Position erkämpft, etwa in dem intellektuell-liberalen Publikum, das hierzulande FDP, SPD oder auch Grün wählen würde.

Das reaktionäre Kalkül ist, daß sich in der Allianz die Schichten der Mittelklassen (und nach Zerstörung von Labour, der Arbeiter) sammeln, die sich nicht von den Tories vereinnahmen lassen.

Quellenhinweis: Financial Times, versch. Ausgaben, insbes. 13.6.; Labour Research, 6/1987, Wahlprogramme der drei genannten Parteien – (hef)

Papstbesuch in Polen

Beseitigung staatlicher Aufgaben gefordert

Am 4. Mai, noch vor dem Besuch des Papstes in Polen, haben die katholischen Bischöfe Polens in einer Erklärung die Regierung aufgefordert, den Status der polnischen Kirche zu regeln. Dadurch würden die Bedingungen für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Vatikan und der VR Polen geschaffen. Bereits 1983 hatte die katholische Kirche einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Die Hauptpunkte waren: Abschaffung des Vetorechts der Regierung bei der Ernennung von Pfarrern, die Aufhebung von Beschränkungen beim Bau von Kirchen sowie das Recht der katholischen Kirche, Schulen und Krankenhäuser zu gründen. Damit beabsichtigt die katholische Kirche, ihren Einfluß in der polnischen Gesellschaft bedeutend auszuweiten. Die polnische Regierung hatte den Gesetzentwurf abgelehnt.

Nur wenige Tage später wurde der Minister für Religionsfragen, Lopatka, abgelöst. Der Leiter der ideologischen Abteilung des ZK der PVAP, W. Loranc, trat die Nachfolge an. Loranc lei-

tete zuvor das Staatskomitee für Radio und Fernsehen und gehört seit mehr als 30 Jahren der Gesellschaft für die Verbreitung der Laienkultur an, die sich vorher Vereinigung der Atheisten und Freidenker nannte. Mit der Einsetzung von Loranc als Minister für Religionsfragen zeigt die polnische Regierung, welche Bedeutung sie dieser Aufgabe beimißt, aber auch, unter welchem Druck sie von seiten der katholischen Kirche steht.

Während seines Besuches in Polen hielt Johannes Paul II. zwei Reden, in denen die katholische Soziallehre und die Familienpolitik besonders im Mittelpunkt standen. Unter dem Stichwort „Erneuerungsprozeß“ forderte der Papst „gerechte Bezahlung der Arbeiter, eine Wohnung, ein Dach über dem Kopf“ usw., aber: schon immer habe „besonders in Westpolen“ der Grundsatz des „Bete und arbeite“ gegolten. An ihn müsse man sich auch jetzt halten und die Arbeitsdisziplin erhöhen. Dem Klassenkampf erteilte er eine scharfe Absage. Ein weiterer Schwerpunkt seiner Propaganda war die Restauration der Familie: Die Frau dürfe nicht aus materieller Not gezwungen werden, unter Vernachlässigung ihrer Familienaufgaben berufstätig zu sein. Die Grundrechte der Familie müßten gewahrt bleiben, denn die Familie leiste den „wichtigsten Dienst an der Gesellschaft“. Zum Schluß seines Besuchs stellte er die Aufnahme diplomatischer Beziehungen in Aussicht: Für die Übergabe staatlicher Aufgaben an die katholische Kirche bietet er die Niederhaltung von Arbeiterinteressen mittels katholischer Soziallehre. Kann die PVAP wohl darauf eingehen?

Quellenhinweis: NZZ, 07.05., 09.05., Welt, 12.06. – (sie)

Brasilien

Schwarze gegen Rassismus und Diskriminierung

Mitte Mai bereiste der südafrikanische Bischof Tutu auf Einladung der brasilianischen Regierung Brasilien. Er forderte die Regierung – erfolglos – auf, die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Südafrika abzubauen, nachdem Brasilien vor einigen Jahren den Kultur- und Sportaustausch und den Verkauf von Waffen und Öl beendet hatte. Entgegen dem offiziellen Besuchsprogramm traf Tutu auch mit Vertretern der Schwarzen zusammen, diese hatten das Besuchsprogramm der Regierung als „rassistisch“ angegriffen. Organisationen im Bundesstaat Minas Gerais protestierten z.B. dagegen, daß keine Besichtigung der dort befindlichen tiefsten Goldmine der Welt vorgesehen war, deren Aktienmehrheit von zwei südafrikanischen Gesellschaften kontrolliert wird.

Die Organisationen der Schwarzen sind die führenden Kräfte im Kampf für den Boykott des Rassistenregimes in Südafrika. Gleichzeitig haben sie ihren Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung in Brasilien verstärkt.

Etwa 60% der ca. 135 Mio. Brasilianer sind Schwarze. Sie sind die Nachfahren aus Afrika verschleppter Sklaven. Obwohl die Sklaverei vor 100 Jahren abgeschafft wurde, werden sie nach wie vor unterdrückt. Nur ca. 6% der schwarzen Jugendlichen absolvieren die ersten vier Schuljahre, über 40% gehen überhaupt nur ein Jahr zur Schule. In jedem Beruf verdienen die Schwarzen weniger; bei Bewerbungen werden Weiße bevorzugt genommen. Unter den 1,3 Mio. Studenten an den Hochschulen sind weniger als 200000 Schwarze. In der 559köpfigen Nationalversammlung befinden sich ganze sechs schwarze Abgeordnete.

In den Schulen lernen die schwarzen Kinder nur über „weiße Helden“, über „weiße“ Aufstände gegen die portugiesische Monarchie und Kolonialherrschaft. Die Sklaverei wird in Schulbüchern als ökonomische Notwendigkeit der Arbeit auf Zuckerrohr- und Kaffeeplantagen geschildert. Der Höhepunkt der Geschichte der Schwarzen soll die Sklavenbefreiung gewesen sein, natürlich als Resultat einer Kampagne von weißen Sklavenbefreierern.

Die Organisationen der Schwarzen kritisieren diese rassistische Ausbildung. Anlässlich des 91. Todestages eines Führers des schwarzen Sklavenwiderstandes Ende des letzten Jahres versammelten sich Anhänger der schwarzen Organisationen im Bundesstaat Alagoas. Anwesend waren auch Botschafter verschiedener afrikanischer Länder, aber kein Vertreter des brasilianischen Staates hatte die Einladung angenommen. Die Anwesenden gedachten der Kämpfe der schwarzen Sklaven. Im letzten Jahrhundert hatten Tausende von geflohenen oder befreiten Sklaven jahrelang z.T. bewaffnet gekämpft und eigene Gebiete zwischen dem Amazonas und dem heutigen Bundesstaat Rio de Janeiro errichtet.

Zur Zeit arbeiten etwa 400 Gruppen an der Schaffung einer einheitlichen Organisation der Schwarzen, um die schwarze Bewegung zusammenzuschließen und um eine Kampagne gegen Rassismus und Diskriminierung und für Gleichberechtigung durchzuführen. Sie fordern u.a., daß in der neuen Verfassung, die derzeit in Ausschüssen beraten wird, ihnen proportionaler Zugang zu Arbeitsplätzen, Stipendien und Studienplätzen eingeräumt und jegliche Diskriminierung gesetzlich verboten wird.

Quellenhinweis: Brasilien-Ausschnittendienst, 1-5/87; Weser-Kurier, 10.06.87; NZZ, 26.05.87; The Guardian, 21.11.86 – (sie)

Spanien-Euskadi

Herri Batasuna ins Europaparlament gewählt

Am 10.06. fanden in Spanien zusammen mit den Gemeinderatswahlen die Wahlen zum Europaparlament statt. Die Sozialdemokraten der PSOE kamen nur noch auf 37,16 Prozent gegenüber 44,35 bei den Parlamentswahlen vom Juni 1986. Rund 1,5 Mio. Stimmen weniger, der Verlust der absoluten Mehrheit in 21 von bisher 27 Provinzhauptstädten und auch in Madrid, das wird selten aus den Reihen der PSOE mit „Strafe für die Madrider Regierungspolitik“ bezeichnet. Wegen Fabrikschließungen, Massenentlassungen, steigender Arbeitslosigkeit bei jetzt schon 23 Prozent, Kürzungen von



Sozialleistungen, Verschlechterungen für die Bauern, Vertreibung ganzer Dorfbevölkerungen wegen Großprojekten, numerus clausus und fehlender materieller Absicherung der Studenten etc. kam es seit den letzten Wahlen im Juni 1986 ununterbrochen zu Kämpfen in allen Teilen Spaniens gegen die Regierung, die nur ihren Repressionsapparat einsetzen konnte.

Auch die rechte Alianza Popular verlor sechs Prozent und hat nur noch 20,34. Dagegen erhielt die CDS von Suarez 10 Prozent gegenüber 1,8 vor vier Jahren. Die Vereinigte Linke (IU) bewertet ihr Ergebnis positiv: Mit einem Zuwachs von 400000 Stimmen kamen sie auf sieben Prozent. Bei diesen Wahlen zeichnet sich eine weitere, neue Tendenz ab: Der Stimmenzuwachs für regionale, konservativ-rechte Parteien.

Im Baskenland haben die Wahlen für erhebliche Veränderungen gesorgt. Hier sei erinnert an die nach der PNV-Spaltung notwendig gewordenen Wahlen zum baskischen Parlament im November 1986. Nach langem Gerangel um die Regierungskoalition bildete

schließlich die PNV mit der PSOE die baskische Regierung. Das war für viele Basken ein weiterer Ausverkauf der baskischen Interessen an Madrid, und sie kündigten schon damals die „Quittung“ dafür an. Beide Parteien (PNV und PSOE) haben jeweils 50000 Stimmen verloren. Dagegen erhielt die PNV-Abspaltung EA 200000 Stimmen. Euskadi Ezkerra bleibt bei rund 100000, wird aber nicht mehr im Europaparlament vertreten sein, wo bisher ihr Abgeordneter Bandres in der Regenbogenfraktion saß. Zwar bleibt die PNV stärkste Partei in Euskadi, aber nach ihr kommt jetzt als zweitstärkste Partei: Herri Batasuna (HB). HB, von der die BRD-Presse in der Regel nicht berichtet, ohne „der politische Arm der ETA“ oder „der ETA nahestehend“ hinzuzufügen, erhielt die höchste Stimmenzahl seit ihrem jetzt neunjährigen Bestehen. Vor vier Jahren waren es 15800 HB-Wähler, im November 1986 231000, jetzt 238000. In allen Großstädten Euskadis hat HB die Zahl ihrer Stadträte vergrößert, z.T. verdoppelt. Die Schlappe für die PNV und die weitere Verankerung von HB zeigt sich z.B. in San Sebastian, dort war bisher die PNV die stärkste Partei, jetzt aber EA und Herri Batasuna. HB, die sich zu allen Wahlen stellt, jedoch die Mitarbeit im spanischen und baskischen Parlament ablehnt, nimmt dagegen auf Gemeindeebene aktiv teil. HB präsentierte ein sehr umfangreiches Programm, in dem einige Bereiche wesentlich stärker als bisher als Schwerpunkte für die Gemeinderatswahl festgelegt wurden: Ökologie, Jugend, Alte, Kultur und Erziehung u.a. Für das Europaparlament erhielt HB 363000 Stimmen, davon weit über 100000 aus allen Teilen Spaniens, insbesondere aus Madrid und Katalonien. Txema Montero, Anwalt aus Bilbao, wird für Herri Batasuna ins Europaparlament gehen. Über die Fraktionszugehörigkeit ist noch nicht entschieden. – (he)

Türkei

TKP: Mit, ohne oder gegen Islam?

In der BRD wie in der Türkei finden in linken Kreisen Debatten darüber statt, ob man Bündnislinien mit den „unterdrückten Teilen“ der islamischen Strömungen gegen die je Herrschenden finden könne (Islam-Unterricht an deutschen Schulen als Ausdruck der religiösen Gleichberechtigung?). Wohin eine derartige Suche nach „Bündnispartnern“ führt, zeigt die „Kommunistische Partei der Türkei“ (TKP).

In den letzten Jahren wurden in den Führungsgremien der moskau-orientierten TKP einige personelle Wechsel vorgenommen, die verbunden waren und sind mit Änderungen der politischen Linie der Partei. Das ZK versucht, die Partei auf einen Kurs des Bündnisses mit reaktionären islamischen Kräften gegen die Regierung einzuschwören.

TKP-Generalsekretär Haydar Kutlu begründet diese „Notwendigkeit“ folgendermaßen: „Wir sind zwar für die Trennung von Staat und Islam, andererseits aber ist die Türkei ein islamisches Land. So müssen wir islamische Gefühle und Glaubensfreiheit achten.“ In der Türkei existiert ein Gesetz, das bestimmte Religionsausübungen einschränkt, etwa verbietet, mit Kopftuch am Schul- und Hochschulunterricht teilzunehmen. Dieses Gesetz wird von islamischen Fundamentalisten entschieden bekämpft, die sich so in Widerspruch zum türkischen Regime setzen. TKP sieht darin die Möglichkeit zu einem Bündnis: Es gehe um „die“ Glaubens- und Denkfreiheit, die vom türkischen Staat nach allen Richtungen hin unterdrückt werde. Zudem müsse man innerhalb der islamischen Strömungen

differenzieren. Es gebe nicht nur die fanatischen Khomeini-Anhänger, sondern auch eine sogenannte „türkische“ Strömung, die für Glauben- und Gewissensfreiheit und Demokratie eintrete. Mit dieser Strömung gebe es bereits erste Schritte der Zusammenarbeit. Eine derartige Politik ist für TKP nicht neu und nicht überraschend: Schon in den 30er Jahren sah sich die KOMINTERN gezwungen, die TKP aufzulösen, weil diese sich dem Kemalismus (Atatürk) annäherte. Heute ist die TKP nicht die einzige Strömung, die sich islamischen Kräften annähert mit dem Argument, wenn schon die Mehrheit der Türken Moslems seien, könne man sich dem nicht verschließen. Plötzlich spielt keine Rolle mehr, welche reaktionäre Interessen der Islam vertritt und fördert: die totale Unterdrückung der Frau; den Kampf gegen das Emanzipationsstreben der Arbeiterklasse; die patriarchalisch-feudale Familientradition; den ausgeprägtesten Nationalismus. Der eigene bürgerliche Nationalismus der TKP wird zum gemeinsamen Nenner in der Bündnisfrage mit reaktionären Kräften. – (dev, Mak)

Japan

Die KPJ zieht keinen klaren Trennungsstrich zum japanischen Imperialismus

Die Kommunistische Partei Japans (KPJ) hatte in den 20er und 30er Jahren den Kampf gegen den japanischen Militarismus und für die soziale Revolution organisiert und war von dem japanischen Militärdiktator brutal verfolgt worden. Erst mit der Niederlage des japanischen Imperialismus konnte die KPJ ihre legale Tätigkeit wieder

aufnehmen. Ein Gradmesser für den heutigen Einfluß der japanischen Kommunisten sind die Ergebnisse der Parlamentswahlen nach dem Kriege: Bei den Wahlen zum Unterhaus verzeichnete die KPJ 1946 3,8%, 1952 2,6%, 1958 wiederum 2,6%, 1963 4,0%, 1969 6,8%, 1976 10,7%, 1980 10,1% und schließlich 1986 9,0% der Wählerstimmen.





Die französische Regierung hat einen Angriff auf das Streikrecht unternommen. In der Nacht vom 12.6. nahm die Nationalversammlung mit 322 gegen 250 Stimmen eine Gesetzesänderung an. Danach soll im öffentlichen Dienst bei Streiks von weniger als einem Tag 1/30 des Monatslohns abgezogen werden. In Frankreich gibt es keine Streikkassen. Bereits am 13.6. demonstrierten Tausende vor der Nationalversammlung in Paris (Bild), am 18.6. fanden nach Aufruf der kommunistischen Gewerkschaft CGT landesweit Demonstrationen gegen den Abbau des Streikrechts statt, in Paris nahmen z.B. 50000 teil, in Marseille 20000. – (sur)

Britische Staats- angestellte streiken

Mit Warnstreiks protestieren die Gewerkschaften der britischen Staatsangestellten gegen das 4,25%-Angebot der Regierung Thatcher. Am 18. und 19. Juni legten sie z.B. Gerichte, Fahrprüfungen, Arbeitsämter und die Zollabfertigung lahm. Bei vorherigen Aktionen hatten sich auch die Fluglotsen beteiligt, was zu langen Wartezeiten führte. Nachdem die britische Regierung erklärt hat, sie werde keineswegs nachgeben, diskutieren die beiden hauptsächlich beteiligten Gewerkschaften ihre weitere Strategie. John Ellis, Generalsekretär der Gewerkschaft

CPSA, sagte, im Vorstand gebe es eine starke Strömung für einen unbefristeten Streik. – (hef)

Bosch-Spanien: Streik für Lohnerhöhungen

Bei Bosch in Madrid streikten Arbeiter 26 Tage lang für betriebliche Lohnerhöhung und gegen Kürzung von Jubilargeldern. In Spanien finden dieses Jahr keine Metall-Tarifverhandlungen statt. Der Streik wurde verbunden mit Verkehrsblockaden. Nachdem die Firmenleitung sechs Prozent Lohnerhöhung und eine einmalige Zahlung von 15000 Peseten anbot, wurde der Streik mehrheitlich beendet. Die Ausweitung des Streiks auf andere spanische Bosch-Betriebe mißlang. – (ros)

Parlamentswahlen in Italien

Bei den Wahlen am 15./16. Juni haben die Kommunisten schwere Stimmenverluste (-3,3 Punkte) erlitten. Mit 26,6% erreichten sie das schlechteste Wahlergebnis seit 1963. Hauptgewinner waren mit +2,9 die Sozialisten, die auf 14,3% kamen. Die Christdemokraten konnten mit jetzt 34,3% ihr bisher schlechtestes Wahlergebnis von 1983 (32,9%) nur leicht verbessern. Da die drei kleineren Mittelparteien (zusammen 8,8%) aber 3,3 Prozentpunkte verloren, hat die im Frühjahr zerbrochene Fünferkoalition insgesamt nur einen Prozentpunkt hinzugewonnen. Die erstmals kandidierenden Grünen erreichten auf Anhieb 2,5%, die revolutionäre „Proletarische Demokratie“ kam auf 1,7% (+0,2). Die Neofaschisten haben mit jetzt 5,9% landesweit 0,9 Punkte verloren. In Südtirol wurden sie dagegen mit 10,2% (+6,7) stärkste Partei des italienischsprachigen Bevölkerungsteils.

Das Wahlergebnis drückt eine besorgniserregende politische Isolierung der Arbeiterklasse aus. Die Sozialisten, früher eine halbrevolutionäre Arbeiterpartei und bis 1956 mit den Kommunisten in einer Volksfront verbunden, sind im letzten Jahrzehnt immer weiter nach rechts gerückt. Sie werden jetzt vorwiegend von den städtischen Mittelschichten gewählt, die von der „Effizienz“ des früheren Ministerpräsidenten Craxi beeindruckt waren. Der gleichzeitige Aufstieg der Grünen auf der Linken zeigt, daß die Kommunisten in den werktätigen Mittelklassen und unter der Jugend an Einfluß verloren haben. Die Bemühungen, die PCI nach dem „Vorbild“ der westeuropäischen Sozialdemokratien zu „modernisieren“, haben dagegen nicht geholfen. – (ulg)

men. Bei den Unterhauswahlen 1986 waren es 5,38 Mio. Japaner, die die KPJ gewählt haben. Bei den Kommunalwahlen hatte die KPJ oft noch deutlich bessere Ergebnisse, u.a. jetzt im Frühjahr in der Region Tokio. Damit ist die KPJ neben den Sozialisten die einzige starke Linkspartei in Japan.

Zum 8. Parteikongreß 1961 verzeichnete die KPJ ca. 80000 Mitglieder und proklamierte das Ziel, bis 1970 eine Million Parteimitglieder zu organisieren. Die KPJ erreichte ihr Ziel nicht; aber 1970 hatte sie immerhin 300000 und zum Zeitpunkt des 17. Parteikongresses, im November 1985, 466000 Mitglieder. Die KPJ gibt die Tageszeitung Akahata (Rote Fahne) heraus mit einer Auflage von 600000 und am Wochenende von 2,7 Mio. Exemplaren. Der KPJ politisch verbunden sind Jugend-, Frauen- und Selbständigenorganisationen mit ca. 500000 Mitgliedern sowie verschiedene

Organisationen für Berufsgruppen der neuen Mittelklassen.

Als sehr erfolgreiche Instrumente auf lokaler Ebene haben sich sog. „Servicestationen“ erwiesen, von denen die KPJ inzwischen ca. 15000 aufgebaut hat und die Aufgaben wie Steuerberatung, Sozialberatung etc. wahrnehmen. Dagegen hat es die KPJ bislang nicht vermocht, wesentlichen Einfluß in den Gewerkschaftsverbänden zu gewinnen, die meist der Sozialistischen Partei nahestehen. Allerdings ist der Einfluß der KPJ in verschiedenen Einzelgewerkschaften groß.

Die KPJ gilt als eurokommunistische Partei. Für die Stellung der KPJ innerhalb der kommunistischen Weltbewegung gilt das sicherlich. 1964 fordrte die KPJ ihre Beziehungen zur KPdSU ein als Antwort auf die sowjetische Unterzeichnung eines Vertrags über das Verbot von Atomwaffentests, der gegen die VR China gerichtet war.

1969 protestierte die KPJ gegen den Einmarsch sowjetischer Truppen in die CSSR und die Breschnew-Doktrin über die begrenzte Souveränität sozialistischer Länder. Die KPJ wandte sich gegen jeden Versuch, die kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern zu gängeln. Erst seit 1979 hat die KPJ wieder feste Beziehungen zur KPdSU mit regelmäßigen Konsultationen etabliert. Mit der KP Chinas bestehen derzeit noch nicht wieder offizielle Parteibeziehungen. Nachdem die KPJ in den Auseinandersetzungen zwischen KPdSU und KPCh zunächst die Partei der KPCh ergriffen hatte, lehnte die KPJ es aber 1966 ab, sich dem unter Führung der KPCh herausbildenden Bündnis kommunistischer Parteien gegen die KPdSU anzuschließen. In der Folge brach die KPCh die Beziehungen ab und unterstützte maoistische Organisationen in Japan. Ein we-

Ecuador: Untersuchung gegen BRD-Stiftungen

Die ecuadorianische Regierung hat eine Untersuchung über die finanzielle Unterstützung der oppositionellen Demokratisch-Christlichen Partei Ecuadors durch westdeutsche Stiftungen eingeleitet. Die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Konrad-Adenauer-Stiftung sollen die PDC über zwei gemeinsame Vereinigungen finanziell unterstützt und sich damit in die inneren Angelegenheiten Ecuadors eingemischt haben. Die Buchführung der Vereinigungen wird noch überprüft. – (sie)

Peru: andauerndes Kriegrecht auch in den Städten

In den letzten Tagen ließ die Regierung Garcia mehrere hundert Polizisten wegen Beteiligung am Polizistenstreik im Mai, wegen „Ungehorsam“, festnehmen. Einen Tag vor dem 1. Jahrestag des Massakers an den inhaftierten Mitgliedern der PCdelp („Leuchtender Pfad“) verlängerte die Regierung den seit 16 Monaten andauernden Ausnahmezustand in Lima und der Hafenstadt Callao und verhängte eine nächtliche Ausgangssperre. Trotz Verbots und riesigem Militär- und Polizeiaufgebot fanden immer wieder kleine Demonstrationen und Aktionen statt. – (sie)

Brasilien: Streiks auf AKW-Baustelle

Ende Mai streikten erneut die 5300 Arbeiter auf der Baustelle von Angra II, dem mit Beteiligung der siemens-eigenen Kraftwerk Union (KWU) entstehenden Kernkraftwerk. Die Beschäftigten forderten Lohnerhöhungen von 22,3 Prozent, das KWU-Nuclebras-Konsortium genehmigte nur fünf Prozent. Bei einer monatlichen Inflations-

rate von über 20 Prozent rechnet die Geschäftsleitung mit weiteren Streiks, zudem beklagt sie, daß ihnen scharenweise Spezialisten weglaufen, nachdem die Regierung Kürzungen im Atomenergieprogramm angekündigt hatte. – (sie)

Südafrika: Die schwarzen Massen gedenken Soweto's

Am 16. Juni vor elf Jahren war in Soweto eine Schülerdemonstration gegen das verhaßte Bantu-Erziehungssystem von der Rassistenpolizei zusammengeschossen worden. Der Tag kennzeichnet einen neuen Aufbruch im

Kampf der schwarzen Massen. Millionen begingen am 16.6.87 den Sowetotag, indem sie der Arbeitsstelle fernblieben. Die Straßen von Soweto wurden durch schwerbewaffnete Armee- und Polizeieinheiten kontrolliert. Einige Unternehmer stimmten den Forderungen der Gewerkschaften nach Bezahlung des 16. Juni als Feiertag zu, aber die Mehrheit vertrat den Standpunkt: wer nicht arbeitet, soll nicht bezahlt werden. Die Arbeitsniederlegung wurde am meisten rund um Johannesburg und am südlichen Kap befolgt, wo viele Betriebe geschlossen waren, darunter auch die Volkswagen-niederlassung in Uitenhage. – (and)



Die seit dem 10. Juni andauernden Massendemonstrationen in allen Zentren Südkoreas haben die Militärdiktatur unter Präsident Chun Doo Hwan erschüttert. Anlaß der Aktionen war die Nominierung des Nachfolgers von Präsident Chun am 10.6. durch einen Konvent der DJP, der Partei der Militärs. Die Opposition hatte eine Direktwahl des Präsidenten und sofortige Verfassungsänderungen verlangt. Die Demonstranten fordern freie Wahlen, den Sturz der Militärdiktatur, die Wiedervereinigung des Landes und teilweise auch den Abzug der US-Truppen. Zunächst haben Schüler und Studenten die Demonstrationen getragen; inzwischen hat die Bewegung zum Sturz der Diktatur auch die werktätige Intelligenz und Teile des buddhistischen Klerus erfaßt. Über Streikaktionen in der südkoreanischen Industrie ist bislang nichts bekannt; soziale Forderungen sind in den Aktionen nicht erhoben worden. – (wom)

sentliches Hindernis für die Wiederaufnahme von Parteibeziehungen ist heute die chinesische Außenpolitik, die nicht nur die militärische Präsenz der USA in Asien, sondern direkt den Sicherheitsvertrag zwischen den USA und Japan und die Stärkung des japanischen Militärs unterstützt.

Die Kennzeichnung als eurokommunistisch gilt vor allem für die Programmatik der KPJ. „Das Hauptziel des Eurokommunismus ist eine Revolution durch die Mehrheit und durch demokratische Mittel, nicht nach dem Modell der Revolution in der SU oder anderen Ländern ... Es ist eine Art Gesetz für die revolutionäre Bewegung in entwickelten Ländern wie Westeuropa und Japan ... Der hervorstechendste Charakter des Eurokommunismus ist seine unabhängige und autonome Linie, was sich deutlich in den Beziehungen zur Sowjetunion zeigt ... Es wird in der Zukunft des Eurokommu-

nismus Windungen und Wendungen, Versuche und Irrtümer geben, aber der historische Trend wird sich nicht ändern ... Eurokommunismus und die KPJ haben die gleiche revolutionäre Richtung.“ Die hier von einem Parteiführer 1984 skizzierte Richtung hat die Politik der KPJ seit fast 20 Jahren geprägt.

Dabei hat die KPJ zwar den Kampf gegen den wiedererstarkenden japanischen Militarismus, gegen die Militärverträge mit den USA und allgemein für Abrüstung und gegen die Gefahr eines Atomkrieges geführt und dabei zweifellos Erfolge zu verzeichnen. Aber die KPJ hat zugleich prinzipielle Positionen gegen den japanischen Imperialismus aufgegeben; der Hauptfeind steht nicht mehr im eigenen Land. So ist die KPJ nicht etwa für die Auflösung der japanischen Armee wie bislang die Sozialistische Partei, sondern für neutrale Verteidigungs-

streitkräfte. In der Frage der zwischen Japan und der SU umstrittenen Kurilen-Inseln verfiert die KPJ die territorialen Ansprüche des japanischen Imperialismus. Die KPJ unterstützt nicht die nordkoreanischen Vorschläge für eine Wiedervereinigung mit dem von japanischen und US-Interessen dominierten Südkorea. Und in den Losungen der KPJ zum 1. Mai 1986 findet sich keine Kritik am japanischen Imperialismus, sondern nur an den zweifellos vorhandenen Tendenzen, den japanischen Militarismus und Faschismus wiederzubeleben.

Für die Schaffung einer Front mit der Sozialistischen Partei, der einzigen anderen großen Linkspartei, hat diese Anpassung nichts genutzt: Die JSP lehnt jedes Zusammengehen mit der KPJ nach wie vor ab.

Quellenhinweis: Problems of Communism, 4/1986; Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben (wom)

– Veröffentlichungen –

Arbeitsbelastung durch Arbeits- und Hilfsstoffe

Wer eine übersichtliche und ausführliche Zusammenstellung von Gefährdungen durch Arbeits- und Hilfsstoffe sucht, findet sie in dem Band „Chemie am Arbeitsplatz“. Der Titel des Buches ist etwas irreführend, denn einzelne Kapitel befassen sich ebenso mit Stäuben und anderen Gefährdungen. Absicht der Verfasser ist aufzuklären:

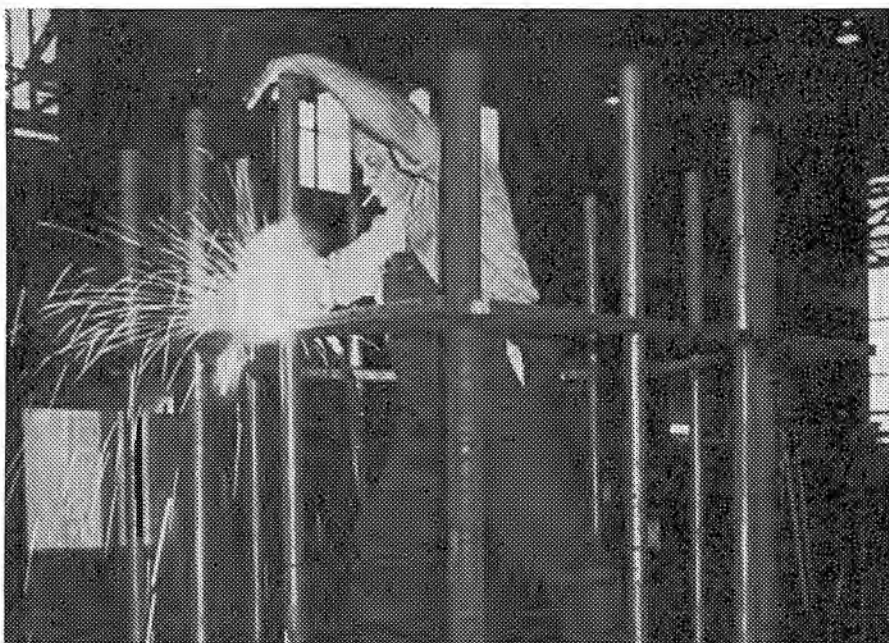
„Viele Leiden, die wir für den Ausdruck einer schwachen physischen oder psychischen Konstitution halten oder als unerklärliches Schicksal erfahren, sind häufig auch durch ungesunde Arbeitsplätze bedingt oder werden durch sie zumindest verstärkt. Das kann für die Kopfschmerzen am Abend genauso gelten wie für allergischen Hautausschlag, für Herz- und Kreislauferkrankungen, für Asthma oder Nervenleiden, um nur einige Beispiele zu nennen ... Die Unüberschaubarkeit der vielen Gefährdungen, die von der Chemisierung unserer Arbeitsbereiche ausgehen, führt zu Lähmung und zu Resignation. Mit diesem Buch ... wollen wir Hilfestellungen geben, um die Gefahren konkret zu machen und damit Handlungen zu ermöglichen ... Informationen sind die Grundlage, um Verbesserungen zu fordern.“

Das Buch ist gegliedert nach den Branchen Metallindustrie, Kokerei und Steinkohlenbergbau, Bau, Gummiindustrie, Druckindustrie, Holzindustrie, Textilindustrie, Chemische Reinigung, Gesundheitsdienst, Nahrungsmittelindustrie, Landwirtschaft, Friseur, Büro. In den einzelnen Kapiteln werden die in der jeweiligen Branche am häufigsten vorkommenden Schadstoffe erläutert und Anweisungen für den Umgang mit ihnen gegeben. Zum Beispiel befaßt sich der Abschnitt über die Metallindustrie ausführlich mit den gesundheitlichen Folgen – die besondere Häufigkeit von Krebserkrankungen, aber auch Allergien, Kreislauferkrankungen usw. – der neueren Kühl- und Schmierstoffe. Jedes Kapitel wird mit weiterführenden Literaturhinweisen, den Adressen von zuständigen Berufsgenossenschaften und anderen Institutionen, die Betriebsräten und Gewerkschaftsvertretern nützen können, abgeschlossen. Zum Schluß dokumentieren die Verfasser die Forderungen des DGB an ein neues Arbeitsschutzgesetz und setzen sich mit eigenen Thesen mit der bestehenden Gesetzeslage auseinander.

(Chemie am Arbeitsplatz, Hrsg: KATALYSE, BUND, Öko-Institut Freiburg, ULF; rororo aktuell Nr. 5990, 16,80 DM - uld)

Gegen Verkehrspolitik für das Auto

Der der DKP nahestehende Autor befaßt sich mit der Verkehrspolitik in der BRD seit Gründung der BRD und untersucht die Interessen, die zu einer weitgehenden Bevorzugung des Individualverkehrs zuungunsten öffentlicher Verkehrsmittel wie Bahn und öffentlichem Personennahverkehr geführt haben. Die Broschüre erörtert demgegenüber die verschiedenen Verkehrskonzepte von Gewerkschaften, Grünen, Sozialdemokratie und der DKP in Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die Verkehrssituation, aber auch die Folgen für „Arbeitsplätze“ insbesondere in der Automobilindu-



Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz über Schweißarbeiten: „Gemessen an Indikatoren wie Krankenstand und durchschnittliche Arbeitsunfähigkeit bzw. Arbeitsunfälle im Monat, gehört die Tätigkeit als Schweißer zu den gesundheitlich besonders stark beanspruchenden Beschäftigungen.“ In der Regel kann eine Tätigkeit als Schweißer „wegen fortschreitender gesundheitlicher Belastung nicht ein Berufsleben lang ausgeübt werden.“

strie. Sie setzt sich jedoch nicht mit der exportorientierten Produktion der Automobilindustrie auseinander, ein Mangel, der in der gewerkschaftlichen Diskussion Schwierigkeiten bereiten wird. Neben den Interessen der Automobilindustrie und dem Interesse der Kapitalisten an mobiler Arbeitskraft führt der Autor Belege für militärische Interessen der BRD-Imperialisten an. Er zitiert die Schrift eines Bundeswehroberst im Generalstab in den fünfziger Jahren, der festhält: „Darüber hinaus sind bei Straßenbeschädigungen durch Feindeinwirkungen einschließlich Sabotage in der Regel die Ausweich- und Umgehungsmöglichkeiten wesentlich besser als bei anderen Verkehrsarten. Daraus ergibt sich eine relative Unabhängigkeit von Instandsetzungs-

kräften. Daher hat der Straßenverkehr im Kriege für uns aus militärischer Sicht eine ganz außerordentliche Bedeutung. Und zwar steigt diese Bedeutung bei einem Vergleich mit den anderen Verkehrsarten um so mehr, je näher wir dem eigentlichen Gefechtsfeld kommen. Nach rückwärts hin gewinnt demgegenüber die Eisenbahn für uns zunehmend an Bedeutung. Hier ist sie vor allem für die Sicherstellung der Versorgung nach wie vor ein unentbehrlicher Verkehrsträger ... Im ganzen gesehen hat sie aber in diesem Sektor nicht mehr die überragende Bedeutung wie noch zu Beginn des zweiten Weltkrieges.“ 1984 kommt ein Autor in der „Europäischen Wehrkunde“ in Untersuchung der Straßenverhältnisse zu der Einschätzung, „daß es heute möglich sein dürfte, rund 300000 Militärfahrzeuge,

darunter auch 15000 Kettenfahrzeuge, innerhalb von 24 Stunden im Grenzgebiet zur DDR und CSSR auffahren zu lassen.“ Mit dem zu den Notstandsgesetzen gehörenden Bundesleistungsgesetz und dem Verkehrssicherungsgesetz hat die Regierung die Möglichkeit, im „Notstand“ auf den privaten Fahrzeugpark zurückgreifen zu können.

(Heinz Pahlke, Verkehrspolitik, Bahn und Profit, nachrichten-reihe 37, 6,00 DM - uld)

BDI-Thesen zum Umweltschutz

Der Bundesverband der Deutschen Industrie erörtert schon seit längerem eine Politik gegen die Grünen. Nun ist der Verband mit einem Thesenpapier

zum Umweltschutz an die Öffentlichkeit getreten. Die Thesen zielen sowohl auf die Regierungspolitik wie auch auf die Politik gegenüber grünen Verbänden. Wir dokumentieren die Thesen in Auszügen: – (uld)

„1. Umweltschutz ist Daueraufgabe einer modernen Industriegesellschaft. – Technische und wirtschaftliche Dynamik sind Voraussetzung für den strukturellen Wandel der Wirtschaft und die ökologische Stabilisierung. Umweltschutz ist nicht Wachstumsgrenze, sondern Wachstumsvoraussetzung ...

2. Vorsorgende Umweltpolitik verlangt sorgfältige Risikoermittlung und Gefährdungsabschätzung. – Umweltpolitik erfaßt, beschreibt und kontrolliert Risiken. Umweltschutz darf nicht Gegenstand kurzfristiger Spekulationen sein. Risiken für Mensch und Umwelt lassen sich nicht völlig ausschalten. Es geht darum, sie zu minimieren und zu beherrschen, ohne daß auf den Nutzen bestimmter Stoffe verzichtet werden muß ...

3. Umweltpolitik ist Teil einer zukunftsorientierten Gesamtpolitik. – Der Mensch lebt weder von der Wirtschaft noch von der Umwelt allein. Daher befindet er sich mit verschiedenen Ansprüchen im Widerstreit, die miteinander konkurrieren, gegeneinander abzuwägen und unter Berücksichtigung vieler Einzel- und Gruppeninteressen in einem gemeinsamen Konsens zu bündeln sind ...

4. Umweltschutz verlangt internationale Solidarität. – Umweltschutz ist international weder ökologisch noch ökonomisch teilbar. Mangelnde Harmonisierung der Umweltpolitik wirkt desintegrierend auf die internationale Arbeitsteilung, schafft Handelshemmnisse und verhindert die gemeinsame Bekämpfung globaler Umweltbelastungen ...

5. Staatliche Vorgaben und Eigenverantwortung sind einander ergänzende Voraussetzungen einer wirksamen Umweltpolitik. – Staatliche Vorgaben sind als Rahmen zur Regelung widerstreitender Ziele notwendig. Der Staat hat klare Umweltschutzziele zu setzen, der Wirtschaft hingegen muß die Wahl des Weges erlaubt bleiben. Denn erst solche Spielräume erlauben es, den Umweltschutz als produktive Aufgabe zu verstehen. Wo viel gesteuert wird, läßt sich hingegen wenig bewegen ...

6. Information und Transparenz führen zu kritischer Kooperation und mehr Konsens. – Die Industrie ist bereit, die Kooperation mit allen Beteiligten zu verstärken; sie ist insbesondere bereit, das Mißtrauen zwischen Unternehmen und Umweltverbänden abzubauen. Der Politik kommt eine besondere Verantwortung bei der Aufklärung über Umweltprobleme zu ...“

(Zu beziehen über: Abteilung Umweltschutz des BDI, Gustav-Heinemann-Ufer 84-88, 5000 Köln 51)

Gewerkschaft HBV

Forderung nach 1 500 DM Mindesteinkommen im Einzelhandel

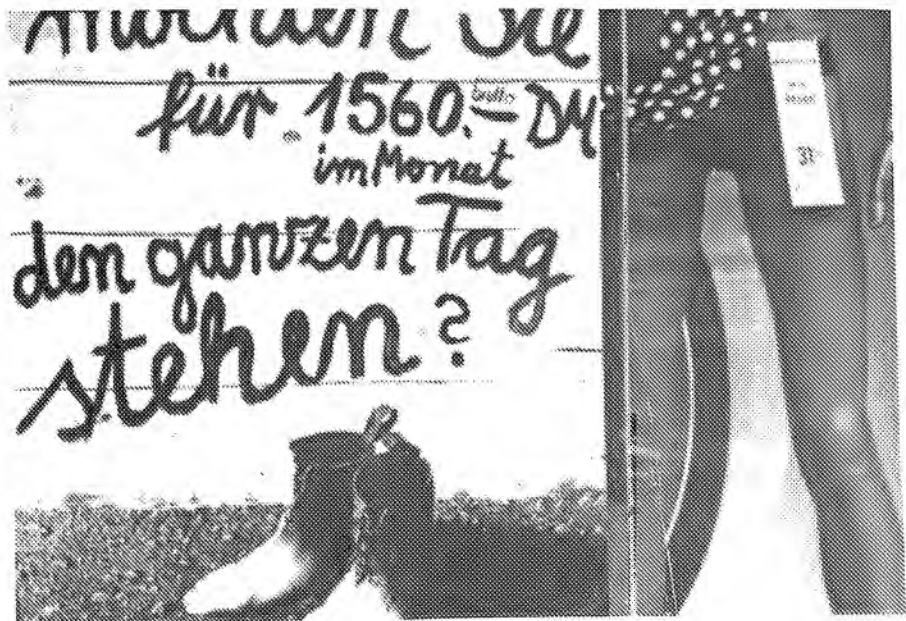
In der letzten Tarifverhandlung im Einzelhandel wurden Lohn- und Gehaltsforderungen von 6 – 7% gestellt. In fast allen Tarifgebieten wurden Sonderanhebungen für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen gefordert sowie eine Mindesterhöhung um 150 DM. Erstmals wurde im Tarifbezirk Baden-Württemberg ein Mindesteinkommen von 1500 DM gefordert. Abgeschlossen wurden 3,7% und teilweise Vorweganhebungen zwischen 10 und 65 DM. Mindesteinkommen bzw. Festbeträge wurden nicht erreicht.

Die Ablehnung dieser Forderungen durch die Einzelhandelskapitalisten – über ein Mindesteinkommen weigerten sie sich gar zu reden – ist bei den als Standarddurchgesetzten Niedriglöhnen nicht verwunderlich. Die jetzigen Lohn- und Gehaltstarife sowie Manteltarife stammen aus der Zeit Anfang der 70er Jahre. Sie orientierten sich an den Bedingungen in den Warenhäusern. Veränderungen der Arbeitsbedingungen und in der Arbeitsorganisation haben seither keinen Eingang in die Tarifverträge genommen. Die SB- und Filialmärkte spielen bisher keine Rolle in den Verträgen. Deutlich wird dies an den Tätigkeitsbezeichnungen und Organisationshierarchien wie Erstverkäufer, Substitute, Verkaufs-, Kassen- oder Lagererster, Sortimentskontrolle usw. Bei diesen Eingruppierungsbegriffen, die eine Einstufung zu einem Gehalt oberhalb der 2000 DM Grenze ausmachen, spielen Anweisungsbefugnis und Verantwortung eine große Rolle. Das stammt aus der Zeit, in der die im Einzelhandel Beschäftigten noch Entscheidungsmöglichkeiten

bei dem Warensortiment, der Preisgestaltung oder bei der Personalbesetzung hatten. Die Eingruppierungsmerkmale der unteren Gehaltsstufen orientieren sich an Tätigkeitsmerkmalen ohne Berufsausbildung, mit Berufsausbildung, einfacher Tätigkeit auf Anweisung und ohne Verantwortung, Branchen- und Gesetzeskenntnissen.

In Nordrhein-Westfalen und Hessen wurde seit 1975 wiederholt über neue Eingruppierungskriterien verhandelt. In Rheinland-Pfalz wurde 1981 eine Einigung über neue Strukturen erreicht, die dann aber auf Einspruch der Arbeitgeberverbände im Einzelhandel (HDE) nicht zur Unterschrift kam. In Baden-Württemberg fanden ab 1978 Rationalisierungsschutz- und Strukturverhandlungen statt. Eine Einigung scheiterte hier 1982 am Einspruch des HDE. Die Strukturverhandlungen scheiterten endgültig im Januar 1986, als die Einzelhändler weitere Differenzierungen der Eingruppierungsmerkmale verlangten. In NRW, Hessen und Baden-Württ. führte die Gewerkschaft HBV 1982 und 1983 die „Aktion gerechte Eingruppierung“ durch.

Der Anteil der Frauenarbeit im Einzelhandel liegt mit 68% bei rund 2,4 Mio. Beschäftigten. Zudem wird die Teilzeitarbeit von den Kapitalisten massiv ausgebaut. Ihr Anteil liegt bei 30,2%. Von 686000 im Jahr 1982 stieg die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten 1987 auf 712000. Davon stehen nur 341000 in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis. 371000 haben als 430-Mark-Kräfte – „Pauschalkräfte“ – keine Ansprüche auf Zahlungen aus der Arbeitslosen-



1560 DM verdienen Verkäuferinnen in der Gehaltsgruppe I im 4. Jahr.

Kranken- und Rentenversicherung. Die Teilzeitkräfte liegen ebenfalls in den Niedriglohnbereichen.

Eine ausgelernte Verkäuferin wird in Baden-Württemberg in der Gruppe II eingestuft. Im 1. Tätigkeitsjahr erhält sie 1512 DM, nach 7 Jahren erhält sie in der höchsten Gehaltsstufe derzeit 2215 DM. Eine Verkäuferin ohne Einzelhandelsausbildung wird eingestellt nach Gehaltsgruppe I mit 1395 DM. Nach 6 Jahren hat sie in der höchsten Stufe 1755 DM. Da die ursprünglichen Verkaufsberatungsaufgaben mehr und mehr in den Hintergrund treten, finden „Auswechselungen“ zwischen gelernten und ungelernten Verkäuferinnen statt. Es werden auch die Verkäuferinnen mehr mit Auffüllen und Auszeichnen der Waren beschäftigt. Viele Unternehmen gliedern diese Tätigkeiten (vor allem im Lebensmittelbereich) aus und machen diese Beschäftigten zu „Auffüllern“, bezahlt nach Gehaltsgruppe I.

Aus mehreren Umfragen der HBV wird deutlich, daß kaum möglich ist, von diesen Gehältern allein zu leben. In der Regierungspropaganda besonders zur Änderung des Ladenschlusses wird auch mehr vom „Dazuverdienen“ geredet.

Am Beispiel einer Verkäuferin wird ersichtlich, daß die Reproduktion eines selbständigen Haushalts bei einer Autoreparatur oder ähnlichem zusammenbricht oder zwangsläufig zur Verschuldung führen muß. Diese 28-jährige Verkäuferin verdiente 1985 brutto 2066 DM. Nach Abzug aller Steuern (StKl. I) verblieben netto 1382,64 DM. Miete und Mietnebenkosten, Auto mit Steuer, Versicherung, Benzin, Verpflegung (9,33 DM/Tag), Kleidung, Zigaretten, Körper- und Gesundheitspflege, Unterhaltung usw. ergaben monatliche Ausgaben von 1374 DM. Es verblieb ein Rest von 8,64 DM.

Unter diesen Bedingungen wurden im Oktober 1985 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 74,3% der weiblichen und 35,4% der männlichen Angestellten im Einzelhandel beschäftigt. Für die Frauen wurden dabei Brutto-Durchschnittsgehälter von 1645 bzw. 1950 DM errechnet. In Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz beginnen diese Durchschnittsgehälter bei 1399 bzw. 1349 DM. In Baden-Württemberg ist der Anteil von Frauen in den unteren Gehaltsklassen mit 80,8% am höchsten. Von rund 180000 Beschäftigten im Einzelhandel Baden-Württemberg sind das über 95000 Frauen, für die als Durchschnittsgehalt 1689 (34,6%) bzw. 2042 DM (46,2%) ausgewiesen werden. Bei der 2,1% Erhöhung 1986 stiegen diese Durchschnittsgehälter um 35,5 bzw. 43 DM. (siehe Tabelle rechts oben)

Zum Vergleich dazu die Leistungsgruppeneinteilung der kaufmännischen Angestellten in der Elektroindustrie,

Einzelhandel Baden-Württemberg, kaufmännische Angestellte in Leistungsklassen in Prozent

	männliche Angest.					weibliche Angest.				
	II	III	IV	V	I	II	III	IV	V	I
1982	29,8	40,6	25,6	4,0	I	5,4	17,1	68,2	9,3	
1983	26,9	38,0	27,2	7,8	I	3,0	15,5	45,8	35,7	
1984	29,1	36,2	29,6	5,0	I	3,1	15,5	46,4	34,9	
1985	27,0	37,3	30,2	5,5	I	3,3	15,9	46,2	34,6	

Leistungsgruppe II: besondere Verantwortung und Leitungsfunktion. III: besondere Fachkenntnisse, keine Verantwortung für andere. IV: abgeschlossene Berufsausbildung. V: einfache Tätigkeit ohne Berufsausbildung.

Der Anteil der weiblichen Angestellten liegt 1982 bei 68,9% und 1985 bei 65,5%. Der Sprung in der Leistungsgruppe V von 9,3% 1982 auf 35,7% 1983 hat u.a. zur Ursache, daß Teilzeitkräfte auf Vollzeitkräfte in dieser Statistik umgerechnet wurden. Vorher waren sie nicht eingerechnet worden. Insgesamt gehen in die Statistik nur die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ein. Es fehlen also die „Pauschalkräfte“. (Quelle: Angestelltenverdienste in Industrie und Handel, Statistisches Bundesamt Wiesbaden, mehrere Jahrgänge, jeweils Oktober-Statistik)



HBV-Aktion gegen längere Ladenöffnungszeiten vor Karstadt in Mölln. Die Unterschriften auf der großen Postkarte gehen an Kanzler Kohl.

Oktober 1985:

	II	III	IV	V
männl. in %	57,5	34,5	7,7	0,3
weibl. in %	9,5	45,9	42,2	2,3

Der Anteil der männlichen Angestellten beträgt 49,2% und der der weiblichen 50,8%. Als Durchschnittsgehälter in den unteren Gruppen IV und V werden für weibliche Angestellte: IV = 2557, V = 2101 ausgewiesen. Deutlich wird, daß es in den Tarifikämpfen gelungen ist, die Belegung der Gruppe V auf wenige Prozentpunkte zu drücken. Die Leistungsgruppenbeschreibung siehe Tabelle oben.

In der HBV-Tarifkommission Baden-Württemberg wurden solche Vergleiche bei der Beratung der Forderung nach einem Mindesteinkommen von 1500 DM einbezogen. Angesichts des über Jahre hohen und auch steigenden

Anteils von Niedriglohnbeschäftigten wurde festgestellt, daß es sich nicht allein mehr um einen „Nachholbedarf“ an Einkommenserhöhungen zur Verringerung der Schere zwischen den anderen Branchen und dem Einzelhandel handelt. Zur Erlangung einer Einkommenshöhe, die ein Leben von einem Gehalt überhaupt erst ermöglicht, ist die Beseitigung der unteren Gehaltsstufen notwendig. Ausgedrückt über die Forderung nach einem Mindesteinkommen spielt diese Frage in den weiteren Tarifikampfüberlegungen eine wichtige Rolle.

Quellen: Lohn- und Gehaltstarife Einzelhandel, versch. Diskussionsvorlagen für die Großen Tarifkommissionen zu Strukturverhandlungen 1986 Hessen, NRW, Baden-Württemberg, Tarifpolitische Grundsätze der Gewerkschaft HBV, Hauptvorstand Abt. Tarifpolitik 1981. - (rub)

Dokumentiert

Tradition und Perspektive – Bonner Erklärung der SPD

Der außerordentliche, nur zum Zweck von Vorstandswahlen angesetzte Parteitag bot der SPD die Möglichkeit, Weichen zu stellen, ohne Anträge berücksichtigen zu müssen. Die Parteitage resolution ist, siehe unten, gleichwohl oder gerade deswegen ziemlich umfassend ausgefallen. Sie grenzt die Partei sorgsam gegen fortschrittliche Positionen in der werktätigen Bevölkerung ab. Sie verlangt z.B. nicht etwa Rechte für Arbeiter in der BRD unabhängig von der Nationalität, sondern gute Behandlung der Ausländer. Sie greift nicht etwa die Klagen über die Arbeitsintensität und die Bemühungen zur Umgestaltung der Arbeit auf, sondern verschiebt das Problem hin zur Qualifizierung der einzelnen. Sie sieht von einer Kritik der kapitalistischen Wirtschaft, von Markt und Wettbewerb und Konkurrenz ab und setzt die geforderte Mitbestimmung nicht ins Verhältnis zu – wirtschaftlichen oder politischen – Zielen, sondern verlangt Beteiligung. Zentraler Gedanke des Einser-Juristen Vogel ist wohl, alle denkbaren politischen Zielsetzungen an die Frage der Mehrheit zu binden. Eine Gestaltung der Gesellschaft anders als durch die Parlamente ist nicht vorgesehen. Gerade in der Förderung solcher Aktivitäten, der Widerstandskraft der Gewerkschaften, der Schüler, Studenten usw. besteht jedoch der ausschlaggebende Teil der Praxis der Mitglieder der SPD. Durch die Augen der „lieben Freunde“ (so rufen sie sich, um das Wort Genosse zu meiden) Oskar, Jochen und Johannes bildet der Widerstand der Ausgebeuteten und Unterdrückten sich nicht als Quell der Politik ab, sondern als Verwaltungsproblem. – (maf)

I.

1. Als Volkspartei, die sich der Tradition der Arbeiterbewegung verpflichtet weiß, kämpft die SPD um Mehrheiten, damit sie im Interesse der Mehrheit ihre Politik demokratischer, sozialer und ökologischer Reformen durchsetzen und das von ihr begonnene Werk der Friedenssicherung durch Entspannung und Abrüstung weiterführen kann. Während die Bundesregierung sich im bequemen „weiter so“, eine Fundamentalopposition sich in der Empörung darüber erschöpft, wollen wir unsere Reformpolitik präzisieren und, wo wir die Macht dazu haben, realisieren.

2. Die SPD wird den Weg der programmatischen Erneuerung fortsetzen. Wir werden die in Nürnberg gefaßten Beschlüsse weiterentwickeln und in politisches Handeln umsetzen. Der Weg der Reformpolitik ist nicht erschöpft. Im Gegenteil: die Verschärfung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme verlangt erneut eine reformerische Kraftanstrengung. Dabei liegt das Wesen von Reformpolitik heute nicht nur in Veränderung. Auch die Bewahrung menschlicher Lebensbedingungen und die Wiederherstellung des Gleichgewichts mit der Natur verlangen von der Politik Bereitschaft zur Erneuerung.

3. Die Wandlungen der Industriegesellschaft verändern die soziale Lage der Menschen und führen zu neuen kulturellen Einstellungen. Die Verbindungen zwischen Wachstum, Beschäftigung und sozialer Sicherheit lockern sich. Die weitere Wirtschaftsentwicklung ist von großen Unsicherheiten geprägt. Trotz eines ungeheuren gesellschaftlichen Reichtums verfestigen sich Arbeitslosigkeit, Armut und wachsende Ungleichheiten in den Lebenschancen. Trotz großer Fortschritte in den wissenschaftlichen und technischen Erkenntnissen nehmen Umweltzerstörung, Unterentwicklung und militärische Vernichtungspotentiale zu.

Die Politik ist aufgefordert, auf solche Widersprüche neue Antworten zu geben.

II.

Vorrangige Aufgaben sozialdemokratischer Politik sind heute

- Überwindung der Zweidrittelgesellschaft durch Abbau der Arbeitslosigkeit, Weiterentwicklung des Sozialstaats unter veränderten Bedingungen und ein solidarisches Miteinander von Einheimischen und Ausländern;
- Gleichstellung von Mann und Frau in allen Lebensbereichen und Überwindung der patriarchalischen Gesellschaftsordnung;
- Kontrolle und Steuerung des technischen Fortschritts im Dienste von Mensch und Natur;
- Ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft durch vorbeugenden Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen;
- Sichere und sparsame Energieversorgung ohne Atomkraft;
- Demokratisierung der Wirtschaft durch Mitbestimmung und gerechte Vermögensverteilung;
- Verteidigung der Bürgerfreiheit und Weiterentwicklung des sozialen und demokratischen Rechtsstaates;
- Durchsetzung des Prinzips gemeinsamer Sicherheit als Grundlage für eine Friedensordnung in Europa.

Das bedeutet konkret:

1. Wir halten staatliche Untätigkeit angesichts dauerhafter Massenarbeitslosigkeit für skandalös. Wir schlagen zum Abbau der Arbeitslosigkeit erneut eine Kombination aus Arbeitszeitverkürzung, beruflicher Qualifizierung, Beseitigung struktureller Nachteile und beschäftigungswirksamen Programmen (Arbeit und Umwelt) vor.

2. Wir finden uns nicht ab mit den neuen Ungerechtigkeiten, die durch die Wende bewirkt wurden. Der Sozialstaat steht für uns nicht zur Disposition. Wir widersetzen uns dem Abbau von Arbeitnehmerrechten, einer Steuerpolitik im Interesse der Reichen, der Unterordnung arbeitender Menschen unter neue Technologien und der Beschädigung der großen Solidargemeinschaften. Wir bekämpfen die Ausländerfeindlichkeit.

3. Die Gleichstellung von Mann und Frau in allen Lebensbereichen muß mit schnellen und überzeugenden Schritten verwirklicht werden. Wir stellen diese Forderung nicht nur an andere, sondern zuerst an uns selbst. Wir werden die gleichberechtigte Repräsentation, gleiche Mitwirkung und Entscheidung der Frauen auch in der SPD verwirklichen.

4. Die Technik soll dem Menschen dienen, nicht umgekehrt. Darum ist die politische Steuerung und die soziale Kontrolle technischer Veränderungen unentbehrlich. Wir können einen Zustand nicht länger hinnehmen, in dem technischer Fortschritt, der nur der optimalen Kapitalverwertung dienen soll, der Politik immer neue angebliche Sachzwänge auferlegt.

5. Bewahrung und Wiederherstellung natürlicher Kreisläufe ist nicht möglich durch nachhinkende Reparatur von Schäden, sondern nur durch schrittweisen Umbau der Industriegesellschaft. Er reicht von Produktionsverfahren über Verbraucherverhalten bis zur Abfallwirtschaft und schafft wesentlich mehr Arbeitsplätze, als er vernichtet.

6. Seit Jahren ringt die SPD um eine sichere, umweltfreundliche Energieversorgung ohne Atomkraft. Sie bleibt unser Ziel. Solange die Gesetzgebungsmehrheit für den energiepolitischen Wandel fehlt, werden wir den Umbau überall da vorantreiben, wo die geltenden Gesetze dazu Raum geben. Wir stehen zu unserer Aussage, daß bei ernsthaftem Wollen und bei entsprechenden Gesetzgebungsmehrheiten dieses Ziel innerhalb von zehn Jahren erreichbar ist.

7. Demokratie ist für Sozialdemokraten mehr als ein staat-

liches Organisationsprinzip. Sie muß das Gestaltungsprinzip der Gesellschaft insgesamt sein. Noch immer wird die tatsächliche Lebenssituation der meisten Menschen von der Arbeitswelt bestimmt, weitergehende Formen der Beteiligung der Arbeitnehmer am Sagen und Haben in der Wirtschaft sind deshalb erforderlich. Wir stehen an der Seite der Gewerkschaften im Kampf um mehr Mitbestimmung.

8. Wir treten allen Versuchen entgegen, den Freiheitsraum der Bürgerinnen und Bürger einzuengen. Gegen konservative Versuche zur Bevormundung, gegen technokratische Formen des Obrigkeitsstaates und gegen das gewollte Abdrängen der Menschen in eine passive Zuschauerdemokratie stehen wir für Toleranz, Dialogfähigkeit und den Ausbau der unmittelbaren Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger.

9. Wo Sicherheit nicht mehr gegeneinander herbeigerüstet, sondern nur noch miteinander vereinbart werden kann, ist ein Umdenken nötig, das mit uralten Traditionen bricht. Wir haben dieses Umdenken mit angestoßen. Wir werden sein wichtigster Träger in der Bundesrepublik Deutschland bleiben. Gemeinsame Sicherheit mit dem Ziel einer europäischen Friedensordnung liegt im Interesse aller Deutschen und Europäer, aber auch im Interesse der Völker der Dritten Welt, denen das Wettrüsten jede Hoffnung nimmt, Verschuldung und Elend zu überwinden.

10. Ein neuer Abschnitt der europäischen Geschichte kann erreicht werden. Heute besteht die historische Chance, alle Atomwaffen auf unserem Boden schrittweise zu reduzieren und im Zusammenhang mit der Verminderung und dem Umbau der konventionellen Streitkräfte schließlich zu beseitigen. So wollen wir erreichen, daß Überraschungsangriffe ausgeschlossen, Überlegenheiten beseitigt und die Strategien der NATO und des Warschauer Paktes an reine Verteidigungsfähigkeit angepaßt werden.

III.

1. Die SPD hat sich in Godesberg für die Volkspartei entschieden, eine vielgestaltige, diskutierende, kritische Partei, die sich neuen sozialen Schichten und neuen Ideen öffnet. Gleichzeitig ist sie eine Partei der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geblieben. Eine Politik demokratischer und sozialer Reformen ist im wesentlichen Arbeitnehmerpolitik. Ein Schlüsselproblem für die organisatorische, politische und auch programmatische Arbeit der Partei ist daher der Ausbau der Beziehungen zur organisierten Arbeitnehmerschaft. Arbeit und Leistung der selbständig Tätigen für die Allgemeinheit anerkennen und würdigen wir. Wir wollen auch sie für die SPD gewinnen.

2. Das Hauptproblem für die SPD bei der Entwicklung einer überzeugenden modernen Arbeitnehmerpolitik liegt in den tiefreichenden und immer rascher fortschreitenden Strukturveränderungen der Arbeitswelt und der gesamten Gesellschaft: am Arbeitsplatz und im Betrieb, in der Schulbildung, Berufsausbildung und Stellung im Beruf, in der Verteilung von bezahlter Erwerbsarbeit, unbezahlter Arbeit und Freizeit im menschlichen Leben.

3. Sozialdemokratie und Gewerkschaften müssen die so veränderten Arbeits- und Lebensbedingungen zum Ausgangspunkt ihrer Politik machen. Es gilt, die traditionellen Bindungen der SPD zur Arbeitnehmerschaft zu festigen und die Arbeitnehmergruppen neu zu gewinnen, die der SPD bisher fernstanden. Dabei werden wir uns verstärkt den im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung neu entstehenden Arbeitnehmergruppen zuwenden.

4. Wer die Zukunft dieser Gesellschaft gestalten will, bedarf des Engagements und der kritischen Unterstützung junger Menschen. Sie haben hohe Ansprüche an die Qualität ihrer Bildung und Ausbildung, an ihre Arbeit und an die Gestaltung ihres Lebens und der Beziehungen unter den Ge-

schlechtern sowie an die Verwirklichung neuer Lebensformen.

5. Besonders wichtig ist es, die Verbindungen zu Künstlern und Wissenschaftlern wieder enger zu knüpfen. Dies ist nur möglich, wo wir ihre Unabhängigkeit achten, stützen und notfalls verteidigen.

6. Um die Mehrheit der Bevölkerung und damit die politische Macht zu gewinnen, muß die SPD sowohl gegenwärtige Wähler und Wählerinnen der Grünen als auch der CDU/CSU und der FDP für ihre Politik gewinnen. Die SPD kann auf keine der genannten Wählergruppen verzichten, wenn sie mehrheitsfähig sein will. Jede sozialdemokratische Strategie, die die eine Wählergruppe gegen die andere ausspielt, führt die Partei in eine politische Sackgasse.

7. Die SPD wird ihre eigenen Ziele verdeutlichen und dafür um Mehrheiten werben. Die Arbeit am neuen Grundsatzprogramm bietet dafür gute Gelegenheit. Die Zusammenarbeit mit anderen Parteien ist für Sozialdemokraten eine taktische Frage, die immer neu unter neuen Bedingungen zu beantworten ist. Koalitionen sollen unter dem Gesichtspunkt abgeschlossen werden, wie ein Höchstmaß sozialdemokratischer Politik verwirklicht werden kann und ob Glaubwürdigkeit und Identität der SPD als einer Partei demokratischer, sozialer und ökologischer Reformen dabei bewahrt werden.

8. Alle programmatischen, politischen und organisatorischen Erneuerungsbemühungen der Partei werden jedoch zu kurz greifen, wenn sie sich lediglich auf die Arbeit von Tag zu Tag erstrecken und nicht auch über den Tag hinausreichen, wenn in ihnen nicht auch die Vision eines besseren Lebens der Menschen sichtbar und spürbar wird. Nicht ohne Grund hat sozialdemokratische Politik in unserer Zeit ihre stärkste Überzeugungskraft entfaltet, als die großen Ideen der Entspannungspolitik, des Friedens durch Abrüstung und der Hilfe für die Dritte Welt – untrennbar verbunden mit dem Namen Willy Brandt – die politische Praxis der Partei unmittelbar geprägt haben. Eine solche umfassende Idee steht auch hinter unseren konkreten Vorschlägen zur Bewältigung der ökonomischen, ökologischen und technologischen Probleme unserer Gesellschaft: Die Vision einer freiheitlichen, gerechten und solidarischen Gesellschaft in einer friedlichen Welt.

IV.

In dem Vierteljahrhundert, in dem Willy Brandt die Partei geführt hat, sind Friede und Reform endgültig zum Wesensmerkmal sozialdemokratischer Politik geworden. Willy Brandt hat die programmatische Erneuerung der Partei eingeleitet. In seinem Geiste werden wir sein Werk fortsetzen.

(aus intern, Informationsdienst der SPD, 16.6. 1987)



DGB: Solidarität mit der DISK

Köln. 5000 vorwiegend türkische und kurdische Gewerkschaftsmitglieder nahmen am 18. Juni in der Sporthalle in Köln an der Solidaritätsveranstaltung mit der in der Türkei verbotenen Gewerkschaft DISK teil. Hauptredner war der Vorsitzende der DISK, Abdullah Bastürk. Er verurteilte die Politik der multinationalen Monopole, von denen die Türkei abhängig sei, und wies in seinem Referat auf die große Gefahr hin, daß sich die Reaktionäre in der Türkei eine „religiöse Plattform“ unter dem Mantel des islamischen Internationalismus schaffen würden. Ilse Brusis vom DGB und Fritz Rath vom EGB lehnten den Beitritt der Türkei in die Europäische Gemeinschaft mit dem Hinweis auf die faschistischen Verhältnisse ab. Die imperialistische EG-Politik wurde von diesen Rednern nicht angegriffen. Der langjährige Vorsitzende der ÖTV, Heinz Klunker, war auf der Kundgebung auch anwesend. Zahlreiche türkische und kurdische Organisationen konnten im Rahmen der Veranstaltung Informations- und Büchertische errichten, darunter TKP(B), Feyka-Kurdistan, Komkar, Devrimci Isci und andere. – (jöd)

Zimmermann läßt ihn kommen, Schnoor läßt ihn reden

Köln. Mit einer Sondergenehmigung von Bundesinnenminister Zimmermann hat der türkische Faschistenführer Türkes in den letzten beiden Wochen die BRD bereist und unter anderem in Hamm und Köln auf Kundgebungen seiner Anhänger gesprochen, die notdürftig und durchsichtig als „Folkloreveranstaltungen“ getarnt waren. Türkes's „Graue Wölfe“ hatten in den 70er Jahren die türkische Arbeiterbewegung mit blutigem Terror überzogen und Tausende ermordet. Der Faschistenführer stand bisher auf der Fahndungsliste des Bundesgrenzschutzes. NRW-Innenminister Schnoor hatte bei Zimmermann die Ausweisung Türkes's als „unerwünschte“ Person beantragt. In Hamm ließ derselbe Schnoor dann aber zwei Hundertschaften Bereitschaftspolizei vor der Kundgebungshalle aufmarschieren, um Türkes vor Antifaschisten zu „schützen“. Dies, obwohl Türkes mit seiner Rede offenkundig gegen die Auflage verstieß, sich in Westdeutschland nicht politisch zu betätigen. Der DGB hatte zusammen mit anderen Organisationen zu einer Gegenkundgebung aufgerufen. In Köln konnte die Polizei angeblich nicht feststellen, ob Türkes politische Themen angesprochen und damit erneut gegen die Auflage verstoßen habe. Es fehlte, so die lächerliche Ausrede eines Polizeisprechers, ein Dolmetscher, der die auf türkisch gehaltene Rede hätte übersetzen können. – (ulg)



Nürnberg. Über 2000 Menschen aus allen Teilen der BRD – vor allem Kurden und Türken – folgten dem Aufruf der Feyka Kurdistan zu einer Demonstration am 20.6. in Nürnberg. Sie protestierten damit gegen die in den letzten Wochen verschärften Angriffe der westdeutschen Staatsorgane gegen die Anhänger des kurdischen Befreiungskampfes und die PKK. – (ola)

HBV-Aktionen gegen längere Ladenschlußzeiten

München. Auf einer Protestkundgebung der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) am 21.6.87 hat der zweite Vorsitzende Dieter Steinborn betriebliche und gewerkschaftspolitische Aktivitäten gegen längere Ladenöffnungszeiten angekündigt. Gefordert wurde, daß die Bonner Koalitionsvereinbarung zur Änderung des Ladenschlußgesetzes wieder vom Tisch kommen müsse. Steinborn nannte längere Ladenöffnungszeiten weder notwendig noch sinnvoll. Spürbare Mehrbelastungen für die 2,3 Millionen Arbeitnehmer im Handel sowie zusätzliche Kosten, die auf die Verbraucher abgewälzt werden würden, wären die einzigen Ergebnisse. Die Gewerkschaft will bei ihren Aktivitäten neben den Arbeitnehmern in anderen Dienstleistungsbereichen auch die Verbraucher einbeziehen. Geplant seien Betriebsversammlungen, Aktionstage in Fußgängerzonen sowie örtliche und regionale Protestveranstaltungen. – (dil)

Anzeige gegen Aufhebung des Abschiebestopps veröffentlicht

Hildesheim. Dem niedersächsischen Landtag liegt ein Entschließungsantrag zur Aufhebung des Abschiebestopps für Flüchtlinge entsprechend dem Beschluß der Innenministerkonferenz vom 3.10.86 vor. Am 30.5.87 plazierte die Initiativgruppe Asyl e.V. in der HAZ eine Anzeige „Verhindert die Abschiebungen!“, mit der die Unterzeichner gegen den Beschluß protestieren und „die Beibehaltung des generellen Abschiebestopps“ fordern. Die Anzeige wurde zuvor mit der Bitte um Unterstützung an 130 Organisationen, Parteien, Verbände, Gewerkschaften, Kirchengemeinden, Hochschulen usw. verschickt. Das Spektrum der Unter-

zeichner (40 Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen) reicht über Parteien – SPD, Grüne, BWK –, antifaschistische Gruppen und Organisationen, Friedensgruppen bis zu christlichen Studentengruppen. Dem breiten Spektrum ist es zu verdanken, daß die HAZ die Anzeige abgedruckt hat. – (anp)

Schulstreik und Demo in Schleswig

Schleswig. Nachdem sich aus Protest gegen die von den CDU-Kultusministern geplante Abi-Reform bereits im April ca. 700 Schleswiger Schüler an einem Schulstreik (90% des bestreikten Gymnasiums) beteiligt hatten, ließ sich die Schulleitung während der bundesweiten Protesttage Anfang Juni einiges zur Demobilisierung einfallen. Der Direktor rief sämtliche Elternvertreter an, und diese brachten viele Eltern dazu, ihre Kinder zum Unterricht zu zwingen. Eine Schulbesetzung wurde rigoros verhindert, alle Personen nachmittags rausgeschmissen. Dennoch streikten an den beiden Gymnasien insgesamt rund 500 und veranstalteten einen „Alternativunterricht“, in dessen Ergebnissen u.a. die Einheitsschule mit praktischer und theoretischer Ausbildung gefordert wurde. An der Demo beteiligten sich rund 300, darunter einige mit Transparenten revolutionären Inhalts. Die örtliche Presse hetzte, daß „kommunistische Splittergruppen das Forum für sich nutzen“ wollten. Am Abend fand dann eine von Schülervertretungen organisierte Podiumsdiskussion statt, auf der Redner der SPD, FDP, CDU, Grünen, SSW, der DKP und des KuMi sprachen, jedoch kein Schüler. Den mit Abstand meisten Beifall erhielt der DKP-Redner; nur Pfiffe ernten konnte dagegen der CDU-„Experte“, der wieder einmal erzählte, in S-H verändere sich ja gar nichts. – (uga)

Landeshaushalt NRW

Abwehr der Pleite durch große Koalition? Die SPD gräbt an ihrer eigenen Basis

Düsseldorf. Drei Jahre vor den nächsten Landtagswahlen haben die nordrhein-westfälische Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion eine grundsätzliche Diskussion um die künftige Landespolitik begonnen. Im Interesse der „Zukunft des Landes“ müsse die SPD sich noch stärker mit unionsgeführten Ländern und der Bundesregierung „kooperationswillig“ zeigen, so lautet eine der Kernaussagen eines Papieres, das in der Staatskanzlei erstellt worden ist. Die Landesregierung will durch eine Politik der Großen Koalition Gelder für die Bewältigung der zugesetzten Strukturkrisen in NRW locker machen. Allein ist sie finanziell dazu immer weniger in der Lage, zumal sich die Stahlkrise zuspitzt.

Die SPD ist in NRW in direkter Folge der Strukturkrise im Bergbau 1965 Regierungspartei geworden. Mitte der 70er Jahre hat sich die Krise im Montanbereich verschärft, seit 1980 regiert die SPD in NRW allein. Ihr Erfolg beruht auf einem Programm zur „sozialen“ Bewältigung der Krise. Bei den Landtagswahlen 1985 hat Johannes Rau den Gemeinden finanzielle Stärkung zugesichert, den ärmsten Lohnabhängigen die Anhebung der Sozialhilfe und „allen“ die Ankurbelung des Geschäfts durch Subventionen für Kohle und Stahl und den Aufbau neuer Technologien. An letzteres sollten vor allem akademisch gebildete Lohnabhängige Hoffnungen auf Arbeitsplätze in „High-Tech“-Bereichen knüpfen.

Rund 16 Mrd. DM hat die Landesregierung von 1966 bis 1986 allein für Maßnahmen zur Umstrukturierung der Kohleförderung gezahlt. Die Bundesregierung war an den verschiedenen Strukturprogrammen in NRW zwar beteiligt, bis Anfang der 80er Jahre trug das Land jedoch die Hauptlast. 1983, sicher nicht zufällig kurz nach dem Regierungswechsel in Bonn, hat die Landesregierung die Berücksichtigung der „Sonderlasten“ des Landes im Finanzausgleich des Bundes und der Länder beim Bundesverfassungsgericht eingeklagt, in diesem Jahr erhält NRW erstmals Gelder.

An der finanziellen Situation des Landes wird sich dadurch jedoch nicht viel ändern. Dazu ist das Land zu hoch verschuldet. 1974 hatte NRW die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung der Flächenländer in der BRD, heute liegt es hinter dem Saarland und Schleswig-Holstein an dritter Stelle. Eine direkte Folge der Schulden des Landes auf dem Kreditmarkt, die 1985 73,8 Mrd. DM ausmachten: Vom Landeshaushalt 1986, der Gesamtausgaben von 57,9

Mrd. DM auswies, mußten 6,2 Mrd. DM allein an Zinsen aufgewendet werden, das sind 10,7%.

CDU und FDP dient diese Situation als Beweis für unsolide Finanzführung und als Druckmittel für weitere „Haushaltskonsolidierung“. Was damit verdeckt werden soll: Vom Landeshaushalt haben vor allem die großen Konzerne profitiert. Ein großer Teil der Kohle-Hilfen ist der Ruhrkohle AG in den Rachen geflossen. In deren Aufsichtsrat sitzen u.a. das RWE und die VEW. Die Kokskohlenbeihilfe, der größte Einzelposten der Kohle-Hilfen, kommt Thyssen, Krupp, Hoesch und Mannesmann zugute: Sie dient der Herabsubventionierung des in der Stahlproduktion nötigen Kokes auf Weltmarkt-Preis-Niveau und stieg im



Protest in Köln gegen Stellenstreichungen an Schulen

Landeshaushalt 1987 auf allein 1,019 Mrd. DM. Über die Zinsen kassieren Konzerne und Banken ein zweites Mal, gleichzeitig garantieren die Schulden Hörigkeit der Landesregierung.

Zur Finanzkrise des Landes ein Übriges tragen die Mindereinnahmen durch die Steuerreform des Bundes bei, nach Angaben der Landesregierung allein 1987 1,9 Mrd. DM für das Land und 1,3 Mrd. DM für die Gemeinden in NRW. Den Haushalt für 1987 konnte die Landesregierung nur durch Festlegung einer „globalen Minderausgabe“ in allen Ressorts ausgleichen. Dennoch wird die geplante Neuverschuldung von 5,6 Mrd. DM für 1987 wohl kaum ausreichen: Im Mai mußte die Landesregierung der Deutschen Bank die Hälfte von 1,892 Mrd. DM Rückerstattung an Körperschaftsteuern zahlen, die im Zusammenhang

mit dem Flick-Aktien-Verkauf angefallen waren. Der SPD-Landtagsfraktion fiel dazu nur die Klage ein, die Deutsche Bank habe „Steuervorteile konsequent genutzt“.

Eine Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion Anfang Mai bestätigte den Konsolidierungskurs der Landesregierung. Rau bezeichnete die anstehende Aufstellung des Haushaltes 1988 als „... Kraftakt, wie ich ihn in meiner bisherigen Amtszeit noch nicht erlebt habe“. Wer die Haushaltskonsolidierung zu tragen hat, zeigen die letzten Jahre: Stellenkürzungen, mehr Teilzeitarbeit und befristete Verträge für die Landesbeschäftigten, die Kürzung der Finanzzuweisungen an die Gemeinden von 27% auf 23% des Landeshaushaltes und die Kürzung sozialer Leistungen waren die Folgen.

Den Konzernen ebenso wie CDU und FDP kann diese Politik nur recht sein. Nicht nur, daß die Landesregierung ihren Vorstellungen immer mehr entgegenkommt. Sie gräbt sich zwangsläufig ihre eigene Basis ab, auch in NRW. Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren immer wieder Maßnahmen der Landesregierung kritisiert, ließen sich in die Notgemeinschaft zur Rettung NRWs als „industrielles Herz der Bundesrepublik“ jedoch auch immer wieder einbinden. Es wäre insofern eine wichtige Aufgabe der revolutionär-sozialistischen Kräfte, die Kritik an den Zielen der „ökonomischen und ökologischen Erneuerung NRWs“ zu verbessern. Jemand anders macht das nicht. – (wof)

Ausländerfeindlichkeit

„Kreuzberg der Südheide“ Türken nicht erwünscht

Celle. Seit über einem Jahr stehen am Rande des Stadtteils Altencelle sieben Wohnblocks mit 96 Wohnungen (82 bis 97 qm groß) leer, zuvor von Engländern bewohnt. Seitdem sind sie Anlaß für eine beispielhafte Ausländerhetze. Hervorgetan hat sich dabei Klaus Tänzer, Ratsherr der rechten WG und Chefredakteur des Anzeigenblatts „Celler Sonntags-Kurier“.

Bereits am 27.07.86 skandierte er: „Perser, Türken, Tamlén“, Asylbewerber aus Berlin, würden in die Blocks einziehen und Altencelle in einen „Orientbasar“ verwandeln. Am 26.11. waren es dann 96 „anerkannte Asylantenfamilien“, aber auch die würden „Schulprobleme, Müßiggang und Kriminalität“ verbreiten. Die staatstragenden Ratsfraktionen taten das ihrige. Sie lieferten in Interviews neue Munition: damaliger CDU-OB Hörstmann („nicht das Sozialamt dieser Welt“); FDP-Dehnbostel („Ende der Fahnenstange“); SPD-Meyer („keine Asylanten-Auffangstelle“).

Die Saat von x Aufmachern und Leerbrieffen verschwand nicht im rassistischen Morast. Ende Mai 1987 fand sich das 4400 Seelen zählende Altenheim am Rande des Aufruhrs. „Alarm“, schrie eine Bürgergruppe, deren Sprecher Rechtsanwalt W. Hermann FDP-Mitglied ist: 1000(!) „Ausländer“ und „soziale Randgruppen“ würden binnen kurzem die 96 Wohnungen belegen. In zwei Versammlungen mit 300 bzw. 500 Bürgern wurde die Stimmung angeheizt: „Asoziale“, „Kreuzberg der Südheide“, „gewaltiges Getto“, das waren die Stichworte der Wortführer – als wenn die Juden des Warschauer Gettos die Deutschen terrorisiert hätten. „Bruchbuden“ von Ausländern? Ja. Aber das könne durch Altenheim nicht geändert werden. Rat und Verwaltung wurden aufgefordert, durch Anmietung oder Kauf zu intervenieren. Tänzer fordert sogar den Abbruch. Der Rat lehnte unter Hinweis auf „die freie Marktwirtschaft“ ab. Um den „berechtigten Sorgen“ Genüge zu tun, beschloß er, bei Einzug von „Problemfamilien“ Wohnraum für soziale Einrichtungen anzumieten (Kindertagesstätten, Jugendtreff, Familien-Beratungsbüro). Planstellen wurden nicht beschloss. 45 ausländische und 35 deutsche Familien sollen demnächst einziehen; über die Hälfte davon sind Sozialhilfeempfänger. Folge einer Wohnraumpolitik, die seit Jahren Ausländer und Leute mit wenig Geld in die letzten „Löcher“ drängt. Die Explosion des geschürten Zündstoffes in Altcelle ist vorprogrammiert. – (akl)

Ausländerpolitik

Sozialsenator fordert Qualifizierungsoffensive

Hamburg. Anlässlich einer Pressekonferenz zum 1. Mai legte Senator Ehlers aktuelle Daten zur Lage der ausländischen Arbeitnehmer in Hamburg vor:

In Hamburg leben zur Zeit 175000 Ausländer. Knapp 48% von ihnen sind erwerbstätig, 76,4% als Arbeiter (6/86). Ein Viertel arbeitet in nur fünf Branchen, die alle durch besonders schwere Arbeitsbedingungen gekennzeichnet sind:

Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung (18,5%), Eisen-, Metallherstellung, Gießerei und Stahlverformung (22,8%), Eisenbahnen (15,5%), Gaststättengewerbe (20,1%), Reinigungsgewerbe (15,5%) (in Klammern der Ausländeranteil in der jeweiligen Branche).

Von den deutschen Lohnabhängigen waren zum gleichen Zeitpunkt 7,6% in diesen Branchen beschäftigt. Der Verschleiß der Arbeitskraft durch Akkord- (27%) und Schichtarbeit (33%) sowie Belastungen mit Lärm, Staub, Hitze, Kälte, Nässe etc. ist hoch: 9,38% aller am 1.1.87 bei der AOK versicherten

Ausländer waren krank gemeldet (6,65% im Durchschnitt aller Mitglieder). Und das, obwohl die Kapitalisten massiv Arbeitsplätze abbauen.

52490 Arbeitsplätze wurden seit 1980 in Hamburg vernichtet. Jeder dritte davon gehörte einem ausländischen Arbeitnehmer. Nur jeder zwölfte Erwerbstätige kam dagegen 1980 aus dem Ausland. Seit 1983 gehörte sogar jeder zweite beseitigte Arbeitsplatz zu einem Ausländer.

7500 ausländische Arbeiter sind so seit '83 um ihre Arbeitsplätze gebracht worden. Um knapp 2000 ist die Zahl der Arbeitslosen unter ihnen gestiegen auf 16,8%. 4800 haben die Hamburger Kapitalisten unter Beraubung gesetzlicher Ansprüche an Renten, Sozialversicherungen etc. rückgefordert, mit-samt 1500 Familienangehörigen.

Und was macht Senator Ehlers den ausländischen Arbeitern angesichts dieser Lage in Hamburg für Vorschläge? „Der Hamburger Senat will immer mehr ausländische Arbeitnehmer qualifizieren: damit sie den Wechsel in aussichtsreichere Berufe und Positionen schaffen können.“ Aussicht auf Positionen? Was für welche? Vielleicht als „ausländischer Sozialberater“, der dann den eigenen Angehörigen vorhalten kann, daß doch jeder seine Chance hat. Und die, die sie nicht wahrnehmen, eben selbst schuld sind an ihrer Lage!

Eines will der Senat jedenfalls nicht: an den massenhaft unerträglichen Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitsimmigranten rühren und z.B. von den Kapitalisten die Kosten eintreiben, die für so viele nach dem Totalverschleiß ihrer Arbeitskraft für ein menschenwürdiges Dasein nötig sind. Und vor allem sollen die ausländischen Arbeiter nicht selbst ihre Interessen geltend machen können. Für irgendwelche demokratischen Rechte der Ausländer tritt der Hamburger Sozialsenator Ehlers nirgendwo in seiner Rede ein. Nicht einmal mehr für das kommunale Wahlrecht, das doch bisher auch von der „SPD-Linken“ gefordert wurde. – (ruo)

Kindertageshime

Privatisierung statt kommunaler Versorgung

Hamburg. In die Hamburger Bürgerschaftswahl war der SPD-Senat mit der Versprechung gezogen, die Sparmaßnahmen bei der „Vereinigung städtischer Kindertageshime“ sollten zurückgenommen werden zugunsten eines „bedarfsgerechten Ausbaus“ der Kindertageshime. Stattdessen zeichnet sich jetzt aus dem „Kindertagesstätten-Bedarfsplan“ vom März 1987 und verschiedenen administrativen Maßnahmen ein neues Konzept zur Begren-

zung der Ausgaben für die öffentliche Kleinkinderziehung ab.

Der erste Pfeiler dieses Konzepts ist die Umwandlung der „Vereinigung“ von einer städtischen Einrichtung in einen „eingetragenen Verein“ und die Umstellung der Finanzierung von der Bezuschussung auf dem Wege der „institutionellen Förderung als Vorhalteinrichtung“ auf die Finanzierung durch Pflegesätze nach den gleichen Grundsätzen wie für die privaten Träger. Ein Kernpunkt dieser Finanzierungsform ist das „Festpreissystem“, das der Senat durchsetzte, „weil es mehr Anreize zu sparsamer Wirt-



Seit 1982 Kampf gegen die Sparmaßnahmen des Senats

schaftsführung bietet ... Gewinn- und Verlustausgleiche sind nicht mehr vorgesehen.“ Bisher konnte die „Vereinigung“ über die Bürgerschaft für einzelne Haushaltsposten Nachschlag beantragen. Über den Pflegesatz soll jetzt der Zwang zum Sparen und zur maximalen Auslastung in die einzelnen Heime hineinverlegt werden.

Der zweite Pfeiler ist die zynische Behandlung des Bedarfsbegriffs. Während in allen Bezirken die Zahl der Platzsuchenden in die Tausende geht, stellt der Senat in seinem „Bedarfsplan“ fest: „Es wäre unangemessen, diesem Nachholbedarf mit städtischen Neubauten zu begegnen ...“ Stattdessen verspricht er, verstärkt die Gründung kleinerer Einrichtungen von freien Trägern und privaten Initiativen zu fördern. Zugleich werden verschiedene Hebel betätigt, die Wartelisten abzubauen, indem der Bedarf unterdrückt wird: Seit Beginn dieses Jahres hat sich für viele Eltern durch eine verschärfte Auslegung der Vorschriften zur Berechnung der Elternfreibeträge der monatliche Beitragssatz drastisch erhöht. Das Amt für soziale Dienste beim Bezirksamt Eimsbüttel läßt z.B. prüfen, wie Plätze in den Heimen freigemacht werden können. Gedacht ist z.B. an arbeitslose oder teilzeitbeschäftigte Frauen. – (ulj)

FAP-Parteitag

Israelische Sportler ausquartiert und Polizeieskorte für Nazis

Kellinghusen. Seit März besteht auf Einladung autonomer Antifaschisten ein landesweites Antifa-Treffen in Schleswig-Holstein. Kaum hatte dies getagt, mußte es sich sogleich bei einem Frühjahrstreffen von NPD und DVU bewähren. In der Folge kam es zur Tätigkeit bei einem NPD-Parteitag in Bad Segeberg und ein drittes Mal in Kellinghusen. Dort sollte ein Parteitag der FAP am 30. Mai sein. Es wurde bekannt, daß die Polizei und Stadtverwaltung eine Woche vorher Kenntnis davon hatten. Über die Informationskette wurde zur Gegenaktion gerufen. Auf Initiative des Antifa-Arbeitskreises Steinburg und der Volksfront wurde sie vorbereitet: Kundgebung und politische Einflußnahme auf Kräfte in Kel-

desweiten Antifa-Treffens riefen SPD und Ortsverein der IG Druck zu einer Kundgebung auf. Bislang hatte die SPD mit der CDU am Ort das Problem zu verniedlichen versucht. Die Kundgebung sollte zum Beginn des FAP-Treffens durchgeführt werden.

Am Samstag sammelten sich ca. 150 Antifaschisten in der Stadt. Mittags wurde eine kurze Kundgebung abgehalten. Die Polizei fotografierte deren Teilnehmer. Als ein Skin einige Schläge bekam, wurde ein Antifaschist von der Polizei festgenommen und verprügelt. Ab 13.30 Uhr wurden die ersten örtlichen FAPler gesichtet, die sich in der Wohnung des örtlichen Führers Schwarz sammelten. Dort wurden diese kurzfristig belagert. Als sie zum Lo-

henden Kontrollratsbestimmungen. Die DKP wertete es als Erfolg, daß die Nazis sich nicht ungestört treffen konnten. Die Volksfront wies auf den Umstand hin, daß in der Stadt bisher die Nazis verleugnet wurden. Damit war die Hoffnung, das Problem totzuschweigen, gescheitert. Weiter wurde darauf verwiesen, daß im September Landtagswahlen sind und viel dafür getan werden muß, faschistische Kandidaturen zu verhindern. Nach der Kundgebung wurde deutlich, daß die Polizei die auswärtigen FAP-Kader mit Ch. Worch an der Spitze in einer Eskorte zum Lokal bringen will. Bei deren Ankunft wurde ein Fahrzeug nebst Insasse beschädigt, Anlaß für eine Knüppelorgie der Polizei mit einer Festnahme. Am Ende der Versammlung sangen die FAPler „Die Fahne hoch, die Reihen fest geschlossen ...“ und grölten dreimal Sieg-Heil. Polizeirat Schneider nahm dies nicht zum Anlaß einer Auflösung, sondern zur Ermahnung. Dann eskortierten sie die FAP wieder hinaus, ohne einzuschreiten, als diese Übergriffe auf Antifaschisten startete. Sich wehrende Antifaschisten wurden festgenommen. Die örtlichen Nazis versuchten weitere Provokationen, die nicht gelangen. Im Gegenteil: einige ihrer Fahrzeuge wiesen starke Beschädigungen auf. Nach einer recht kritischen Berichterstattung in der Lokalpresse entfaltete sich eine Kampagne von Leserbriefen, die allesamt die Vorgänge kritisierten. Insbesondere wurde die Haltung der Polizei und CDU angegriffen. Die Organisatoren ließen prüfen, ob eine Strafanzeige gegen den Einsatzleiter der Polizei erfolgversprechend sei. Dies stellte sich leider als ungangbar heraus, da nur die direkte Anwendung des Art. 139 GG etwas ausrichten kann, da die Strafvorschriften nicht eng genug beschrieben sind. So stehen akustische Symbole der Nazis nicht unter Strafe (Sieg Heil). Der Antifa-Arbeitskreis verteilte eine Hauswurfsendung in Kellinghusen, in der die Politik des Verniedlichens des Naziterrors angegriffen wurde und chronologisch aufgezeigt wurde, welche Liste dieser bereits hat.

Am 16. Juni wurde die Ratsversammlung mit mehr als zehn Fragen zur FAP und deren Aktivitäten in der Stadt konfrontiert. Wieder hatte die SPD eine Resolution gegen „Extremismus“ eingebracht. Diese war CDU-freundlich formuliert und wurde einstimmig gefaßt. Die CDU reduzierte den Terror auf die Frage, daß „ein Exponent der linksextremen Gruppen“ in der Stadt wohnt. Die Nazis gibt es nur wegen einem rechten Spinner, der die FAP auf die Stadt aufmerksam gemacht hat. Die Polizei riskierte eine Stellungnahme, in der sie behauptete, daß sie „unparteiisch“ die „Rechtsordnung“ geschützt habe. Das Problem ist nur, außer der CDU sah das niemand so wie die Polizei. – (uwv)



Nur mit Polizeischutz konnte der FAP-Parteitag stattfinden. Außerdem wurden Israelis ausquartiert und dem Wirt die Raumfreigabe abgenötigt.

linghusen, die dazu führen sollte, daß der Wirt der FAP, die sich als „Patriotischer Club“ anmeldete, den Mietvertrag kündigt.

Diese Auseinandersetzung wurde nicht gewonnen. Die Polizei unter Führung von Polizeirat Schneider (CDU) und Revierleiter Piachnow nötigten ihm die Freigabe des Raumes ab. Sie beschafften bei der Stadt eine Konzession zum Ausschank, die für den gewünschten Raum nicht vorlag. Weiter quartierten sie – bei dem Wirt angemeldete – israelische Sportschützen auf Weisung des Innenministers C. E. Claussen um. Für den Wirt ein Verlust von ca. 1000 DM. Ein Rechtsanwalt schaffte auch nicht die Kündigung.

Die Diskussion wandelte die politischen Verhältnisse Kellinghusens. Neben den bisherigen Aufrufen des lan-

kal abmarschierten, gingen sie ihrer Standarte verlustig, einer Reichskriegsflagge aus dem I. Weltkrieg. Sie kamen auch nicht unbeschadet ins Lokal.

Dann sollte die zweite Kundgebung, zu der SPD und IG Druck aufriefen, vor dem zwischenzeitlich abgesperrten Lokal abgehalten werden. In Ermangelung eines eigenen Lautsprechers kam es zur Vereinbarung, daß SPD und IG Druck mit den Aufrufen der vorherigen Kundgebung eine abhalten. So sprachen die Ortsvorsitzenden der SPD und IG Druck, der stellvertretende Bezirksvorsitzende der DKP und der Landesvorsitzende der Volksfront. Die SPD ertete Pfiffe, weil sie auch gegen Gewalt allgemein und Extremismus redete. Die IG Druck ertete viel Beifall. Sie forderte die Auflösung der NPD und aller faschistischen Gruppen nach den im Artikel 139 GG fortbeste-

ÖTV-Aktionswoche

**Appelle statt Angriffe
gegen die Reaktion**

Hamburg. Vom 9. bis 13. Juni 1987 fand eine bundesweite Aktionswoche der Hauptabteilung Gesundheitswesen, Kirchen und soziale Einrichtungen der Gewerkschaft ÖTV unter dem Motto „Wir müssen helfen können“ statt. In dieser Woche sollte „die Öffentlichkeit über die Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern, Schwimmbädern, im Erziehungsdienst, Rettungsdienst und in der Altenhilfe informiert werden“. Schwerpunktmäßig sollten die Bereiche Krankenhäuser, Rettungsdienst, Erziehungsdienst, Schwimmbäder und Altenhilfe in die Aktion einbezogen werden. Diese Aktionswoche entsprang einem Entschluß des 10. Gewerkschaftstags, in dem der ÖTV-Hauptvorstand aufgefordert wurde, die „Untauglichkeit von Anhaltszahlen und sonstigen Richtgrößen zur Personalbemessung den Mitgliedern und Beschäftigten im Krankenhaus nahe zu bringen und über ein verstärktes Bildungsangebot die betrieblichen Funktionäre mehr als bisher in die Lage zu versetzen, betriebliche Alternativen zur Personalbemessung zu erarbeiten“.

Das Ergebnis dieser Aktionswoche ist mehr als traurig. Das hilflose Motto, das an christliche Tugenden erinnert, wie die mangelhafte Vorbereitung durch die ÖTV hat nur wenige Kollegen mobilisiert. Diese wurden dann auch noch durch die dem Motto angepaßten Flugblätter demoralisiert. Schon als die Flugblattentwürfe im April vorgestellt wurden, gab es Widerstand von Gewerkschaftskollegen, und eine Altenpflegerin meinte treffend, das sei ja eine Art „Spendenauftrag für Sympathie“.

Vollkommen unverständlich erscheint es, warum sich in Appellen, daß es an Humanität fehle, daß Politiker Farbe bekennensollten usw., ergangen wurde, wo doch Blüm und Co. im Einklang mit den Kapitalistenverbänden in Form der geplanten „Strukturreform“ schon eindeutig Farbe bekannt haben: Die Leistungen sollen eingeschränkt und die Patienten verstärkt an den Kosten beteiligt werden. Dabei gibt es genügend Aktivitäten und Wissen in den DGB-Gewerkschaften, was sich in vermehrten Publikationen zum Arbeitsschutz, Anerkennung von Berufskrankheiten, wirkliche Ursachen für die sog. „Volksseuchen“ niederschlägt: Das WSI-Institut des DGB bringt „Informationsblätter: Arbeit/Gesundheit/Humanisierung“ heraus, und im Gewerkschaftsverlag VSA kann man Bücher mit Titeln wie „Arbeit macht krank“, „Hetze, Streß, Monotonie“, „Arbeit darf nicht krank machen“, „Kaputt und auch noch selber schuld“ u.v.m. beziehen, die die Kapitalisten



Statt die Strukturreform und die Kapitalisten anzugreifen, setzt die ÖTV auf „christliche Tugenden“.

als die eigentlichen Verursacher für eine Kostenexplosion verantwortlich machen.

Am 18. Juni 1987 trat die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies beim 22. Deutschen Evangelischen Kirchentag mit einem Vortrag „Den Staat sozial gestalten“ auf. War das Motto „Wir müssen helfen können“ mit dem „Kindergottesdienst“-Bild nur ein Annäherungsversuch an die Kirchen? Es bleibt zu hoffen, daß es den fortschrittlichen Kräften im DGB gelingt, solch einen Kurs zu unterbinden, indem sie die Reaktion als Gegner benennen.

– (mah)

„38. Sudetendeutscher Tag“**„Umweltpolitik“
als „neue Dimension“**

Nürnberg. Mehr als 120000 Menschen sollen sich nach Angaben der sog. „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ (SL) Pfingsten am „38. Sudetendeutschen Tag“ in Nürnberg beteiligt haben. Dieser Revanchistenverband zeichnet sich gegenüber seinesgleichen dadurch aus, daß er „Heimatsprüche“ auf Gebiete der CSSR erhebt, die niemals Bestandteil des „Reiches in den Grenzen von '37“ waren. Unter der „Schirmherrschaft“ des Freistaates Bayern betreibt er eine „deutsche Volksgruppenpolitik“, die – selbst was die Wortwahl betrifft – unverhüllt anknüpft an die faschistische Expansion in Südosteuropa.

Das diesjährige Motto des „Sudetendeutschen Tages“ – „Selbstbestimmung und Partnerschaft“ – ist keinesfalls vergleichsweise harmlos. Sämtliche Redner wollten es als Leitlinie für „eine künftige europäische Ordnung“ verstanden wissen, eine „Ordnung“, die die Zerschlagung der CSSR voraussetzen würde.

Die Bundesregierung war offiziell vertreten durch die Minister Wilms und Klein. Für die Bayerische Staatsregierung war der Innenminister Hillermeier zugegen. Den Jahr für Jahr

„in Erinnerung an Karl IV., den Römischen Kaiser, Deutschen König und König von Böhmen, den Ordner Mitteleuropas“ gestifteten „Europäischen Karlspreis“ erhielt der französische Professor für Völkerrecht, Guy Herand, „in Würdigung seiner Verdienste um die Ordnungsprinzipien eines künftigen freien Europas“.

Mit dem „38. Sudetendeutschen Tag“ waren einige beachtenswerte Tendenzen verbunden: Die Veranstalter kehrten besonders den „starken internationalen Akzent“ des Aufmarsches heraus, der sich z.B. in der Herkunft geladener Gäste ausdrückte. Unter ihnen waren verschiedene Abgeordnete des Europaparlaments, der ehemalige spanische Ministerpräsident Calvo-Sotelo, der Ministerpräsident der Exilregierung von Kampuchea Son San sowie Vertreter des „Afghanischen Exils“ und der sog. Turnhallen Allianz aus Namibia. Als „neue Dimension der Vertriebenenpolitik“ wurden „die Umweltprobleme der Heimat“ behandelt, in der „durch den Braunkohleabbau ein rücksichtsloser Raubbau betrieben werde“. Den „Fachvortrag“ hielt der umweltpolitische Sprecher der FDP, Grünbeck. Während er der Regierung der CSSR zumutete, sie solle gefälligst „bundesdeutsche Umwelttechnologie einkaufen“, wertete der Sprecher der SL, Neubauer, diese „Hilfe“ perspektivisch bereits als „Wiederaufbauleistung eines darniederliegenden Landes“. Der Hauptredner der Kundgebung, Bundesminister Klein (CSU), benutzte die internationale Aufmerksamkeit für den Revanchisten-aufmarsch zu der provokatorischen Andeutung, daß für ihn das Münchner Abkommen eine „Lösung der Sudetenfrage“ darstelle. Die Prager Regierung hat gegen diese „Neudeutung des Münchner Diktats“ protestiert. – (ola)



Bekanntnis zum Revanchismus: Bundesministerin Wilms und der bayerische Innenminister Hillermeier

Landtagswahlen Schleswig-Holstein

Reaktionäre und faschistische Organisationen bereiten Kandidaturen vor

Kiel. Am 13. September sind in Schleswig-Holstein Landtagswahlen. Die SPD stellte nur im ersten, 1947 gewählten, Landtag die Mehrheit, seit 1950 ist die Landesregierung mit wechselnden Koalitionen fest in CDU-Hand (siehe Kasten). 1967 gelang der NPD der Sprung in den Landtag, 1971 erhielt sie 1,3%, 1975 noch 0,5%. Andere faschistische Parteien kandidierten nicht mehr. Daran zeigt sich im Grunde nur die Fähigkeit der CDU, die sie bereits in den 50er Jahren unter Beweis gestellt hatte, faschistische Kräfte aufzusaugen. Ein Boden für faschistische Ideologie war und ist in viel größerem Umfang vorhanden, als es Wahlergebnisse vermuten lassen. Dafür gibt es auch einige historische Anhaltspunkte: Vor 1933 gelang es der NSDAP sehr schnell, ihre Anhängerschaft zusammenzufassen, was sich in hohen Wahlergebnissen für sie ausdrückte. Nach 1945 war Schleswig-Holstein das Land, in dem Nazi-Karrieren nahezu bruchlos fortgesetzt werden konnten. 1950 waren fast 50% aller Einwohner Flüchtlinge und „Vertriebene“, und zwar überwiegend selbständig Produzierende (Fischer, Bauern, Großgrundbesitzer) sowie Alt-Nazis, die hier die gleichen Lebensbedingungen vorfinden wie in den Gebieten, aus denen sie kamen. Es gab für sie also keinen Grund, mit revanchistischen Auffassungen zu brechen. Im Gegenteil, ihre Verbände wurden und werden von der Landesregierung tat- und finanzkräftig unterstützt.

Seit 1982 trauen sich Alt- und Neo-Nazis zunehmend mehr aus ihren Löchern. Zu den Kommunalwahlen '82 kandidierte die „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung“ (KLA), die sich programmatisch auf das Heidelberger Manifest von 1981 stützte. „DIE KIELER LISTE FÜR AUSLÄNDERBEGRENZUNG tritt daher für den Abbau des hohen Ausländeranteils in unserer Stadt ein. Sie wendet sich gegen jeden weiteren Zugang und die Aufnahme von Ausländern. Sie lehnt eine Völkervermischung durch ‚Integration‘ ab.“ Trotz zum Teil heftigen Widerstands antifaschistischer Kräfte gelang es nicht, ihre Kandidatur zu verhindern. In allen Wahlbezirken erreichte die KLA deutlich über 2%, in ihrem besten (Gaarden-Ost, hoher Ausländeranteil) über 6%. Zu den Bundestagswahlen '83 kandidierte neben der NPD (0,2% der Zweitstimmen) die EAP, die aber unter 0,1% blieb. Bei den Bundestagswahlen '86 erhielt die NPD landesweit 0,5% (Zweitstimmen), das höchste Ergebnis mit 0,7% erhielt sie im Kreis Stein-

burg. Die „Patrioten“, die in allen Wahlbezirken kandidierten, erhielten 0,1%. Zu den Landtagswahlen '83 und den Kommunalwahlen '86 kandidierte die NPD nicht. Dafür gelang es bei den Kommunalwahlen der „Ökologisch-Demokratischen Partei“ (ÖDP), im Wahlkreis Ostholstein 1,3% zu erzielen. Darüber hinaus ist festzustellen, daß bei den letzten Wahlen verstärkt regionale Wählergemeinschaften auftraten, die nach unserer Einschätzung überwiegend rechts einzuordnen sind, aber kein umfassendes Programm ver-

meist Jugendlichen werden immer wieder von antifaschistischen Kräften behindert, so daß die Polizei inzwischen dazu übergegangen ist, Absprachen mit den Faschisten zu treffen (s. „FAP-Treffen in Kellinghusen“).

Eine der aussichtsreicheren Parteien beim Wahl-Rennen ist die „Unabhängige Wählergemeinschaft Schleswig-Holstein“ (UWSH). Sie wendet sich gegen die „Ruinierung der bäuerlichen Landwirtschaft und fördert eine standortgerechte Mittelstandspolitik“. Vorsitzender ist Prof. Reinhardt Guldager, der



Demonstration gegen Skinheads und Faschisten in Flensburg im April 1986

treten.

Gegenwärtig sprießt ein Sammelsurium rechter Gruppierungen aus dem Boden, die mehr oder weniger stark mit der CDU verflochten sind, mehr oder weniger offen faschistisch auftreten und mehr oder weniger offen mit einer Kandidatur liebäugeln. Auch wenn sich programmatisch faschistische Propaganda zum Teil nur schwer nachweisen läßt, sind diese Parteien ein Sammelbecken „heimattreuer“, revanchistischer und militaristischer Kräfte, denen die CDU nicht radikal genug ist. Der Eindruck wird richtig sein, daß sie versuchen auszuloten, wie weit man sich vorwagen kann. Scheinbar stehen sie in Konkurrenz zueinander. Wenn man ihre Wahlprognosen zusammenzählt, kommt man problemlos auf 30 bis 40%. Durch unterschiedliche Schwerpunktsetzung können sie aber ein breites rechtes Spektrum abdecken. Flankiert werden sie von Stiefel-Nazis und Skinheads, die Verbindungen haben zur FAP, zur „national front“ und zur verbotenen ANS/NA. Versammlungen und Treffen dieser

früher in der Staatskanzlei der Landesregierung war, an der Uni Braunschweig das Institut für Raumplanung und Siedlungswesen leitet und Regierungen in der dritten Welt in der Landschafts- und Raumplanung berät. Programmatische Schwerpunkte sind Landesentwicklung, Landwirtschaft und Umwelt. Absicht der UWSH ist, die freien Wählergemeinschaften zusammenzuschließen, was ihnen zum Teil auch bereits gelungen ist. 34 der erforderlichen 44 Kandidaten sind benannt, vor allem ehemalige CDU-Kommunalpolitiker. Die UWSH ist in Dithmarschen im Kreistag vertreten (11,2%).

Bundesweit bekannt und im Moment am schillerndsten sind die „Republikaner“. Sie leisten sich den Luxus zweier Landesvorsitzender, die sich vor Gerichten um die Rechtmäßigkeit des jeweils anderen streiten. Beide, Hagen Palleske und Prof. Emil Schlee, haben sich von ihrer Anhängerschaft in den Landesvorsitz hieven lassen. Schlee war zuerst CDU-Mitglied, dann Mitglied der UWSH, zudem lange Jahre „Vertriebenen“-Verbands-Vorsitzender.

Seine Basis sind die ehemaligen Mitglieder der KLA, die Ende 1986 aufgelöst wurde. Der ehemalige Vorsitzende der KLA, Möller, ist Verfasser der „Kieler Thesen“ der REP, die umfassender als Programme anderer Gruppen sind und noch weit offener faschistische Auffassungen propagieren als das Bundesprogramm. Großen Umfang nehmen Forderungen gegen Ausländer ein. Leitgedanke ist: „Keine Integration von Ausländern, damit Wegfall von Milliarden und Abermilliarden jährlich für die Integrations- und Verminderung der Asylfolge-Kosten! Ausbildungs- und Arbeitsplätze vorrangig für Deutsche! ...“ Über eine Kandidatur ist noch nicht entschieden.

Die ÖDP (Bundesvorsitzender: Dr. Herbert Gruhl) will ebenfalls kandidieren. Sie sieht sich als „wahrhaft heimatbewahrende Kraft“ im Land. Das Wahlergebnis 1983 in Ostholstein läßt vermuten, daß sie durchaus einiges Wählerpotential auf sich vereinigen kann. Ihr Wahlkampfslogan ist „Das Leben wählen unseren Kindern zuliebe“.

Die „Freiheitliche Volkspartei“ (FVP, CSU-Ableger aus Bayern) wird sich Anfang Juli gründen. Sie rechnet mit einem Wählerpotential von 5 bis 10%.

Aufruf des Antifa-Plenums

Mitglieder verschiedener Organisationen und Initiativen haben sich am 25./26.4.87 getroffen und einen Aufruf verabschiedet, in dem es u.a. heißt: „... Wir haben uns in der Beratung darauf geeinigt, die faschistische und reaktionäre Ideologie und Politik in folgenden Punkten anzugreifen:

Kern faschistischer Ideologie ist die Volksgemeinschaft. Um die Idee der Volksgemeinschaft wiederzubeleben, haben die Faschisten Forderungen nach Mittelstandsförderung, Elitelförderung, Propaganda der Familie als Keimzelle des Volkes und nach bodenständiger Ökologienpolitik („Biotop Deutschland“, die Republikaner) in ihre Propaganda aufgenommen.

Ihr Ziel ist, kollektive Rechte der Lohnabhängigen zu bestreiten, ihre Gewerkschaften zu beseitigen und Arbeitsbedingungen zu schaffen, unter

denen das Leben der Arbeiter/innen nicht zählt. Die Volksgemeinschaftsideologie soll davon ablenken, daß die Unternehmer mit ihren Profitinteressen schuld sind an Arbeitslosigkeit, unzureichender Wohnungsverversorgung, profitorientierter Ausbildung usw. ...

Wir schlagen allen Gegner/innen von Faschismus und ausländerfeindlicher Politik vor, in einer Kampagne gegen die Wahlzulassung und Kandidatur von Parteien zusammenzuarbeiten, die nach den im Art. 139 GG genannten alliierten Kontrollratsgesetzen als faschistische Organisationen verboten und aufzulösen sind.

Die Republikaner sind ein zentrales Sammelbecken des faschistischen und ultrarechten Spektrums. Der Kieler Kreisverband ist nahezu identisch mit der ehemaligen „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung“. Das Kieler Republikaner-Papier „Fragen und Antworten. Was wollen die Republikaner?“ ist faschistisch. Wir halten es daher für wichtig, daß gerade für diese Partei die Anwendbarkeit des Art. 139 GG überprüft wird ...“ – (hoo, pem)

Vorgeschichte der NPD in Schleswig-Holstein

Als 1966 bei den Kommunalwahlen in S-H die NPD in einigen Orten bis zu 16% der Stimmen bekam, als sie 1967 mit vier Abgeordneten in den neugewählten Kieler Landtag einzog, war dies kein Zufallsprodukt. Vorausgegangen waren 20 Jahre dauernder Gründungen, Auflösungen, Rivalität zwischen Gruppen und Parteien auf dem rechten Flügel:

Schon 1946 erfolgt die Gründung einer „Deutschen Rechtspartei“ (DRP), für die bei der Kreistagswahl in Lübeck 8% stimmen. Bei der Bundestagswahl 1949 erringt die inzwischen gegründete Deutsche Partei (DP) mit 170000 Stimmen in S-H (= 12,1%) einen aufsehenerregenden Erfolg. Der DP-Abgeordnete Ewers (Lübeck) setzt sich in den Parlamentsdebatten in Bonn gegen die Bezeichnung „Kriegsverbrecher“ ein, Hedler (Neumünster) hetzt gegen Juden und Widerstandskämpfer, derentwegen Deutschland den Krieg verloren hätte. Um die Jahreswende 49/50 erfolgt die Gründung der offenen faschistischen SRP (Sozialistische Reichspartei), die bei den Landtagswahlen 1950 auf 1,6% der Stimmen kommt. Dies, obwohl zugleich der sog. „Deutsche Wahlblock“ (CDU/FDP/DP) mit revanchistischem Programm antritt und daneben noch der „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE) 23,4% der Stimmen gewinnt. Als 1952 die SRP verboten wird, gehen ihre Kader teils in den BHE, DP und die DRP, teils (in Kiel) wird die Organisation auch ille-

gal weitergeführt.

Die ganzen 50er Jahre hindurch geriert die CDU in Kiel mit rechten Parteien, deren Grenzen zu den Neo-Nazis fließend sind: Der BHE ist durchsetzt mit Altnazis wie SS-General Reinefahrt, verantwortlich für die Niederschlagung des Warschauer Aufstands; Kontakte führender BHEler in S-H im Jahre 1952 zu faschistischen Verschwörergruppen um Naumann und Kaufmann sind belegt. Die DP, ein Sammelbecken für Nazis, setzt sich für die Rehabilitierung des deutschen Soldatentums ein. Die FDP steht nicht sonderlich nach: Sie wirbt auf Veranstaltungen mit schwarz-rot-gold, großem Zapfenstreich und Nazi-Generälen wie v. Manteuffel. Im wesentlichen saugt die CDU die Kader und Mitglieder von BHE und DP auf. Ende der 50er Jahre



NPD-Bundesvorstand an Kriegsverbrechergräbern

radikalisiert sich der rechte Flügel des BHE, tauft sich in „Gesamtdeutsche Partei“ (GdP/BHE) um, Reste der DP verschmelzen mit der völkischen „Schleswig-Holsteinischen Gemeinschaft“ (SHG) zum „Schleswig-Holsteinischen Block“. Neben alledem existiert die DRP weiter und zieht bei Wahlen bis Anfang der 60er Jahre stets ca. 1% der Wähler auf sich.

Mitte der 60er Jahre, als die BRD in die erste große Nachkriegskrise hineingerät, wird das Bedürfnis dieser Splittergruppen nach Vereinheitlichung groß. Die DRP startet die NPD-Gründung und ruft die GdP- und DP-Reste zum Beitritt auf. Die neugegründete NPD konzentriert sich auf Bauern und alten Mittelstand. Bei den Landtagswahlen '67 wählen immerhin von den 45- bis 60jährigen Männern über 10% NPD, in alten NS-Hochburgen wie Dithmarschen ca. 15%. Im Landtag macht sich die NPD hauptsächlich für die Bauern stark (2/3 aller Anträge), tritt ein für das dreigliedrige Schulsystem, unterstützt die CDU nachhaltig im Ausschuß „Unruhige Jugend“, einer Reaktion auf die 60er Bewegung, tritt für Kürzungen bei Schüler- und Studentenvertretungen ein und spielt sich demagogisch als „Stimme des Volkes“ für Diätenkürzungen, gegen Wahlkampfkostenerstattung und Rentenversorgung der Abgeordneten auf. Das hindert sie keineswegs, Diäten und alles andere in voller Höhe einzustreichen. Die Zusammenarbeit mit der Landesregierung ist, wie Fraktionsprecher Lober betont, während der vier Jahre stets „sachlich konstruktiv“.

CFW-ler wehren sich gegen Flexibilisierung

Weinheim. Für einen kleinen Versand-Bereich von C. Freudenberg wurde ein Antrag auf Einführung flexibler Arbeitszeiten (9.15 – 18.00 Uhr) gestellt. Damit soll der Versand zeitversetzt zur Produktion am gleichen Tag abgewickelt werden. Die Betroffenen haben dem Betriebsrat deutlich gemacht, daß sie keine flexiblen oder versetzten Arbeitszeiten wollen. Schon bei der Vorbereitung der BR-Wahlen hatten sich mehrere Kandidaten deutlich gegen jegliche Flexibilisierung gestellt. Ein BR-Beschluß wird alsbald erfolgen. – (bef)

Daimler-Benz: Flexi II umkämpft

Stuttgart. Die Firmenleitung verlangt vom Betriebsrat die Zustimmung zu regelmäßigen 9- und 10-Stunden-Schichten für 4576 Arbeiter. Auf diese Weise soll die Betriebsnutzungszeit ausgedehnt und sollen bisherige Überstunden in Normalarbeitszeit verwandelt werden. Ein Ausgleich für diese 45- bzw. 50-Stunden-Wochen soll in Form freier Tage erfolgen. Der Verband der Metallindustrie Baden-Württemberg unterstützt den Vorstoß mit der Interpreta-

tion, daß der Manteltarif mehr als 40 reguläre Wochenstunden zulasse. Die IG Metall, Verwaltungsstelle Stuttgart, sieht in dem Flexi-II-Konzept ein Pilotprojekt für die Metallindustrie. Sie lehnt eine Verlängerung der Normalarbeitszeit über acht Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich sowie regelmäßige Samstagsarbeit und die Ausweitung des Drei-Schicht-Betriebs ab. Der Betriebsrat lehnt ebenfalls ab, die IGM-Betriebsräte sind aber bereit, „unumgänglicher Mehrarbeit“ zuzustimmen. Die Firmenleitung winkt ab. Die IGM hält Aktionen bis hin zu Streiks für möglich. – (rok)

tion, daß der Manteltarif mehr als 40 reguläre Wochenstunden zulasse. Die IG Metall, Verwaltungsstelle Stuttgart, sieht in dem Flexi-II-Konzept ein Pilotprojekt für die Metallindustrie. Sie lehnt eine Verlängerung der Normalarbeitszeit über acht Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich sowie regelmäßige Samstagsarbeit und die Ausweitung des Drei-Schicht-Betriebs ab. Der Betriebsrat lehnt ebenfalls ab, die IGM-Betriebsräte sind aber bereit, „unumgänglicher Mehrarbeit“ zuzustimmen. Die Firmenleitung winkt ab. Die IGM hält Aktionen bis hin zu Streiks für möglich. – (rok)



Schichtarbeit: Mehr Kreislauferkrankungen

Lüneburg. Eine schwedische Langzeitstudie über Papiermühlenarbeiter erbrachte jetzt den Nachweis, daß lang andauernde Schichtarbeit ein erhöhtes Risiko für Erkrankungen der Herzkranzgefäße bedeutet. Das Risiko der Wechselschichtarbeiter lag 2,2 mal höher gegenüber den Tagschicht-Arbeitern. Die Scheidungsrate lag doppelt so hoch, was die Wissenschaftler auf erschwerte private Lebensumstände schließen läßt. Ähnlich wird auch der leicht erhöhte Anteil an Rauchern bei den Schichtarbeitern gedeutet. (nach: WSI-Informationsdienst Arbeit 2/87) – (gka)

Bosch-Arbeiter gegen Langschicht

Stuttgart. Daimler-Benz drängt bei Bosch auf Lieferung von Diesel-Einspritzpumpen. Der Bosch-Betriebsrat genehmigte deshalb für Juni verlängerte Schichten von 6 bis 17 Uhr und von 18 bis 5 Uhr für 100 Arbeiter. Dagegen protestierte die Mehrheit einer Schicht schriftlich beim Betriebsrat: „Wir, Arbeiter aus den Werkstätten der Montage und Prüfung der Einspritzpumpen für Daimler-Benz, sind mit der verlängerten Schichtregelung von 6 bis 17 Uhr und von 18 bis 5 Uhr nicht einverstanden. Unsere Nachtruhe ist ganz weg in der zweiten Schicht. Dieses verlängerte Schichtsystem schadet unserer Gesundheit besonders viel. Wir verstehen nicht, daß der Betriebsrat für ein solches Schichtsystem eingetreten

ist. Außerdem machen wir darauf aufmerksam, daß bei uns, die jetzt verlängerte Schicht arbeiten, häufig Wartezeiten geschrieben werden müssen, weil das Material fehlt.“ – (ros)

Warnstreik im Verlagsbereich

Stuttgart. Die Gewerkschaft HBV und Beschäftigte in Verlagen in Baden-Württemberg wehren sich gegen Versuche der Verleger, die Tarifverhandlungen auszuhöhlen. Seit 1.4.87 ist der Gehaltstarif gekündigt. Anfang Juni zog der Verband der Verleger sein eigenes Angebot von 3,7% für die letzten Tätigkeitsjahre zurück. Neuer Verhandlungstermin: Ende Juni. Inzwischen zahlen einige Verlage bereits Gehälter mit 3,5%iger Erhöhung aus. Eine erste Protestaktion von HBV und DAG gemeinsam war am 12.6.87 ein Warnstreik im Thieme-Verlag. Weitere Aktionen sind landesweit geplant. – (ccs)

Für eine DM bekam fuba neues Bauland

Bad Salzdetfurth. Das Gelände, auf dem die neue Fertigungshalle im letzten Jahr für ca. 30 Millionen DM errichtet wurde, haben die Kapitalisten von der Stadt zum symbolischen „Preis“ von einer DM erhalten. Ein ca. vier-Mio.-DM-Geschenk zur Sicherung von Arbeitsplätzen! Welche? In der Halle arbeiten über 200 Frauen in Schicht. Samstagsarbeit wird unter der Hand „normalisiert“. Teilzeitarbeit, kombiniert mit Überstunden, nimmt zu. – (mal)



Im September 1988 wollen die General-Motors-Kapitalisten in ihren Automobilwerken in Antwerpen (Belgien, Bild) bahnbrechend für alle Werke in der EG eine Ausdehnung der Betriebs- und Arbeitszeit durchsetzen. Eines der Antwerpener Werke soll dann geschlossen werden, in dem anderen will GM regelmäßige Schichten von 9 Stunden und 15 Minuten einführen sowie regelmäßige Nacht- und Samstagsarbeit. Die Gewerkschaften haben angekündigt, die Einführung von Samstagsarbeit mit allen Mitteln zu verhindern. „Wenn die Samstagsarbeit kommt, stehen wir im Streik“, berichtet die belgische revolutionäre „Partei der Arbeit“ über die Reaktionen der Belegschaft. – (rül)

Bayerische Schülerbewegung

„Bildung statt Militär“ Wenig grundsätzliche Kritik

München. Seit Bekanntwerden der Verordnung des bayerischen Kultusministeriums im letzten Jahr, durch die die Abiturvorbereitungszeit in Bayern verkürzt wird durch Vorverlegung des Einzugs zur Bundeswehr für einen Teil der Abiturienten, wurde landesweit von den Bezirksschülersprechern eine Unterschriftensammlung dagegen initiiert. Jetzt wurden in München 53000 Unterschriften an die Regierung übergeben. Der Text lautet: „Gegen eine Wehrdienstverlängerung zu Lasten der bayerischen Schülerinnen und Schüler! Resolution: Mit meiner Unterschrift fordere ich das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus auf, die in ihrem Schreiben II/19-9/36498 vorgelegte Planung zurückzuziehen und die bisherige Regelung beizubehalten. Bildungspolitische Inhalte dürfen nicht zugunsten militärischer Erwägungen geopfert werden.“ Seit April fanden in über 20 Städten Demonstrationen und Schülerstreiks statt. Nürnberg: 5000 Schüler streikten an 15 Schulen im April und demonstrierten für ihre Forderungen; München: 9000 Schüler streikten am 1.6., und ca. 4000 kamen zu einer Protestkundgebung.

Durch Beschluß des Bundestages wird der Wehrdienst von 15 auf 18 Monate verlängert. Da das Schuljahr in Bayern später beginnt und endet als in den meisten Bundesländern, wird dadurch die Schulzeit in der letzten (13.) Klasse im Gymnasium verkürzt. Deshalb sollen die bayerischen Abiturienten erstmals im Schuljahr 1988/89 schon am 31. Mai statt bisher am 30. Juni aus den Gymnasien entlassen werden. Damit wird sichergestellt, daß diejenigen Abiturienten, die eingezogen werden, im folgenden Jahr Ende Oktober entlassen werden und dann nahtlos ihr Studium aufnehmen können. So argumentiert der Kultusminister Hans Zehetmaier, erwähnt aber nicht, daß dies nur geht, wenn die Gezogenen auf ihren Urlaub (vier Wochen) während der Wehrdienstzeit verzichten. Im übrigen diffamiert er bislang die Schülerproteste: „Das ist aktionistische Stimmungsmache.“

Die Schüler bringen gegen die Regelung im wesentlichen zwei Argumente vor:

1. Durch die jetzt schon zu kurze Vorbereitungszeit und das schwere bayerische Abitur würde der Schulstreß zunehmen, kritische Auseinandersetzungen mit dem Lehrinhalt seien dann unmöglich.

2. Der vorverlegte Einzug in die Bundeswehr betrifft nur eine Minderheit der jeweils abgehenden Abiturienten, es sei deshalb ungerecht, das Abitur für alle vorzuverlegen.

Zu Punkt 1 zitiert aus einem Informationsblatt der Bezirksschülersprecher in München:

„Kürzere Schulzeit! Schneller raus aus dem verhaßten Streß! Welcher Schüler sagt da schon nein! Wer genauer hinsieht, merkt jedoch bald, daß die geplante Neuregelung des Kultusministeriums wenig Angenehmes mit sich bringt. Anstatt einer Erleichterung bedeutet sie nämlich in der Praxis noch mehr Arbeit und Leistungsdruck in noch weniger Zeit: Das Halbjahr 13/1 endet am ersten Freitag im Februar. Bis zu diesem Termin sind alle Klausuren bereits geschrieben, und jeder Schüler hat zwei mündliche Noten. Am nächsten Montag beginnt schon das Colloquium (mündl. Prüfungen, der Verf.), einen Schultag nach Abgabe der Facharbeit. Die Schüler haben genau ein Wochenende Zeit, um sich darauf vorzubereiten; denn in der Zeitnot können die Lehrer unmöglich auf Abfragen, Hausaufgaben, Referate und Klausuren verzichten! Sie haben ja, um die Noten des zweiten Halbjahres einzutreiben, gerade noch acht Wochen Zeit! (Diese Noten gehen in die Abiturnoten ein, der Verf.) Der Schulalltag, der manchem schon genug zu schaffen macht, läuft also parallel zur mündlichen Abiturprüfung unverändert weiter ... Also wird in der Praxis

(im Unterricht) da gekürzt, wo viele Fragen kommen, wo diskutiert werden müßte, wo es interessant wird.“

Zum zweiten Argument, daß die Maßnahme alle, die Wehrdienstverlängerung aber nur eine Minderheit betrifft: „Die Schulzeitverkürzung wird für nicht einmal jeden zehnten bayerischen Abiturienten durchgesetzt. An Untaugliche, Zivildienstleistende, Fachoberschüler, zukünftige Lehrlinge, später Einzuziehende und Frauen wird in der Planung nicht einmal gedacht.“

Auffallend ist, daß in keiner Veröffentlichung der Schüler die Maßnahme der Wehrdienstverlängerung angegriffen oder gar die Ziele der Bundeswehr in Frage gestellt werden. Ähnlich ist es auch mit der Selektion und Elitebildung, die im Gymnasium bereits betrieben wird. Nur vereinzelt wurde bislang die Auseinandersetzung an den Schulen in Zusammenhang gebracht mit den Änderungen des bayerischen Hochschulgesetzes, das u.a. Elitestudiengänge vorsieht, und gefordert. „Keine Elitebildung für sozial Privilegierte!“

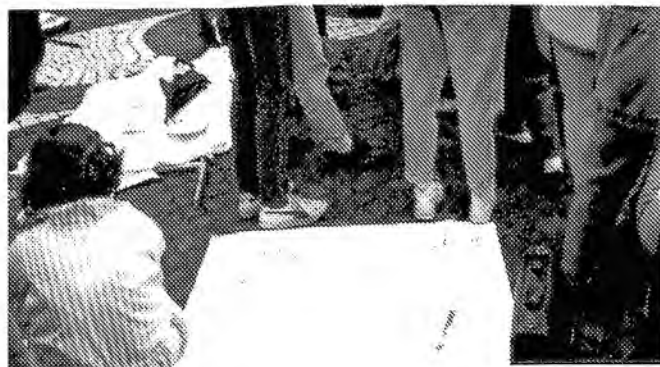
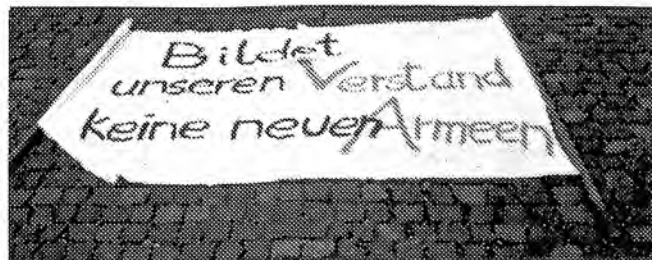
Eine erste Stellungnahme der bayerischen Bezirksschülersprecher im letzten Jahr ist auch ganz darauf ausgerichtet, die CSU-Landesregierung möge doch ein Einsehen haben und einen akzeptablen Kompromiß anbieten. Den will auch der Philologenverband vorantreiben, der jetzt eine „bayerische Sonderregelung“ fordert: 15 oder 16 Monate Wehrdienst und zwei- bis dreimonatige „Etappen“ in den Semesterferien. Eine Frechheit gegenüber den Studenten, die keine reichen Eltern haben. Denn die müssen in den Semesterferien arbeiten.

Die GEW unterstützt den Protest der Schüler, und die bildungspolitische Sprecherin der SPD im Landtag hat volle Unterstützung zugesagt. In einer Stellungnahme wandte sich die Fraktion der GRÜNEN im Landtag dagegen, daß „wehrpolitische Erwägungen“ Vorrang vor der Bildung hätten.

Sieht man die Auseinandersetzungen an den Schulen im Zusammenhang mit den weitgehenden Änderungen des bayerischen Hochschulgesetzes, so kann die Bewegung von Schülern und Studenten die CSU-Regierung schon in Schwierigkeiten bringen, wenn die Selektion und Elitebildung angegriffen wird.

Dies ist seit Jahren die erste größere Bewegung gegen die Bildungspolitik der CSU. Bei der Kürzung und ideologischen Ausrichtung der Hauptschullehrpläne regte sich leider kaum öffentlicher Protest, außer durch die GEW.

Quellenhinweis: Ausgaben der Südd. Ztg., Nürnbg. Zeitung, Flugblätter der Bezirksschülersprecher in Regensburg/München. – (lsc)



Forderungen bei der Schülerdemonstration am 1.6.87 in Augsburg

Arbeitswissenschaft

Studien zur Belastung bei Nacht- und Schichtarbeit

Die Zahl der in verschiedenen Formen von Schicht- und Nachtarbeit tätigen Arbeiter ist im Steigen begriffen. Die Zahl der Schichtarbeiter stieg von 2,6 Mio. im Jahre 1960 auf 3,7 Mio. im Jahr 1975. Seitdem hat sich ihre Zahl weiter erhöht. Schätzungen zufolge muß annähernd die Hälfte der in Schichtarbeit stehenden Arbeiter nachts arbeiten. Mit Rationalisierung und zunehmender Automation von Fertigungsanlagen nimmt auch die Schicht- und Nachtarbeit weiter zu. Nicht nur Arbeiter unterliegen diesem Zeitregiment, sondern zunehmend auch Angestellte aus dem Dienstleistungsbereich. Trotzdem findet sich kaum eine romanmäßige Bearbeitung von Schichtarbeitern. Das Problem der Nacht- und Schichtarbeit betrifft zwar die ganze Gesellschaft, die Lösung der Widersprüche wird aber den Betroffenen aufgebürdet.

Die arbeitswissenschaftlichen Abhandlungen über Schicht- und Nachtarbeit sind dagegen zahlreich. Keinesfalls kann man aber die heutige Schichtarbeitsforschung als erledigt betrachten. Zwei Fakten mögen das verdeutlichen: Die neuesten zuverlässigen Daten über den Umfang der Schichtarbeit stammen aus einer von der EG angeregten Mikrozensus-Untersuchung im Jahr 1975, sind also zwölf Jahre alt. Zweitens beziehen sich die meisten Forschungen auf Vollkonti- und insbesondere Nachtarbeit. Wie sieht es aber mit Schädigungen durch Schichtarbeit ohne Nachtarbeit aus? Gewerkschaftsnahe Autoren sehen da einen Zusammenhang, belegt ist er aber nicht.

Das Bundeskabinett hat einen Entwurf zu einer neuen Arbeitszeitordnung verabschiedet. Das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen in der Industrie wird von regierungsamtlicher Seite ebenso in Frage gestellt wie die bisherige Sonntagsarbeitsruhe. Von Schichtarbeitern gibt es aber einen starken Widerstand gegen Arbeit an Samstagen und Sonntagen. Verschiedene Untersuchungen belegen: Das Wochenende ist der Zeitraum, in dem soziales Zusammenleben mit Freunden, Familie und Bekannten noch stattfinden kann. Der Sonntag bietet die Hauptgelegenheit für soziale Kontakte. Der Sonntag als Arbeitstag würde die Isolierung und Schädigung von Schichtarbeitern verschlimmern. Auch die Aufrechterhaltung des Nachtarbeitsverbots für Arbeiterinnen ist dringend, nicht aus biologischen und psychologischen Gründen, sondern schon allein wegen der gegebenen Doppelbelastung der Frauen durch Arbeit und Haushalt. Auch dafür gibt es Anhaltspunkte in der vorliegenden Literatur. – (ros)

Bilanz der Schichtarbeitsforschung

Das Bundessozialministerium startete 1977 ein Forschungsprogramm zur Schichtarbeit, als dessen Auftakt Münstermann/Preiser den damaligen Forschungsstand bilanzierten (siehe Rezension auf dieser Seite). Die 1986 erschienene „Bilanz der Schichtarbeitsforschung“ schließt das Projekt ab. Sie gibt als Ergänzungsband zu Münstermann/Preiser nicht das Standardwissen der Schichtforschung wieder, sondern erschließt die seit 1978 veröffentlichte Literatur und kommentiert sie. Die neu-

eren Forschungen widmeten sich unter anderem einzelnen Berufsgruppen und untersuchten mehrfachbelastete Arbeitsplätze. Neue Argumente gegen Schichtarbeit werden kaum geliefert. Aber die Forschungsergebnisse bestätigen, daß Nachtarbeit gesundheitsschädlich ist und daß sich gerade bei Schichtarbeit zusätzliche Arbeitsschwernisse, insbesondere psychische Belastungen, häufen. Der hohe Bedarf an Reproduktionszeit verstärkt die soziale Isolation der Schichtarbeiter, Verkürzung ihrer regelmäßigen Arbeitszeit ist zwingend notwendig. Nach wie vor ist die Datenlage über die Verbreitung

der Schichtarbeit miserabel, der Autor fordert eine regelmäßige statistische Erhebung. Sein Fazit: Obwohl das öffentliche Interesse am Thema Schichtarbeit stark zurückgegangen ist, haben weitere Bemühungen um eine menschengerechte Gestaltung der Schichtarbeit nicht an Aktualität verloren. (W. Streich, Bilanz der Schichtarbeitsforschung, herausgegeben von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz, Dortmund 1986, 230 S., 29,50 DM – wor)



Organisation der Arbeit – Schichtarbeit

Die fünfbändige Reihe „Humane Arbeit – Leitfaden für Arbeitnehmer“ befaßt sich mit unterschiedlichen Themenkomplexen. Die bis dahin vorliegenden Erkenntnisse und praktischen Erfahrungen sowie die dazu gehörende Rechtsprechung, wird zusammenfassend behandelt und ergibt wahrlich ein Leitfaden für die betriebliche Interessensvertretung. Der hier empfohlene Band 4 „Organisation der Arbeit“ beinhaltet die Themen: Arbeitsteilung, Qualifikation, Schichtarbeit. Das Inhaltsverzeichnis umfaßt vier, das Literaturverzeichnis 18 Seiten. Das Thema Schichtarbeit wird ausführlich auf 110 Seiten dargestellt. Zu Beginn wird versucht, die Begrifflichkeit zu klären – Schichtformen und die Merkmale von Schichtsystemen. Dabei wird deutlich, wie kompliziert die Bestimmung von Schichtarbeit ist, bezogen auf die gegenwärtigen Arbeitszeitsysteme und die nach wie vor unzureichenden gesetzlichen

Grundlagen (lediglich die AZO von 1938). Mit der Behandlung von arbeitsphysiologischen Grundlagen wird zu gesundheitlichen und sozialen Folgen von Schichtarbeit übergeleitet. Es folgen statistische Daten und abschließend zwei Teile zu möglichen Gestaltungsmaßnahmen sowie den „Handlungsmöglichkeiten der Interessensvertretung bei der menschengerechteren Gestaltung der Schichtarbeit“, wobei klar bleibt, daß die Einführung von Schichtarbeit möglichst zu verhindern ist. (Humane Arbeit Band 4, Zimmermann (Hg.), 1982, rororo aktuell 4944, 9,80 DM – kak)

Forschungsbericht Schichtarbeit

Der Forschungsbericht Schichtarbeit in der BRD wurde vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung in Auftrag gegeben und erschien bereits 1978. Bisher erschien kein vergleichbarer neuer Bericht, in dem die Untersuchungen fortgeführt und die damals getroffenen Prognosen beurteilt würden. Dennoch bleibt der Bericht wichtig zum Vergleich mit heute verfügbaren Teiluntersuchungen. Die Verfasser bezogen die soziale Lage der Schichtarbeiter, deren eigene Ansprüche an bessere Arbeitsverhältnisse in die Untersuchung ein. Sie kritisierten ältere Arbeiten, die die Unzufriedenheit der Schichtarbeiter ausschließlich auf Schlafmangel und Störungen des Tagschlafs, sei es durch gesundheitliche Beschwerden oder äußere Einflüsse, zurückführten, und wiesen auf die Bedeutung des Achtstundentages an fünf Wochentagen für den befriedigenden Ablauf des alltäglichen Lebens hin. Sie kritisierten die Einschränkungen des sozialen und politischen Lebens der Schichtarbeiter. Ihre Schlußfolgerungen liefen allerdings auf den Abbau von besonderen Belastungen bei Schichtarbeit und nicht auf die Reduzierung von Schichtarbeit hinaus. (J. Münstermann/K. Preiser, Forschungsbericht 8 Humanisierung des Arbeitslebens, Schichtarbeit in der BRD, Bonn Oktober 1978 – anl)

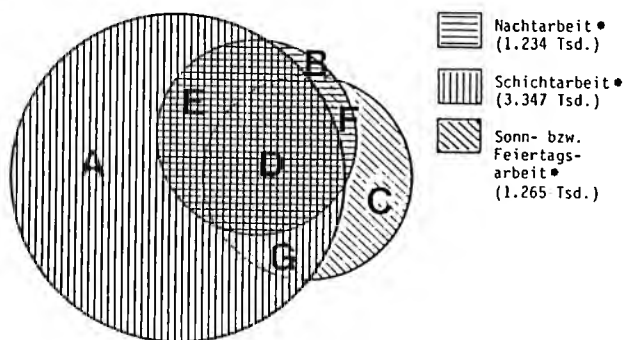
PROSA – Projekt Schichtarbeit

PROSA war ein mit finanzieller Hilfe des Forschungsministeriums von 1979 bis 1982 durchgeführtes Projekt der IG Chemie. Es bestand aus einer Literaturstudie, einer Fragebogen- und teilweise auch mündlichen Befragungsaktion, an der sich 5200 Schicht-, ehemalige Schicht- und Nie-Schichtarbeiter beteiligten, sowie aus der Entwicklung von Seminarmodellen zur Verbreitung der gewonnenen Erkenntnisse. Wichtigstes Ergebnis von PROSA blieb der Untersuchungsbericht. Die Befragung hatte folgende Schwerpunkte: Arbeitsbedingungen (hier besonders

betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung, Schichtsysteme. Die Ergebnisse werden jeweils in Bezug zu umlaufenden Forderungen zur „Verbesserung von Schichtarbeitsbedingungen“ gesetzt. Dem Streit um Vor- und Nachteile verschiedener Schichtsysteme stellt PROSA die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung entgegen. (IG Chemie-Papier-Keramik: Projekt Schichtarbeit. Gesamtergebnis der Problemanalyse, Langfassung. Hannover 1981 – tht)

„Nachtarbeit streng begrenzen“

1973 hatte sich der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes mit Stellung-



Typische Schichtarbeitsregelungen 1975

- D Vollkontinuierliche Schichtarbeit (641 Tsd.)
- E Teilkontinuierliche Schichtarbeit (399 Tsd.)
- A, C Zweischichtsystem (2286 Tsd.)
- B, F Nachtarbeit (179 Tsd.)
- C Sonstige Arbeitszeit (345 Tsd.): regelmäßige Sonn- und Feiertagsarbeit ohne Nacht- und Schichtarbeit
- * Von den Schicht-, Nacht- und Sonn- bzw. Feiertagsarbeitern sind aus technischen Gründen 23 Tsd. abhängig Beschäftigte keinem Schichtsystem zuzuordnen.

Quelle: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, zit. nach Preiser, K., Statistik der Schichtarbeit, Dortmund 1980, S. 30; entnommen aus: Hahn, Nacht- und Schichtarbeit I, S. 6. – Die Untersuchung aus 1975 ist die „aktuellste“; die Frage nach Schichtarbeit ist aus dem Mikrozensusfragenkatalog entfernt worden.

der Gesichtspunkt der Mehrfachbelastung), Gesundheit (durch die Differenzierung der Nichtschichtarbeiter in ehemalige und Nie-Schichtarbeiter kommt die Studie hier zu klareren Ergebnissen als viele vorangegangene wissenschaftliche Untersuchungen), Freizeit und soziale Kontakte, Einstellung zur Schichtarbeit (u.a. Befragung über die Einstiegsgründe in die Schichtarbeit), Einfluß- und Handlungsmöglichkeiten von Schichtarbeitern in der

nahmen von Regierungen zu den Übereinkommen über die Nachtarbeit der Frauen (1948) und den entsprechenden Konventionen (1934 und 1919) auseinanderzusetzen. Der Verwaltungsrat gab über den Generaldirektor eine Untersuchung in Auftrag, deren Ergebnis in Form einer Broschüre 1975 vorgelegt wurde. Die Verfasser befassen sich mit den physiologischen und psychologischen, gesellschaftlichen, familiären und sozialen Aspekten der

Nachtarbeit. Klar wird festgehalten, daß Nachtarbeit gesundheitsschädlich ist und auch durch verschiedene Arbeitszeitformen dieser Schaden nicht behoben werden kann. Die üblichen finanziellen Vorteile können die Schäden nicht aufwiegen. Die Aufrechterhaltung des Nachtarbeitsverbots für Arbeiterinnen in der Industrie wird befürwortet. Nachtarbeit solle für alle Arbeiter, Männer und Frauen, äußerst streng beschränkt werden. (J. Carpentier, P. Cazamian, Nachtarbeit – Ihre Auswirkungen auf Gesundheit und Wohlbefinden. Eschborn 1981. Copyright ILO 1977 – ros)

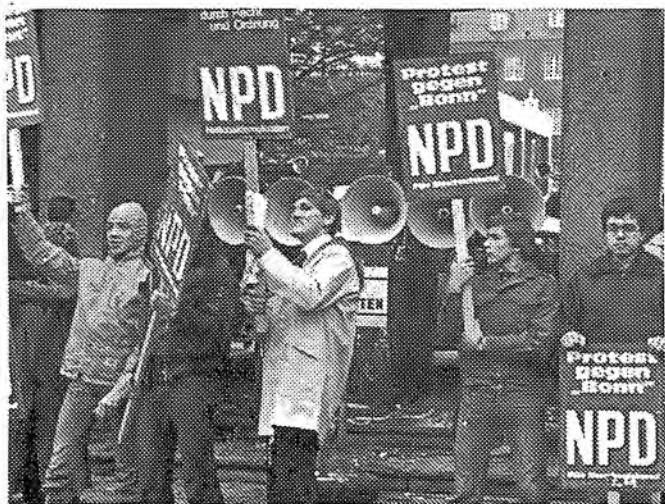
Hahn: Nacht- und Schichtarbeit I

Ein knapp gefaßtes, leicht verständliches, sehr übersichtliches, dazu noch kostenlos erhältliches Buch für alle, die sich mit Schichtarbeit auseinandersetzen müssen. Es gibt einen umfassenden Überblick über Sachverhalte und Begriffe zum Thema, mit nützlichen Grafiken und Tabellen versehen. Gliederungspunkte: gesundheitliche und soziale Auswirkungen der Nacht- und Schichtarbeit sowie Schichtarbeit im Berufsverlauf (Ein- und Ausstiegsbedingungen). Das Buch stützt sich auf die bisher vorliegende Schichtarbeitsforschung (besonders Münstermann/Preiser und eine Infas-Repräsentativumfrage). Es enthält auch jeweils eine breite Aufführung vorliegender Vorschläge und Forderungen zur Belastungsminderung. Der Autor vertritt die Auffassung, Schichtarbeit sei ohnehin nicht vermeidbar – auch die-

jenige „aus wirtschaftlichen Gründen“ nicht. (Bundesanstalt für Arbeitsschutz, Schriftenreihe Forschungsanwendung Fa 2: H.Hahn, Nacht- und Schichtarbeit I, 146 Seiten, Dortmund 1986. Bezug: BfA, Postfach 170202, 46 Dortmund 17 – tht)

Schichtarbeit- und Nachtarbeit

„Probleme – Formen – Empfehlungen“ ist der Untertitel der Schrift von J. Rutenfranz und P. Knauth vom Institut für Arbeitsphysiologie der Universität Dortmund (München 1982). Sie liefert eine wissenschaftliche Darstellung der gesundheitlichen und sozialen Auswirkungen der Schichtarbeit, die in viele weitere veröffentlichten Arbeiten zum Thema als „Quelle“ eingegangen und im Betrieb als „gesicherte Erkenntnis“ in der Auseinandersetzung mit Betriebsleitungen nützlich ist. Die Autoren gehen aber nicht davon aus, daß Schichtarbeit eingedämmt oder gar verboten werden soll, sondern sie suchen Auswahlkriterien für die Kapitalisten, wer für Schichtarbeit geeignet sei oder ungeeignet, weil besonders anfällig für deren Folgen. Weiter diskutieren sie neue Schichtmodelle, ärztliche und soziale Maßnahmen im Betrieb, die Schichtarbeit erträglicher und vor allem akzeptabler machen sollen. Dies Interesse leitete wohl den Auftrag- und Herausgeber: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, München, Schellingstr. 155, 8000 München 40. (Adresse für den Bezug) – (ulk)



Verbot faschistischer Organisationen

Antifaschismus nach internationalem Recht

Am 15.12.1980 stellte die Generalversammlung der UNO fest, „daß die Vereinten Nationen aus dem Kampf gegen Nazismus, Faschismus, Aggression und ausländische Besatzung entstanden sind“. Der Satz stammt aus einer der zahlreichen UN-Resolutionen, die überschrieben sind mit: „Maßnahmen, die gegen nazistische, faschistische und neofaschistische Aktivitäten und alle anderen Formen totalitärer, auf rassistischer Intoleranz, Haß und Terror basierender Ideologien und Praktiken zu ergreifen sind“, und fordert die Mitgliedsstaaten der UNO eindringlich auf, die genannten Aktivitäten zu verbieten und unter Strafe zu stellen.

Die überwiegende Mehrheit der UNO-Mitgliedsstaaten hat seit Bestehen der Organisation eine Reihe wichtiger, von der Generalversammlung selbst mehrfach in Zusammenhang mit dem Kampf gegen Faschismus, Kolonialismus, Apartheid und Rassismus gestellte Übereinkommen und Pakte erarbeitet, die teilweise auch für die BRD rechtsverbindlich sind:

1. Schon die UNO-Charta stellt in Art. 107 fest: „Maßnahmen, welche die hierfür verantwortlichen Regierungen als Folge des zweiten Weltkrieges in bezug auf einen Staat ergreifen oder genehmigen, der während dieses Krieges Feind eines Unterzeichnerstaates dieser Charta war, werden durch diese Charta weder außer Kraft gesetzt noch untersagt.“ Damit billigen alle Mitgliedstaaten – auch die BRD durch ihren Beitritt zur UNO und die damit verbundene Anerkennung der Charta – die von den im Kontrollrat zusammengefaßten vier Mächten erlassenen Maßnahmen zum Verbot faschistischer und militaristischer Propaganda und Organisationen, Maßnahmen, die keine Verletzung der durch Art. 2 der Charta garantierten souveränen Gleichheit aller Staaten darstellen.

2. Mit dem Übereinkommen zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes von 1948 (BGBl. 1954 II 729, 1955 II 210) verpflichten sich die Staaten zur Verhütung und Bestrafung von Handlungen, die in der Absicht begangen werden, „eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche zu zerstören“, z.B. auch durch die „vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen“.

3. In dem Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung von 1965

(BGBl. 1969 II 2211) verpflichten sich die Staaten, „Handlungen oder Praktiken der Rassendiskriminierung gegenüber Personen, Personengruppen oder Einrichtungen zu unterlassen und dafür zu sorgen, daß alle staatlichen und örtlichen Behörden und öffentlichen Einrichtungen im Einklang mit dieser Verpflichtung handeln“. Jeder Staat verpflichtet sich, „eine Rassendiskriminierung durch Personen oder Organisationen weder zu fördern noch zu schützen noch zu unterstützen“ (Art. 2). Weiterhin verpflichten sich die Vertragsstaaten, alle rassistischen Bestrebungen einschließlich ihrer Finanzierung „zu einer nach dem Gesetz strafbaren Handlung zu erklären“, alle rassistischen Organisationen und sonstigen rassistischen Propagandatätigkeiten „als gesetzwidrig zu erklären und zu verbieten“ (Art. 4). Die Präambel des Übereinkommens hält ausdrücklich fest, daß „jede Lehre von einer auf Rassenunterschiede gegründeten Überlegenheit wissenschaftlich falsch, moralisch verwerflich, sozial ungerecht und verwerflich ist und daß eine Rassendiskriminierung, gleichviel ob in Theorie oder in Praxis, nirgends gerechtfertigt ist“.

Laut Paech ist die BRD von der Kommission zur Beendigung der Rassendiskriminierung, die durch Art. 12 des o.g. Übereinkommens gebildet wurde, mehrfach kritisiert worden, weil sie sich strikt weigert, faschistische Organisationen zu verbieten.

4. Das Übereinkommen über die Nichtanwendbarkeit gesetzlicher Verjährungsfristen auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verpflichtet die Staaten auf eine generelle Nichtanwendbarkeit solcher Fristen auf die genannten Verbrechen „ungeachtet des Zeitpunktes ihrer Begehung“ (Art. 1). Als Verbrechen gegen die Menschlichkeit gelten u.a. Völkermord, Apartheid und die im Statut des Internationalen Militärgerichtshof 1945 genannten Verbrechen, also der Faschismus. Die BRD hat das Übereinkommen nicht gezeichnet wegen Bedenken gegen die „große Rückwirkung“.

5. Das Internationale Übereinkommen über die Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid von 1973 hält nochmals ausdrücklich fest, daß Apartheid und alle ähnlichen, auf Rassendiskriminierung, Terror und Haß beruhenden Ideologien und Praktiken Verbrechen gegen die



Churchill, Stalin und Truman in Potsdam. Die Alliierten hatten 1945 im Auftrag der 1945 gegründeten, aus dem Kampf gegen den Faschismus entstandenen Vereinten Nationen im Potsdamer Abkommen beschlossen, jedes Aufkommen faschistischer Ideologien und Praktiken strikt zu unterbinden.

Menschlichkeit und alle diese Praktiken zu bestrafen sind. Auch dieses Übereinkommen hat die BRD nicht gezeichnet wegen angeblicher „ungenügender Bestimmtheit der Tatbestandsmerkmale“.

6. Die beiden Internationalen Pakte über bürgerliche und politische bzw. wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966 (BGBl. 1973 II 1533, 1569) garantieren die minimalen bürgerlichen, politischen usw. Rechte und Freiheiten. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, diese Rechte und Freiheiten allen in ihrem Gebiet befindlichen und ihrer Herrschaftsgewalt unterstehenden Personen ohne irgendeinen Unterschied der Rasse, Hautfarbe, nationalen, sozialen Herkunft oder des sonstigen Status zu gewährleisten (Art. 2). Zudem darf keine Bestimmung dieses Paktes dahin ausgelegt werden, „daß sie für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person das Recht begründet, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, die auf die Abschaffung der in diesem Pakt anerkannten Rechte und Freiheiten oder auf weitergehende Beschränkungen dieser Rechte und Freiheiten, als in dem Pakt vorgesehen, hinzielt“ (Art. 5). Die Generalversammlung hat in ihrer Resolution 2438(XXIII) vom 19.12.1968 unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß mit den in Art. 5 genannten Handlungen und Tätigkeiten „rassistische oder nazistische Praktiken und ähnliche Ideologien“ gemeint sind, die sich nicht auf die in diesen Pakten aufgeführten Rechte berufen können. Zudem fordert Art. 20 des Pakts über bürgerliche und politische Rechte: „(1) Jede Kriegspropaganda wird durch Gesetz verboten. (2) Jedes Eintreten für nationalen, rassischen oder religiösen Haß, durch das zu Diskriminierung, Feindseligkeit oder Gewalt aufgestachelt wird, wird durch Gesetz verboten.“

Die überwiegende Mehrheit der Mitgliedsstaaten der UNO hat damit klargestellt und durch – z.T. auch für die BRD verbindliche – Übereinkommen festgehalten, daß alle totalitären Ideologien und Praktiken nach internationalem Recht geächtet und verboten sind. Totalitär, auch das hat die UNO klargestellt, sind die Ideologien und Praktiken des Rassismus, Kolonialismus, der Apartheid, des Faschismus, die auf Haß, Terror und rassistischer Intoleranz beruhen und die auf die Vernichtung der grundlegenden Rechte und Freiheiten abzielen.

Diejenigen, die derartige Ideologien verbreiten, können sich nach den oben zitierten Art. 5 und 20 des Pakts über bürgerliche und politische Rechte nicht auf die politischen Rechte der Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit berufen und damit auch nicht auf den Gleichheitsgrundsatz, z.B. auf die Gleichbehandlung als Organisation oder Partei.

In der Resolution 2331(XXII) vom 18.12.1967 hatte die Generalversammlung nochmals verdeutlicht, daß der „Nazismus unvereinbar ist mit den Zielen der Charta, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ sowie der Völkermordkonvention und der Konvention gegen Rassendiskriminierung. Und in den Resolutionen 2839(XXVI) vom 18.12.1971 sowie 35(200) vom 15.12.1980 wurden alle Mitgliedsstaaten aufgefordert, „Maßnahmen zu ergreifen, die dazu bestimmt sind, die schnelle Auflösung und das Verschwinden derartiger (nazistischer und rassistischer, d. Verf.) Organisationen sicherzustellen“, und mit folgenden Minimalmaßnahmen das vollständige Verbot solcher Organisationen vorzubereiten:

„a) Derartigen Organisationen sollte nicht erlaubt werden, finanzielle Subventionen staatlicher Organe, privater Gesellschaften oder von Einzelpersonen zu erhalten;

b) Derartigen Organisationen sollte die Benutzung öffentlicher Gebäude, um dort ihre Zentrale einzurichten oder Mitgliederversammlungen durchzuführen, die Benutzung öffentlicher Straßen und Plätze, um dort Demonstrationen abzuhalten, oder die Benutzung öffentlicher Medien zur



Verbreitung von Propaganda nicht erlaubt sein;

c) Derartigen Organisationen soll nicht erlaubt werden, unter irgendeinem Vorwand militärische Formationen zu bilden, Täter sollten der strafrechtlichen Verfolgung durch die Gerichte ausgesetzt sein;

d) Beim Staat beschäftigten Personen, insbesondere bei den Streitkräften, sollte die Zugehörigkeit zu derartigen Organisationen nicht erlaubt werden...

Selbst bei BRD-Völkerrechtlern ist anerkannt, daß Völkergewohnheitsrecht durch die gemeinsame „Rechtsüberzeugung der Völkerrechtsgemeinschaft“, durch eine über einen längeren Zeitraum immer wieder bekundete Übereinstimmung in bezug auf einen bestimmten Sachverhalt zustande kommt (vgl. z.B. Seidl-Hohenveldern, Völkerrecht, Köln 1984). Anerkannt ist auch, daß Resolutionen der UN-Generalversammlung zwar nicht rechtsverbindlich für die Staaten seien, aber in Verbindung mit entsprechenden internationalen Vereinbarungen (Pakten, Übereinkommen) Völkergewohnheitsrecht konstituieren können, auch wenn die Praxis einzelner Staaten gegensätzlich ist.

Nach Art. 25 Grundgesetz ist Völkergewohnheitsrecht („die allgemeinen Regeln des Völkerrechts“) Bestandteil des Bundesrechtes. „Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.“ Antifaschismus, Antirassismus, Ächtung der Apartheid und Antikolonialismus und das Verbot faschistischer Propaganda und Organisationen sind durch die o.g. Übereinkommen und die zahlreichen Resolutionen der Generalversammlung internationalen Gewohnheitsrecht, das allerdings u.a. durch die BRD ständig verletzt wird, und unmittelbarer Ausdruck der Interessen der überwiegenden Mehrheit der Mitgliedsstaaten der UNO, v.a. der Länder der südlichen drei Kontinente. In der öffentlichen Meinungsbildung müssen die revolutionären Sozialisten sich verstärkt mit diesen Positionen auseinandersetzen und sie für die Forderung nach Verbot faschistischer Organisationen und Propaganda nutzen.

Quellenhinweis: Die hier zitierten UN-Dokumente sind entnommen: Volksfront, Dokumentation. Der völkerrechtliche Antifaschismus und Antirassismus in den Pakten und Resolutionen der UNO (mit zahlreichen Dokumenten), 32 Seiten, DM 2,50; N. Paech, Der völkerrechtliche Antifaschismus, in: Faller/Siebold (Hrsg.), Neofaschismus. Dulden? Verboten? Ignorieren? Bekämpfen? Ein Antifaschistisches Arbeitsbuch, Frankfurt/M. 1986, S. 187-191 (ulb)

Wirtschaftliche Lage in der Türkei

Die Türkei auf dem Weg in die EG – oder?

Vor einigen Wochen hat die türkische Regierung Özal bei der EG einen förmlichen Beitrittsantrag eingereicht. Die EG selbst hat über diesen Antrag noch nicht entschieden. Die Bundesregierung und andere EG-Mitglieder erwecken in der Öffentlichkeit den Eindruck, als stünden sie dem türkischen Beitrittsantrag eher zurückhaltend gegenüber. Auf diese Weise soll die türkische Bourgeoisie zu weiteren wirtschaftlichen Konzessionen zugunsten westeuropäischer

Konzerne gedrängt werden, bevor überhaupt Verhandlungen über den Beitrittsantrag begonnen haben. In dem folgenden Artikel schildert ein Genosse der türkischen revolutionären Organisation „Kurtulus Yolu“ die wirtschaftliche Lage der Türkei vor dem Beitritt und die Interessen, die die türkische Bourgeoisie mit ihrem Beitrittsantrag an die EG verfolgt. Bilder und Bildunterschriften sind von der Redaktion eingefügt. – (rül)

Kurze Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung der Türkei

Die Türkei, die sich seit dem Osmanischen Reich zu verwestlichen bemühte, hat zwischen dem Osten und dem Westen, zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen System eine strategisch wichtige Lage. Aufgrund ihrer geographischen Lage spielte die Türkei immer eine ökonomische, kulturelle und militärische Rolle.

Mit der Gründung der Türkischen Republik (unter Kemal Atatürk 1923, d. Red.) orientierte sich die Türkei stark westlich.

Von 1800 bis zum Jahre 1960 dauerte die Phase der ursprünglichen Kapitalakkumulation. Die Erschaffung der Nationalbourgeoisie war das Hauptanliegen der Kemalistischen Ideologie. Ende der 40er Jahre konnte sich die durch den Krieg stark gewordene Bourgeoisie immer mehr in der Politik des Landes durchsetzen. Die Türkei wurde zunehmend amerikanisiert, der von jeher bestehende Anti-Kommunismus stark verbreitet. 1950 befestigte die Türkei die Freundschaft mit dem Imperialismus durch den Beitritt in die NATO.

Zwischen den 50er und 60er Jahren entwickelten sich der Maschinenbau und die moderne Industrie. Sie bestimmten langsam die Politik des Landes. Das bedeutete: vollständige Ausbeutung sowohl der Bodenschätze als auch der arbeitenden Masse des Landes. Das Land wurde stark abhängig vom Imperialismus.

Die Ausverkaufspolitik der Regierung, die zugunsten der Monopolbourgeoisie tätig war, erzeugte Haß beim Volk. Am 27. Mai 1960 wurde die Regierung vom mehrheitlich kemalistisch gesinnten Militär gestürzt. (Das Militär, das in dem Befreiungskrieg gegen die imperialistischen Besatzer gegründet worden war, sympathisierte mit der Nationalbourgeoisie). Das „Komitee der Nationalen Einheit“ übernahm die Macht.

Trotz dieser militärischen Unterstüt-

zung der Nationalbourgeoisie konnte die Etablierung der Monopolbourgeoisie nicht verhindert werden. Mit einer gut geplanten kontinuierlichen Strategie saugte die Monopolbourgeoisie den

rungsphase des Industrie- und Bankkapitals in der Türkei (Finanzkapital). In diesem Zeitraum hat es in der Türkei große Protestbewegungen und Arbeiterstreiks gegeben. Insgesamt fanden von 1960 bis 1970 762 Arbeiterstreiks, Demonstrationen und Besetzungen statt, an denen sich mehr als eine Million Arbeiter beteiligten. (1)



Mit dem Beitrittsantrag an die EG verbindet die türkische Reaktion Hoffnungen auf stärkere Hilfe der Imperialisten gegen die unterdrückten Völker und Klassen in ihrem Land. Bild: Der türkische Premier Özal bei seinem Staatsbesuch in der BRD im letzten Jahr.

antiimperialistischen Charakter des Militärs aus und machte sich mit dem Aufbau des OYAK-Komplexes (ursprünglich eine Pensionskasse für Offiziere, wurde OYAK im Laufe der Jahre durch zahlreiche Industriebeteiligungen zu einer der großen Holding-Gesellschaften der Türkei, d. Red.) das Militär zu einem wichtigen Partner.

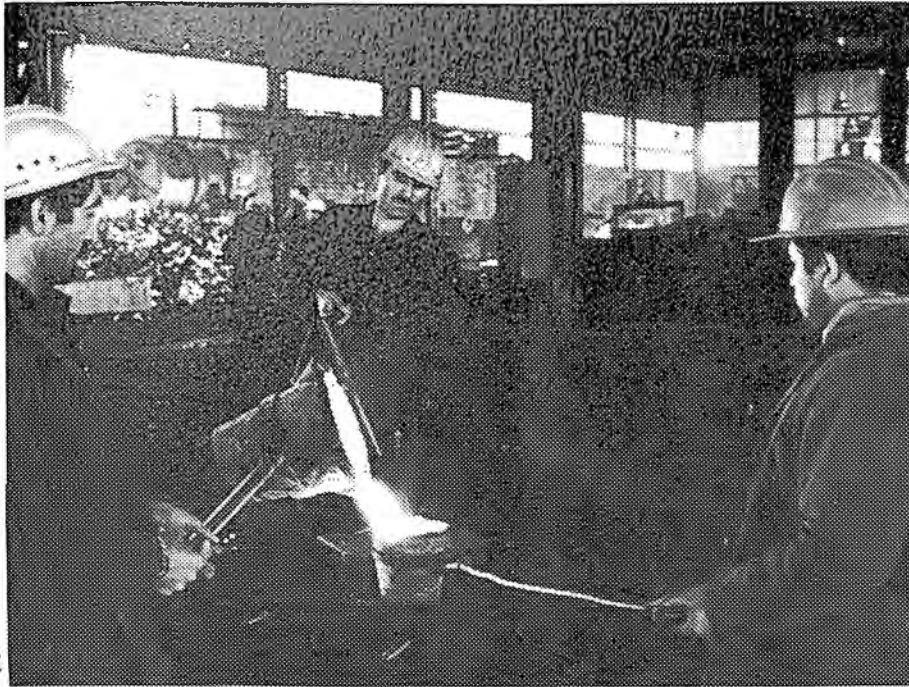
Um ihre alleinige Macht in der türkischen Politik zu befestigen, erweiterte sie den Kontakt mit internationalen Finanzorganisationen. Am 25. Juni 1963 wurde die Assoziierung der Türkei mit der EWG paraphiert.

Von 1960 bis zum Jahre 1970 dauert die Entwicklungs- und Konsolidie-

Die zweite Machtergreifung der Militärs erfolgte am 12. März 1971. Damit bewies das Finanzkapital, daß es innerhalb der Bourgeoisie und über alle Volksschichten der alleinige Herrscher ist.

Gleich danach begann eine Verhaftungswelle. Zehntausende von Arbeitern und Intellektuellen wurden in Gefängnisse gesteckt, gefoltert und ermordet. Der größte Teil der Führer der Organisationen wurde entweder hingerichtet oder liquidiert. Diese Führer bewiesen heldenhafte Tapferkeit und hielten die Fahne des Widerstands hoch.

Zwischen 1970 und 1980 erlebte die



Mit ihrem Putsch von 1980 haben die türkischen Generäle den Kapitalisten eine enorme Steigerung der Ausbeutung ermöglicht. Die Reallöhne der Arbeiter sind seitdem auf die Hälfte gefallen, Kinder zwischen zehn und 14 Jahren stellen inzwischen 10% der Beschäftigten in der Türkei.

Türkei einen bürgerkriegsähnlichen Zustand. Auf der einen Seite formierte sich der Widerstand des Volkes, auf der anderen Seite erschossen die Faschisten die besten Kämpfer der Opposition. Täglich wurden bis zu 30 Menschen erschossen. Deshalb schlossen sich die Menschen zusammen und gründeten sowohl in den Fabriken als auch in den Stadtteilen Selbstverteidigungskomitees. Das Volk wollte nicht mehr so weiter regiert werden. Die herrschende Klasse konnte unter diesen Umständen auch nicht weiter so regieren. Es kam zu spontanen Besetzungen seitens der Arbeiter und Bauern.

Der Ende des Jahres 1977 begonnene revolutionäre Zustand dauerte bis zum dritten Putsch. Die Kommunisten waren nicht in der Lage, die Möglichkeiten zu nutzen. Sie waren zu sehr ideologisch zersplittert. Obwohl die Differenzen zwischen den führenden

Parteien nicht sehr groß waren, wurde dennoch ein Bündnis nicht zustande gebracht.

Um den Widerstand des Volkes zu brechen, plante die damalige Regierung (Nationalistische Front) eine Reihe von Maßnahmen. Mit der zivilen bürgerlichen Regierung konnten diese aber nicht in die Tat umgesetzt werden. Deshalb brauchte das Finanzkapital noch einmal die Hilfe der Militärs. Am 12. September 1980 ergriffen die Generäle erneut die Macht. Ab diesem Zeitpunkt erlebten die Demokraten eine Vernichtungswelle. Mehr als 200000 Menschen wurden verhaftet. Fast alle wurden gefoltert. 5000 Menschen wurden zum Tode verurteilt. Davon sind bisher 21 Todesurteile vollstreckt. Nach Meinung der Vereinigung für Menschenrechte wurden durch die Folter 149 politische Gefangene umgebracht. Die ganze Türkei ähnelte einem Gefängnis.

Die Wirtschaftspolitik der Generäle

Die Wirtschaftspolitik, die von den Finanzorganisationen des Imperialismus diktiert wurde, konnte jetzt unter den Waffen der Generäle mit einem monetaristischen Konzept durchgeführt werden. In den ersten zwei Jahren wurden sogar mit dieser Politik Erfolge erzielt. Dies hatte zwei wichtige Gründe.

1. Die Ausbeutung der Arbeiterklasse sowie anderer arbeitender Menschen wurde schrankenlos durchge-

führt.

2. Diese Wirtschaftspolitik wurde mit Krediten und Hilfen nicht nur von Finanzorganisationen des Imperialismus, sondern auch von den NATO-Ländern unterstützt.

Mit allen Mitteln versuchte das Finanzkapital, dem Volk das Geld zu entziehen und es zu akkumulieren. Dies wurde durch Banken und Bankiers mit einer Politik der Zinsfreigabe betrieben. Das Geld wurde in einigen

mächtigen Händen der Monopolbourgeoisie konzentriert. Dadurch wurde die Mittelschicht ruiniert.

Um aus der Krise rauszukommen, mußte das Finanzkapital der Türkei neue Märkte erschließen. Deshalb reisten die Regierungschefs in alle Ecken der Welt. Alle Versuche des Finanzkapitals endeten jedoch mit Mißerfolgen.

Sie konnten lediglich die Exporte im Bereich der Textil-, Chemie- und Automobilindustrie sowohl in europäische als auch in andere Länder vorantreiben.

Den Krieg zwischen Iran und Irak nutzte das Finanzkapital aus und lieferte alle möglichen Güter und Waren in das Kriegsgebiet.

Aufgrund ihres geringen technologischen Standes fanden die Monopole keine sicheren Märkte. Infolgedessen versuchten sie, die Wirtschaftskrise anders zu lösen. Sie eroberten fremde Territorien. Darum wurde in Zypern eine „Unabhängige Türkische Republik“ ins Leben gerufen. Außerdem erhob die herrschende Klasse Anspruch auf Kirkuk. Kirkuk ist eine Ölprovinz im Nord-Irak, in der hauptsächlich Kurden und einige tausend Türken leben.

Ende des Jahres 1983 hat sich die wirtschaftliche Lage in der Türkei wieder angefangen zu verschlechtern. Die ungelösten sozialen Probleme nahmen zu. Armut wurde normal.

Unterdessen versuchte die Opposition, ihre Wunden auszukurieren und sich zu reorganisieren. Die Türkei sieht inzwischen wieder anders aus.



Sofort nach dem Putsch hat das Militär alle Streiks (links) und Demonstrationen von Arbeitern und Bauern (rechts) verboten. Der Streik der Netas-Arbeiter vor wenigen Wochen hat ein erstes Loch in die faschistische Verfassung geschlagen.

Kurzer Überblick über die Arbeiterklasse

Nach Angaben des DIE (Türkisches Institut für Statistik) lebten im Jahr 1980 in der Türkei 44,7 Millionen Menschen, von denen 18,5 Millionen arbeiteten. Im gleichen Jahr betrug die Zahl der aktiven lohnabhängigen Menschen 6,2 Millionen. Dies ist nicht gleichbedeutend mit der Arbeiterklasse. Nach unserer Rechnung gibt es mit dem Agrarproletariat zusammen ca. 4,4 Millionen Arbeiter. Von diesen sind nur 2,3 Millionen sozialversichert. Nach Angaben des DPT (Staatliches Planungs-Institut) beträgt die Zahl der Arbeitslosen über 4 Millionen (2). Die Zahl für die Kleinbourgeoisie wird in der gleichen Quelle mit 4,7 Millionen angegeben. Diese werden von Tag zu Tag ärmer.

Die Lage der herrschenden Klasse

Das ökonomische Programm der Generäle, das mit der Behauptung, die Türkei zu retten, praktiziert wurde, hat keines der grundsätzlichen Probleme gelöst. Die wirtschaftliche Lage verschlechtert sich weiter. Die Inflation schnellte wieder in die Höhe und liegt nun bei 50% (3). Trotz aller Versuche der Regierung kann sie nicht heruntergedrückt werden. Die Wachstumsrate beträgt 2,9% (4). Die Arbeitslosigkeit nimmt zu.

Im Jahre 1983 sind 243 Firmen, die 10,7 Milliarden Türkische Lira Gesamtkapital hatten (das entspricht nach dem offiziellen Umrechnungskurs der Deutschen Bundesbank für Türkische Lira ca. 107 Millionen DM, d. Red.),

Bankrott gegangen. Viele Betriebe mußten, um dem Konkurs zu entgehen, sich zwangsweise zusammenschließen (5). In der Türkei gibt es 25000 Firmen. Jedoch operieren nur 830 Holdinggesellschaften gut. Von diesen werden 100 an internationalen Börsen gehandelt.

Kurzum, die Finanzoligarchie der Türkei besteht aus wenigen Holdinggesellschaften und aus dem Militärkomplex (OYAK), die mit ihren fremden Partnern verschmolzen sind.

Die Opposition gewinnt an Kraft

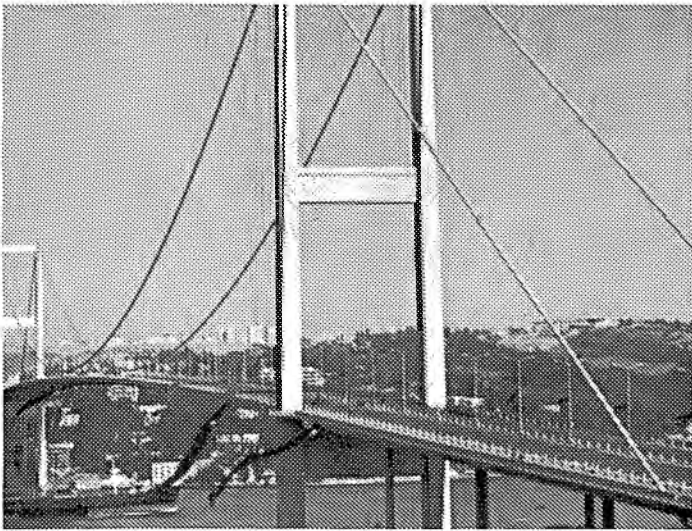
Dem Volk wurden die Grundrechte und Freiheiten geraubt. Seine ökonomischen, demokratischen Errungenschaften wurden zerschlagen. Dementsprechend wurde der Staat und der gesellschaftliche Überbau in vielerlei Hinsicht terroristisch und mit präventiven Funktionen auf höherer Stufe ausgestattet wieder organisiert.

Die Parteien, die von den Generälen favorisiert gegründet wurden, sind außer der Regierungspartei alle wieder aufgelöst. Die alten bürgerlichen Parteien etablieren sich wieder. Es gibt aber ein bemerkenswertes Vakuum zwischen den Volksmassen und diesen Parteien. Die aktiv gewordenen bürgerlichen Kräfte sind noch weit entfernt von einer konsequenten Opposition. Fast alle obengenannten Parteien machen Zugeständnisse an die Generäle. Ihre Sorge ist, die Opposition der Arbeiterklasse und der Intelligenz zu erdrosseln.

Die Opposition der Arbeiterklasse und der Intelligenz, die sich zu reorganisieren versuchen, gewinnt dennoch an Stärke. Mit dem letzten erfolgreichen Arbeiterstreik wurde ein Loch in die faschistische Verfassung geschlagen. Die NETAS-Arbeiter, die entgegen allen Verboten kämpften, fanden starke Solidarität beim Volk. Gleich danach verbreitete sich der Protest der Studenten gegen YÖK. YÖK ist eine Dachorganisation aller Hochschulen und Universitäten. Sie wurde gleich nach der Machtübernahme der Militärs gegründet. Gegen das Gesetz, welches die neu gegründeten Studentenvereine (ASTA) unter die Aufsicht eines Uni-Gremiums stellt, fanden in verschiedenen Städten Demonstrationen und Hungerstreiks statt. Aufgrund dieser massiven Proteste mußte die Regierung den Gesetzentwurf fallen lassen.

Ein anderer Aspekt des Widerstandes gegen das Regime ist der erbitterte Kampf des kurdischen Volkes, welcher seit der Machtergreifung der Junta nicht zerschlagen werden konnte.

Um den Widerstand des kurdischen Volkes und der Partisanen zu zerschlagen, überschritt das Militär dreimal die irakische Grenze. Es stieß dabei mit Artillerie und Luftwaffe bis zu 30 km auf irakisches Gebiet vor. Durch diese Bombardements kamen Hunderte von Menschen ums Leben. Nach jeder Operation wurde die Vernichtung der Rebellen propagiert. Dies wurde jedoch durch die ungebrochenen Aktivitäten der Partisanen als Lüge entlarvt. Jetzt versucht das Regime, ca. 9 Millionen Kurden in den Westen der Türkei zu deportieren.



Die EG benötigt die Türkei als Zwischenhändler zum Orient und als Gendarm gegen die Staaten des Nahen Ostens. Links: Die Bosphorus-Brücke. Rechts: Truppeneinsatz in Türkisch-Kurdistan.

Mit vielen unlösbaren Problemen steht die Türkei vor der EG

Am 25. Juni 1963 wurde die Assoziierung der Türkei mit der EWG paraphiert. Ohne Zweifel stellt diese Maßnahme neben der NATO-Mitgliedschaft den entscheidenden Schritt der Türkei auf dem Wege zu einer völligen Verflechtung und Integration mit den entwickelten kapitalistischen Staaten dar. Ziel dieses Vertrages ist, den beschleunigten Aufbau der türkischen Wirtschaft sowie die Hebung von Beschäftigungsstand und Lebensbedingungen zu gewährleisten.

Die Assoziation der Türkei mit der EWG umfaßt drei Phasen: die Vorbereitungs-, die Übergangs- und die Endphase. Die ersten zwei Phasen sind abgeschlossen. Nun, nach 24 Jahren, hat die Türkei am 29. März in Brüssel die Vollmitgliedschaft in der EG beantragt. Dagegen bestehen aber einige Vorbehalte. Diese sind:

- Die Türkei habe eine andere Kultur;
- Die Demokratisierung sei nicht vollständig durchgeführt;
- Sie sei mit Griechenland verfeindet usw.

Das sind keine wirklichen Gründe für die Zurückstellung des Beitrittsantrages. Der wichtigste Grund ist, daß die Türkei über 4 Millionen Arbeitslose hat, von denen befürchtet wird, daß sie nach Europa kommen könnten. Das wollen die EG-Länder vermeiden.

Auch diese Befürchtung erweist sich als unbegründet, zumal die Möglichkeit, eine Arbeitsstelle zu finden, ohnehin gering ist und auch EG-Bürger nur drei Monate Zeit haben, um sich über offizielle Kanäle Arbeit zu verschaffen, ehe sie anschließend zurückgehen

müssen.

Eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EG würde die schon vorhandene Reserve an billigen Arbeitskräften vergrößern, was Folgen für die Lohnlandschaft hätte. Weiterhin hätte der EG-Beitritt der Türkei eine Erweiterung des gemeinsamen Marktes zur Folge, d.h. im wesentlichen eine Verbesserung der Absatzmöglichkeiten für das EG-Kapital.

Darüber hinaus benötigt die EG eine Zwischenhändlerfunktion der Türkei zwischen Europa und dem Orient. Dies wird ihr aufgrund ihrer andersartigen Kultur, die mehr einen Anschluß an die Kultur der arabischen Länder aufweist, als dies die europäischen Länder haben, auch gelingen.

Die Re-Islamisierung der Türkei wurde gleich nach der Machtübernahme bewußt durch die Generäle durchgeführt. Damit würde die Türkei die obengenannte Brückenfunktion übernehmen können.

Die Verschmelzung der türkischen Monopole mit imperialistischen Konzernen und die andersartige Kultur, die wiederum einen Anschluß an die europäische Kultur hat, ermöglicht ihr diese Funktion. Dies ist auch der EG bewußt. Sie will aber so wenig wie möglich von ihrem Profitanteil abgeben. Das ist der entscheidende Grund der Vorbehalte gegen den Beitrittsantrag der Türkei.

Noch ein wesentlicher Grund kommt hinzu: Die türkischen Monopole haben sich in der letzten Zeit stabilisiert und damit auf dem europäischen Markt Konkurrenzfähigkeit erlangt. Nach Ansicht des „Instituts für

Ökonomie und Entwicklung“ gibt es in der Türkei in 55 Sektoren tätige Holdinggesellschaften, von denen zwei Drittel mit europäischen Holdinggesellschaften konkurrieren könnten. Deshalb will das Finanzkapital unbedingt in die EG. Auch wenn es ihm nicht gelingt, mit europäischen Holdinggesellschaften zu konkurrieren, wird es trotzdem von der Zwischenfunktion zwischen Europa und dem Orient profitieren.

Hierbei spielt die militär-strategische Bedeutung der Türkei auch eine entscheidende Rolle. Für das kapitalistische System ist die Erhaltung des status quo in der Türkei von großer Bedeutung. Das ist nur möglich, wenn die wirtschaftliche Stabilisierung des Landes gewährleistet wird.

Der schon wieder aufgenommene Kampf der Arbeiterklasse für den Sozialismus und der Kampf des kurdischen Volkes für nationale Selbstbestimmung, der eine Erscheinung des Kapitalismus ist, sind für sie eine wachsende Gefahr. Uns macht das Hoffnungen.

Aus der Perspektive der Arbeiterklasse und des kurdischen Volkes ist der Beitritt zur EG ein Schritt zu mehr Abhängigkeit und Ausbeutung. Deshalb sagen wir:

- Der Beitritt zur EG ist kein Ausweg, sondern eine Verlagerung des Problems. Die Lösung des Problems kann nur durch die Eroberung der Macht der Arbeiterklasse verwirklicht werden.

Deshalb: Zerschlagt den Kapitalismus, anstatt ihn zu befestigen. - (Dursun Aikan, Kurtulus Yolu)

Quellenhinweis: (1) Keskin, H., Die Türkei, S. 236; (2) Kurtulus Yolu Nr. 19 (Ekim Kasim 1986); (3) a.a.O.; (4) a.a.O.; (5) a.a.O.



Streit um Steuerreform

In der Regierung ist, so scheint es, ein Streit um die Steuerreform ausgebrochen. Späth, Albrecht und Barschel wünschen einen Ausgleich für die Steuerausfälle, die den Ländern entstehen. Die FDP dagegen beharrt auf der Steuerreform. Ausgelöst ist der Streit durch neuere Steuerschätzungen, die einen geringeren Anstieg der Steuer-

einnahmen als erwartet anzeigen. Rächt sich jetzt, daß die Koalitionsparteien bei den Beschlüssen über die Reform nach der Wahl die Finanzierung offen ließen? Eher wird der zweite Schritt vorbereitet: Steuererhöhungen für die Lohnabhängigen mit niedrigen Einkommen, um die Steuer-senkung für Kapitalisten und Reiche zu finanzieren. Daher soll der „Ausgleich“ kommen.

Südkorea: Zerfall der Militärherrschaft beschleunigt sich

Tagtäglich finden Demonstrationen gegen die Militärherrschaft statt. Neue Kräfte sind dazu gestoßen. Erstmals demonstrierten auch buddhistische Mönche und größere Teile der städtischen Mittelklassen. Die Imperialisten, insbesondere die USA, sind längst unruhig geworden und suchen nach Auswegen. Gespräche zwischen Militärs und Teilen der bürgerlichen Opposition fanden statt. Die Ergebnisse stehen noch aus. Indessen nehmen die Auseinandersetzungen an Härte zu, erstmals starb ein Polizist bei einer Demonstration. In den bürgerlichen Medien kommen Meldungen über Kämpfe der Bauern, der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften nicht vor. Im Mittelpunkt scheinen die Studenten zu stehen.



Schlesien bleibt polnisch

Diese Forderung war auf der Veranstaltung des Bündnisses am 19.06. und auf der „Demonstration am 20.06. gegen das Deutschlandtreffen“ der Schlesier nicht umstritten. Umstritten war der Stellenwert der Forderung und die Einschätzung der Kräfte, die die Politik der Vertriebenenverbände unterstützen. Ist demnach die Forderung von

Strauß, daß die „Teilung“ nur im Rahmen einer ganz Europa umfassenden Friedensordnung gelöst werden kann, als „entspannter“ zu bewerten als die Bekräftigung des Anspruchs auf Schlesien durch Kohl auf dem Deutschlandtreffen 1985? Die Presse wertet das Auftreten von Strauß, Dregger und Hasselmann als maßvoll gegenüber den Forderungen der „Vertriebenen“-funktionäre.

Gegen ein Bundesberatungsgesetz – Ersatzlose Streichung des § 218!

Die Bundesregierung plant mit dem Bundesberatungsgesetz eine drastische Verschärfung des § 218, die baden-württembergische Landesregierung spielt mit ihren Richtlinienverschärfungen den Vorreiter. Die „Lebensschützer“ reden von Euthanasie. Wie kann der reaktionären Kampagne gegen „Mißbrauch der sozialen Indikation“ entgegengetreten werden? Die gewerkschaftliche Beschlußlage steht gegen den § 218. Für einige Grüne Frauen ist inzwischen Mutterschaft das Größte. Die „Bundesweite Aktion: Frauen gegen den § 218“ stellt den Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Frauen in den Vordergrund. Welche Aktionen sind geplant?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten
– erscheint vierzehntäglich, Preis 2.50 DM

Nachrichtenhefte erscheinen vierzehntäglich, Preis pro Heft

– Chemie und unbge Industrien 0.50 DM
– Handel, Banken, Versicherungen 0.80 DM

Herausgeber

Bundesvorstand des Bundes Westdeutscher Kom-munisten (BWK)

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7

Tel 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m b H

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7

Tel 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschul-politik – Nachrichten, Analysen, Protokolle 1.20 DM

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie –

Nachrichten Stahl- und Metallindustrie 1.20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – Nach-richten, Analysen, Mitteilungen 1.20 DM

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront 0.50 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse – Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse 1.20 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesund-heitspolitik – Informationsdienst Gesundheitspolitik 1.20 DM

Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Poli-tische Berichte kostet 45.50 DM, ein Jahresabonne-ment Politische Berichte 91,- DM Preise für Nachrich-tenhefte bzw Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopau-schale mal Anzahl der Lieferungen

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m b H

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Helmstr 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Große Duwelstr 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Waldparkstr 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Leichenauer Str 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten Christoph Cornides, Jörg Detjen, Bngritte During, Martin Fochler, Chnstiane Schneider 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m b H, 5000 Köln, Zulpicher Straße 7

Telefon 0221/21 16 58 Verantwortliche Redakteure für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft Rudiger Lötzer, für Auslandsbenchterstattung Siegmur Elgehausen, Wolfgang Muller für Aus Verbänden und Parteien Ulnke Detjen, für Reportagen und Berichte regional Gunter Baumann, für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge Angela Lux für Sozialstatistik, Spezialberichte Alfred Kustler Druck Graphischer Betrieb Henke, Rothenoff, Köln – Beilagenhinweis Einem Teil der Auflage liegen Nachrichten-hefte bei Vierteljährlich Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU BWK, FAU-HD(A), FAU-R, KG(NHT) PA, VSP